Glarus Süd *Kraft.*

PROTOKOLL



Bächistock
© Fotografie Heidi Seibert

Gemeindeversammlung Glarus Süd

22. November 2013, 20.00 Uhr

Sporthalle in Schwanden

Teilnehmer:	1010 Stimmberechtigte	
Vorsitz:	Dr. Thomas Hefti, Gemeindepräsident Glarus Süd	
Behördenmitglieder:	Departementsvorsteher	Simone Eisenbart, Vizepräsidentin Fridolin Luchsinger Kurt Reifler Brigitte Weibel
	Gemeinderäte	Daniel Dobler Kaspar Luchsinger Kaspar Marti Hans-Wolfgang Rhyner Jakob Wohlwend Hans-Jakob Zopfi Mathias Zopfi Hanspeter Zweifel Irena Zweifel Schiesser Peter Zweifel
Protokoll:	André Pichon, Gemeindeschreiber Heidi Seibert, Gemeindeschreiberin Stv.	
Dauer:	20.00 Uhr bis 23.25 Uhr	

Administratives

Zur Kontrolle der Stimmberechtigung wurde den Stimmberechtigten mit der Einladung zur Gemeindeversammlung ein Stimmrechtsausweis zugestellt, welcher zugleich als Fahrkarte für die öffentlichen Verkehrsmittel galt. Die Abstimmungen während der Versammlung erfolgten durch Hochhalten des Stimmrechtsausweises. Für das Auszählen der Abstimmungen war der Versammlungsraum in sechs Sektoren mit je einem Stimmenzähler unterteilt. Das Auszählen der Stimmen war nur für eine Abstimmung erforderlich, ansonsten konnte das Stimmenverhältnis vom Versammlungsleiter Dr. Thomas Hefti eindeutig abgeschätzt werden. Für Wortmeldungen aus der Versammlung stand ein separates Rednerpult zur Verfügung und die nicht stimmberechtigten Gäste konnten den Versammlungsverlauf auf der Empore mitverfolgen.
Der Vorsitzende stellt fest, dass die Traktandenliste mit dem Memorial und den Stimmrechtsausweisen den Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt wurden. Zudem wurde die Einladung zur Gemeindeversammlung im Amtsblatt Nr. 42 und 45 publiziert. Demzufolge war die Gemeindeversammlung über die traktandierten Geschäfte beschlussfähig.

Protokoll

Das Protokoll umfasst sämtliche Wortmeldungen in zusammengefasster Form. Der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit halber sind die Mitteilungen des Vorsitzenden wörtlich wiedergegeben.

Traktanden

1. Begrüssung und Mitteilungen

2. Budget 2014
   - Genehmigung Budget 2014
   - Genehmigung Investitionsrechnung 2014
   - Kenntnisnahme Finanzplan 2015 – 2018

3. Individuelle Lohnentwicklung
   - Antrag auf Genehmigung von 1% der Lohnsumme (Fr. 215'000.-)

4. Festsetzung des Steuerfusses pro 2014
   - Antrag auf Genehmigung von 63% (60+1+2)

5. Schulentwicklung
   a) Schulstandortmodell 2014/15 bis 2018/19
      - Antrag auf Genehmigung Modell 6+2
   b) Gemeindeversammlungsantrag der IG Zukunft Schulen Glarus Süd auf Belassen der Schulstandorte für die nächsten 8 Jahre
      - Antrag auf Ablehnung

6. Gemeindeversammlungsantrag von Stimmbürgern auf Änderung der Gemeindeordnung Art. 66 Abs. 2
   - Antrag auf Genehmigung

7. Erweiterung Forst- und Feuerwehrgebäude mit Sammelstelle Elm
   - Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 2'406'000.-

8. Sanierung Schiessanlage Matt, Schwanden
   - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 600'000.-

9. Altlastensanierung Kugelfänge in Glarus Süd
   - Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 4.4 Mio.

10. Teilrevision Zonenplan Schwanden
    - Antrag auf Genehmigung

11. Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden
    – Antrag auf Aufhebung

12. Anträge zu Handen einer nächsten ordentlichen oder ausserordentlichen Gemeindeversammlung und Umfrage

Sprachform
Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen beziehen sich gleichermassen auf beide Geschlechter.

1. Begrüssung und Mitteilungen - durch Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti

Archiv-Nummer 10.07

Ich gehe davon aus, dass Sie Verständnis dafür haben, wenn ich mich heute unter dem Traktandum Berichtgaben relativ kurz fasse, stehen doch nicht nur mit dem Budget und der Investitionsrechnung wichtige Geschäfte auf der Traktandenliste sondern insbesondere auch mit den Geschäften zur Schulentwicklung in Glarus Süd. Wenn wir diese Geschäfte behandelt haben, ist die Traktandenliste aber noch nicht erschöpft. Auch bei den Traktanden 7, 8 und 9 handelt es sich nicht um „Leichtgewichte".

Wir wären heute nicht in dieser Halle und wir hätten nicht diesen Besuch ohne die Vorlage Schulstandortmodell. Erlauben Sie mir daher vor den Berichtgaben ein paar Ausführungen zum grösseren Umfeld zu machen, aus dem diese Vorlage entstanden ist.

Traditionell war das Schulwesen und speziell die Volksschule in der Schweiz eine Domäne der Kantone. Das brachte es mit sich, dass vieles unterschiedlich war, eben massgeschneidert auf die Bedürfnisse und Gegebenheiten der einzelnen Kantone und zum Teil sogar von Regionen. So waren z. B. die Lehrmittel, die Lehr- und Stundenpläne, der Schulanfang, die Ferien, die Frage, wann, wie und welche Fremdsprachen unterrichtet werden, von Kanton zu Kanton unterschiedlich geregelt. Im Engadin hatten die Schüler vor fünfzig Jahren drei Monate Sommerpause, um dem stark durch die Berglandwirtschaft geprägten Lebensrhythmus Rechnung zu tragen. Das alles wurde, auch im Zuge der ansteigenden Mobilität der Bevölkerung, immer weniger akzeptiert. Schon in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde der Schulanfang vom Bund her vereinheitlicht.

Die Zunahme der Mobilität hat eine Bewegung gefördert, die erreichen wollte, dass ein Wohnorts- und damit verbunden ein Schulwechsel für die Kinder einfacher wird und nicht mehr sozusagen einem Sprung in eine völlig andere Welt gleicht. In diesem Sinne kam in den letzten zehn Jahren in der ganzen Schweiz im Bildungswesen vieles in Bewegung.

Mit der Annahme der Verfassungsbestimmungen zur Bildung durch Volk und Stände am 21. Mai 2006 wollte man zwar die kantonale Schulhoheit nicht abschaffen, aber das Ziel war eine Harmonisierung. Es wird ein „Bildungsraum" Schweiz angestrebt (Art. 61a BV) mit einheitlichen Eckwerten. Falls die Kantone diese Eckwerte nicht von sich aus harmonisieren, wurden dem Bund Möglichkeiten eingeräumt, die Harmonisierung notfalls auch gegen den Willen der Kantone oder einiger Kantone durchzusetzen.

Das stiess kaum auf Opposition und eine Folge der neuen Verfassungsbestimmungen zur Bildung war das „Harmos- Konkordat" von 2007. Das konnten die Kantone nur entweder als Ganzes annehmen oder ablehnen. Die Landsgemeinde 2008 hat dem zugestimmt und einen Antrag auf Ablehnung, der von einem Bürger aus Glarus Süd gestellt wurde, abgelehnt. Im Memorial 2008 (S. 46) wurde zu „Harmos" gesagt, dass das Unterrichten in zwei Fremdsprachen an der Primarschule sowie die Blockzeiten und Tagesstrukturen Kanton und Gemeinden Mehrkosten von insgesamt 1.6 Mio. Fr. bringen würden.

Wo harmonisiert und vereinheitlicht wird, bleibt logischerweise weniger Raum für massgeschneiderte Lösungen oder Ausnahmen. Es werden allgemeine Standards definiert und wenn sich der Raum, in dem harmonisiert wird, über die ganze Schweiz erstreckt, so richten sich solche Standards kaum oder nur in seltenen Fällen nach den Bedürfnissen kleinerer Kantone oder gar von Regionen. Oft bewirken solche Standards auch Mehrkosten

Eine Folge von „Harmos" war die Revision des Bildungsgesetzes an der Landsgemeinde 2009. Mit dieser Revision wurde u. a. Schulleitungen vorgeschrieben, es wurden die Regelungen zur Sonderpädagogik getroffen und es wurde festgelegt, dass die Gemeinden für die Finanzierung der Volksschule allein aufkommen müssen. Im Memorial wurde dazu ausgeführt, dass Mehrkosten entstehen würden und es wurde ausdrücklich auf Schulstandorte und Klassengrössen hingewiesen mit dem Tenor, die Klassengrössen seien bei uns kleinund der Schulstandorte viele (S. 28). Es wurde gesagt, dass die Gemeinden künftig die Schulstandorte festlegen können und ebenso optimale Klassen-grössen und damit einen effizienten Schulbetrieb, was zu Einsparungen führen könne.

Schon 2006 liess der Regierungsrat zum Traktandum Gemeindestrukturreform ins Memorial schreiben: „Zudem gehen die Schülerzahlen deutlich zurück, was zu grösseren Schuleinheiten, zu Zusammenschlüssen und zu Kooperation zwingt. Auch die schlechte Finanzlage der Schulgemeinden erfordert Massnahmen" (Landsgemeindememorial 2006, S. 132). Und es wurde ausdrücklich darauf hingewiesenen, dass die Zeiten, in denen mit Bewilligung des Kantons die minimalen Klassenbestände unterschritten werden dürfen, vorbei seien (S. 144/145). Im Memorial für die ausserordentliche Landsgemeinde 2007 war das - auch nach dem Motto „ds Woort gilt" - nochmals ähnlich zu lesen.

Das sind die grösseren Zusammenhänge, in denen man die Vorlage zum Schulmodell für Glarus Süd sehen muss. Dazu kommt, leider, die Abnahme der Geburten. Wenn es in einem Dorf nur drei, vier oder fünf oder manchmal gar keine Geburt gibt, werden die vorgegebenen Mindestklassengrössen nicht mehr erreicht. Es ist daher weder ein Blitz aus heiterem Himmel und auch nicht richtig, wenn man es einfach auf eine Sparübung reduziert, was das Departement Schule und Familie bereits im Jahr 2011 zu überlegen begann. Die Departementsvorsteherin nahm mit ihrem Departement und beauftragt durch den Gesamtgemeinderat etwas auf, das mit den Beschlüssen zur Gemeinde-strukturreform, mit dem Beitritt zu „Harmos" und der Revision des Bildungsgesetzes in gewissen Linien bereits angedacht und vorgezeichnet war.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass dieses Geschäft Emotionen weckt und bei vielen Einwohnerinnen und Einwohnern auch Ängste und Ärger auslöst. Der Gemeinderat hat nach der Präsentation der ersten Modellvariante 4 + 1 im September 2012 erkannt, dass Mitsprache der Bevölkerung verlangt wird. Wir haben daher im Oktober 2012 beschlossen, keinen weiteren Schulstandort in eigener Kompetenz zu schliessen, sondern der Gemeindeversammlung als nächstes einen Vorschlag für das Schulstandortmodell vorzulegen. Das ist heute der Fall. Es liegt nun an Ihnen zu entscheiden, ob Sie überhaupt darauf eintreten wollen; falls ja ,ob Sie das Modell heute effektiv behandeln oder an den Gemeinderat zurückweisen wollen; und falls Sie das Modell behandeln wollen, werden vielleicht noch Varianten vorgeschlagen. Was immer in dieser Abfolge beschlossen wird, ist dem Antrag auf ein Moratorium gegenüberzustellen. Der Gemeinderat ist allerdings überzeugt, dass das von ihm vorgeschlagene Modell mit sechs Unterstufenstandorten

und zwei Oberstufenstandorten insbesondere auch den Kindern Vorteile bringt und dass es für einige Zeit Bestand haben sollte. Daher beantragen wir Ihnen, dem Antrag von mehreren Bürgern zuzustimmen, der die Gemeindeordnung so ändern will, dass in Zukunft nicht der Gemeinderat sondern Sie, die Gemeindeversammlung, für den Entscheid zuständig sein soll, ob allenfalls einzelne Schulstandorte geschlossen werden sollen oder nicht.

Was die **Bäche- und Runsenkorporationen** betrifft, so hat sich der Regierungsrat zu dem im Anschluss an die Gemeindeversammlung vom 23. November 2012 eingereichten Memorialsantrag zunächst eher kritisch geäussert. Mittlerweile liegt aber eine Vorlage vor, welche die Anliegen der Gemeindeversammlung aufnimmt und eine Gesetzesgrundlage für deren Umsetzung schaffen würde. Im Moment ist der Antrag auf dem Weg in die landrätliche Beratung, bevor er im Mai 2014 an die Landsgemeinde kommen wird. Der Gemeinderat wird die Entwicklung aktiv verfolgen und versuchen darauf hinzuwirken, dass ein möglichst einfaches Verfahren gefunden werden kann. Diesen Willen hat die Gemeindeversammlung vom 23. November 2012 zum Ausdruck gebracht; es wurde zum Beispiel auch die in Matt praktizierte Korporationslösung genannt, welche das Gebiet gesamthaft einbezieht und auf die Unterscheidung in Risikokategorien verzichtet. Sollte die Landsgemeinde 2014 einem solchen Antrag zustimmen, könnte ab 2015 die Umsetzung einsetzen. Die betroffenen Vorstände bitten wir, jedenfalls bis dahin weiterhin ihre Arbeiten auszuführen und uns im weiteren Verfahren für eine einfache Lösung so zu unterstützen, wie sie es bereits getan haben.

Bei den **Strassen- und Wegkorporationen** hat das Departement Bau und Umwelt am 30. September in der Sache Wegkorporation Braunwald auf verschiedene Beschwerden hin entschieden, dass die Beitragspflicht nach wie vor noch zu Recht besteht, obwohl eine rechtsungleiche Behandlung vorliegt. Das Departement führt im Beschwerdeentscheid allerdings aus, dass auf die Behebung der Rechtsungleichheiten hinzuarbeiten ist, dass dies aber nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden kann. Der Entscheid ist wegen Weiterzugsmöglichkeit, von der Gebrauch gemacht wurde, allerdings noch nicht rechtskräftig. Die Gemeinde arbeitet seit einiger Zeit an einer Lösung und das federführende Departement Werke- und Umwelt hat diese Lösung an einer Orientierungsveranstaltung der Wegkorporation präsentiert. Das Echo war positiv. Die Wegkorporation Braunwald ist der erste solche Fall und es werden weitere folgen, so dass diese Fragen schrittweise einer Lösung zugeführt werden können.

Das Verfahren zum Erlass des **kommunalen Richtplans** schreitet voran. Im Moment läuft die zweite öffentliche Mitwirkung und die ganze Bevölkerung hat nochmals die Möglichkeit, sich zum Entwurf zu äussern, wie er am 24. Oktober vom Gemeinderat bereinigt und verabschiedet wurde. Diese Mitwirkung dauert noch bis zum 7. Dezember 2013. Anschliessend wird der Gemeinderat das Ergebnis der Mitwirkung nochmals würdigen, allenfalls Anpassungen vornehmen und den Richtplan der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorlegen, nach dem Verfahren wie es an der letzten Gemeindeversammlung beschlossen wurde. Der Gemeinderat hat noch nicht entschieden, ob er dafür Ende März eine ausserordentliche Gemeindeversammlung einberufen oder ob er den kommunalen Richtplan der ordentlichen Gemeindeversammlung 20. Juni 2014 vorlegen will.

Wasserleitung Schwanden – Schwändi: Da ist etwas passiert, das so nicht geschehen sollte. Mit der Krediteinholung für die Wasserversorgung Quelle Wartstalden an der Gemeindeversammlung vom 21. Juni 2013 wurde das künftige GWP (Generelle Wasserversorgung Projekt) der Region Schwanden (Mitlödi, Schwändi, Nidfurn, Leuggelbach, Haslen, Sool, Schwanden) kurz vorgestellt.

Seit den Unwetterschäden 2010 bei der Guppenrunse in Schwändi sind bei der Wasserversorgung Schwändi vermehrt Qualitätsprobleme aufgetreten, welche sich bei intensiven Regenfällen durch eine starke Trübung des Trinkwassers bemerkbar machen. Solange die Verbauungen in der Guppenrunse nicht instand gestellt sind, bleibt dieses Qualitätsproblem beim Trinkwasser bestehen.

Von Bund und Kanton wurde signalisiert, dass sie sich im Rahmen eines Gesamtprojektes „Guppenrunse" an einer alternativen Wasserversorgung Schwändi mit bis zu 60% der Gesamtkosten beteiligen würden. Bedingung ist, dass das Wasser der Wygellen- und Meienbrunnenquellen nicht mehr genutzt wird.

Im GWP ist vorgesehen, die Quellen im Leimplanggen auch für die Versorgung Schwändi zu nutzen. Als zweites Standbein wurde eine Linienführung für eine Verbindung Schwanden – Schwändi gesucht. Gemeinsam mit der tbgs wurde eine Linienführung von der Eichwaldstrasse über den Rütiboden nach Schwändi festgelegt. Damit dem Bund und Kanton verlässliche Zahlen für dieses Bauprojekt abgegeben werden konnten, wurden sämtliche Arbeiten ausgeschrieben. Der Gesamtbetrag bewegt sich innerhalb des bereits vorgelegten Investitionsbudgets 2013 von Fr. 1 Mio. (Bruttokredit).

Mit den Bauarbeiten wurde im Herbst 2013 begonnen. Beim Eingang der ersten Rechnungen wurde festgestellt, dass das Detailprojekt der Gemeindeversammlung nie zur Bewilligung (Kreditfreigabe) vorgelegt wurde. Die Behörde ist sich dieses Fehlers bewusst und will das Versäumnis an der nächsten ordentlichen oder ausserordentlichen Gemeindeversammlung nachholen. Das ganze Geschäft soll den Stimmbürgern zur Genehmigung vorgelegt werden. Damit besteht die Möglichkeit, eine Rüge zum Vorgehen anzubringen.

Eine gute Nachricht ist, dass uns die Patenschaft mitgeteilt hat, dass sie nach Gönnern für die **Turnhalle Linthal** suchen wird. Auch die Meldung, dass das Hotel **Sardona in Elm** neue Eigentümer und ein Pächterehepaar hat und weitergeführt wird, ist ebenso erfreulich wie die Grundsteinlegung für den Bau von 32 Eigentumswohnungen **Waldhaus Braunwald**. Es ist zu hoffen, dass beiden Investorengruppen Erfolg beschieden ist.

Der Presse konnte man in den letzten Tagen entnehmen, dass die **Staatsanwaltschaft** Anklage gegen den ehemaligen Finanzverwalter von Mitlödi wegen Veruntreuung, Urkundenfälschung und eventuell ungetreue Geschäftsführung erheben wird, wobei es aber keine Hinweise gebe, dass sich der Finanzverwalter selbst bereichert haben soll. Mehr ist der Gemeinde zur Untersuchung zurzeit nicht bekannt. Unabhängig von der Untersuchung der Staatsanwaltschaft hatte der Gemeinderat eine fachkundige Person - Walter Steiger, dipl. Experte in Rechnungslegung und Controlling, ehemaliger Sektionschef bei der ESTV/MWST beauftragt abzuklären, ob die Gemeinde allenfalls noch Beiträge ein- oder zurückfordern kann. Die Abklärung hat ergeben, dass die Finanz-

verwaltung Mitlödi der kantonalen Steuerverwaltung Steuern überwiesen hat, bei welchen die Untersuchung zeigte, dass diese effektiv gar nie vereinnahmt worden waren. Es wurde errechnet, dass so beim Kanton Fr. 93'056.- verblieben, welche die Gemeinde nie einkassiert bzw. vereinnahmt hat. Mit dem Kanton wurde diesbezüglich Kontakt aufgenommen, doch will er erst dann auf die Sache weiter eintreten, wenn das Strafverfahren zum Abschluss gekommen ist.

Schliesslich muss ich Ihnen leider mitteilen, dass uns **Hans Peter Spälti**, welcher seit November 2011 die Stelle als Standortförderer unser Gemeinde bekleidet hat, per Ende Jahr verlässt. Er wird Leiter der Abteilung Bau, Umwelt und Sicherheit in der Gemeinde Feusisberg und hat bei uns wertvolle Aufbauarbeit geleistet. Der Gemeinderat verdankt seine gute Arbeit und wünscht Hans Peter Spälti an seinem neuen Wirkungsort alles Gute.

Einige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich wegen anderer Verpflichtungen für diese Gemeindeversammlung entschuldigt.

Zur vorliegenden Traktandenliste werden keine Einwände erhoben

Folgende **Stimmenzähler** sind anwesend:

Monika Albert (Sektor 1+Podium), Helmut Meesters (Sektor 2), Hans Hefti (Sektor 3), Ruth Landolt (Sektor 4), Verena Mächler (Sektor 5), Fritz Dürst (Sektor 6).

2. Budget 2014
- Genehmigung Budget 2014
- Genehmigung Investitionsrechnung 2014
- Kenntnisnahme Finanzplan 2015 - 2018

Archiv-Nummer
10.07

Die Unterlagen zum Budget 2014 mit Investitionsrechnung und Finanzplan entsprechen den Unterlagen im Memorial auf den Seiten 56 – 72.

2.1 Bericht zum Budget 2014

Beurteilung aus Sicht des Gemeinderates

An der letzten Herbstgemeindeversammlung legte der Gemeinderat ein Budget für 2013 mit einem Defizit von Fr. 6.26 Mio. vor. Mitte November 2012 reichte Landrat Jacques Marti eine von allen Landrätinnen und Landräten aus Glarus Süd mit unterzeichnete Motion ein mit dem Antrag, es sei der Lastenausgleich, welcher zur Zeit mit 1 Mio. Franken dotiert ist und wovon rund Fr. 660'000.- an Glarus Süd gehen, von 1 Mio. auf 5 Mio. Franken zu erhöhen.

Die Gemeindeversammlung vom 23. November 2012 genehmigte das vom Gemeinderat vorgelegte Budget mit einer Änderung. Diese Änderung führte zu einer Kürzung der Kostenstelle 30000 beim Departement Schule und Familie. Damit wurden die Stellenprozente bei den Schulleitungen anstatt um 228 Prozent nur um 72 Prozent erhöht.

Auf Antrag der GPK, welchem sich der Gemeinderat anschloss, wurde der Gemeinderat sodann von der Gemeindeversammlung beauftragt, der Gemeindeversammlung vom 22. November 2013 mit dem Budget für 2014 Massnahmen auf der Aufwand- und Ertragsseite vorzulegen, die es erlauben würden, im Jahre 2018 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Der Gemeinderat hat sich früh an diese Aufgabe gemacht. An der Sitzung vom 31. Januar 2013 wurden alle Departemente angewiesen, bis Ende März 2013 denkbare Massnahmen in ihren Bereichen zu definieren. Ende März 2013 erfolgte eine erste Sichtung und Ende Juni 2013 eine erste Bezifferung des Sparpotenzials, soweit dies bereits möglich war. Mit der Koordination des Ablaufs wurde das Departement Wirtschaft und Finanzen beauftragt.

Sodann stellte sich der Gemeinderat die Aufgabe, das Budget 2014 überall nach Einsparmöglichkeiten zu durchforsten. In diesem Sinne führte eine Delegation des Departementes Wirtschaft und Finanzen in den Monaten Juni bis Juli Gespräche mit den Departementen, nachdem der Gemeinderat im Mai Budgetrichtlinien verabschiedet hatte. Diese legten folgende Eckpunkte fest: das Budgetdefizit sollte Fr. 4.9 Mio. nicht überschreiten, für strukturelle Lohnverbesserungen sollten 1.5% der Lohnsumme eingestellt werden, der Betrag der Nettoinvestitionen sollte bei rund 8 Mio. Franken liegen und daraus würde ein Selbstfinanzierungsgrad von -24% resultieren.

Der erste Budgetentwurf ergab ein Defizit von Fr. 5.26 Mio. sowie Investitionen, die über Fr. 10 Mio. lagen, was der Gemeinderat als nicht akzeptabel erachtete. Das führte dazu, dass im August zunächst die Investitionsrechnung bereinigt und auf einen Nettobetrag

von Fr. 8.88 Mio. gekürzt wurde. Da sich aus den Investitionen später die Abschreibungen ergeben, ist das Investitionsvolumen auch für die Erfolgsrechnung von grosser Bedeutung. Für 2014 erachtete es der Gemeinderat als unmöglich, unter Fr. 8.88 Mio. Nettoinvestitionen zu gehen, dies auch aufgrund bereits von der Gemeindeversammlung beschlossener Vorhaben. Die Planung geht zudem davon aus, dass das hohe Investitionsvolumen noch bis 2016 anhält und sich erst dann etwas verflacht. Darin spiegelt sich einerseits ein gewisser Nachholbedarf, da in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen nur noch stark eingeschränkt zugelassen wurden und andererseits war die neue Gemeinde in den Jahren 2011 und 2012 noch nicht genügend bereit, das an sich für angemessen erachtete Volumen von etwa Fr. 7 Mio. Nettoinvestitionen pro Jahr zu erreichen.

Nach Bereinigung der Investitionsrechnung mit einem nochmaligen Auftrag an alle Departemente, ihre Etats nach weiteren Einsparungen zu durchforsten, lag dem Gemeinderat am 5. September 2013 ein Budgetentwurf für 2014 vor, welcher bei Nettoinvestitionen von Fr. 8.8 Mio., bei 1.5% Erhöhung der Lohnsumme für strukturelle Lohnverbesserungen, bei 60 Steuerprozenten und vor Massnahmen einen Fehlbetrag von noch Fr. 4.06 Mio. ergab. Damit resultierte eine Verbesserung von rund Fr. 2.1 Mio. zum Budget 2013. Diese Einsparung ist beachtlich, sie genügt aber nicht, um das Ziel zu erreichen, d.h. im Jahr 2018 einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können. Dazu bedarf es weiterer Aufwandminderungen, die sich aus dem Massnahmenplan ergeben, wobei das Potenzial an Aufwandminderung einer Reihe von Massnahmen im heutigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden kann. Fertig ausgearbeitete Vorschläge und Zahlen liegen insbesondere für den Bereich Schule vor. Dies deshalb, weil sich das Departement Schule und Familie bereits einige Zeit bevor sich der Gemeinderat an den Massnahmenplan machte, mit den Arbeiten für das Projekt „Zukunft Schulen Glarus Süd" zu befassen begann.

Zum Auftrag der Gemeindeversammlung vom 23.11.2012 gehört auch die Einnahmenseite. Ginge man davon aus, dass die Motion Jacques Marti umgesetzt würde, so brächte das anstatt rund Fr. 660'000.- Lastenausgleich rund Fr. 3.1 Mio., d. h. Fr. 2.4 Mio. mehr Ertrag als im Budget für 2014 eingestellt ist. Der Regierungsrat ist im Moment der Drucklegung dieses Memorials daran, eine Vorlage auszuarbeiten, die in eine andere Richtung zielt und aus zwei Teilen besteht. Einerseits sollen unabhängig von der Motion alle Gemeinden in den Jahren 2014 und 2015 einmalige Ausgleichszahlungen für Mindereinnahmen an Steuern in den Jahren 2011 bis 2013 erhalten und andererseits strebt der Regierungsrat im Zusammenhang mit der Motion die Schaffung eines befristeten Härteausgleichs ab 2016 an, der Glarus Süd zu Gute käme. Die Ausgleichszahlung für 2014 würde sich auf Fr. 900'000.- belaufen, was in Absprache mit der GPK ins Budget 2014 eingestellt ist.

Da die Landsgemeinde 2013 beschloss, für den Kanton im Jahr 2014 anstatt 54 nur 53 Steuer-prozent zu erheben, kann und soll das derart verfügbare Steuerprozent für die Gemeinde erhoben werden. Würde man in den Finanzplan die Zahlungen einrechnen, welche die Motion der Landräte von Glarus Süd bewirken würde, so wäre nach heutigen Berechnungen mit der Erhebung von weiteren fünf bis sechs Steuerprozenten für das Jahr 2018 ein ausgeglichenes Budget möglich. In diese Richtung gehen wohl die Überlegungen in der Gemeinde Glarus Nord, wo sich der Gemeinderat für 65 Steuerprozente ausgesprochen hat. Der Gemeinderat von Glarus beantragt 63

Steuerprozente. Wir beantragen Ihnen aus den in Traktandum 4 erwähnten Gründen, es seien für Glarus Süd 63 Steuerprozente zu erheben.

2.2 Gesamtübersicht Budget 2014
Tabelle 2.2 mit Vergleich zu Budget Vorjahr und Rechnung 2012 (siehe Seite 56)

Das Budget 2014 der Erfolgsrechnung rechnet bei einem Aufwand von Fr. 50'933'100.- und einem Ertrag von Fr. 48'613'000.- mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'320'100.-. Der Abschreibungs-bedarf beträgt Fr. 3'559'400.-. Bei einer Entnahme aus Fonds und Spezialfinanzierungen von Fr. 889'000.- wird ein Cashflow von Fr. 660'600.- erwartet. Bei einem Investitionsvolumen von netto Fr. 8'880'000.- beträgt der Finanzierungsfehlbetrag Fr. 8'219'400.-. Das Eigenkapital reduziert sich damit um Fr. 2'320'100.- und der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 7%.

Selbstfinanzierungsgrad - Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil der Nettoinvestition eine öffentliche Körperschaft aus eigenen Mittel finanzieren kann.
Finanzierungsfehlbetrag - Diese Kennzahl gibt an, um wie viel die Verschuldung der Gemeinde zunimmt.

2.3 Gestufter Erfolgsausweis nach HRM2
Detailinformationen zur Erfolgsrechnung nach Kostenarten (siehe Seite 57)

a. Personalaufwand (30)
Der Personalaufwand reduziert sich im Vergleich zum Budget 2013 um Fr. 405'900.- und steigt im Vergleich zur Jahresrechnung 2012 um Fr. 421'381.-. Die Umsetzung des Leistungslohnmodells bedingt zumindest individuelle Anpassungen in der Entlöhnung. Im Budget 2012 und 2013 wurden dafür je Fr. 215'000.- (1%) vorgesehen; auch für 2014 wird 1% Lohnerhöhung beantragt. Diese Summe ist Bestandteil der Abweichungen im Vergleich zur Rechnung 2012.

Die Gemeinde Glarus Süd hat die Aufgabe zur Führung von Deutsch-Intensivklassen für alle drei Gemeinden übernommen. Die budgetierten Personalkosten für diese Kostenstelle betragen Fr. 30'100.-. Zwei Drittel des Gesamtaufwandes werden jedoch durch die beiden anderen Gemeinden zurückerstattet.

Die Lohnerhöhungen für 2014 sind mit 1% budgetiert. Die Lohnerhöhungen werden nicht generell, sondern individuell ausgerichtet.

b. Sach- und übriger Betriebsaufwand (31)
In dieser Sachgruppe sind enthalten: Material- und Warenaufwand, nicht aktivierbare Anlagen, Ver- und Entsorgung, Dienstleistung Dritter und Honorare, Unterhalt Mobilien, baulicher Unterhalt, Mieten, Pachten, Leasing, Benützungsgebühren, Spesenentschädigung, Wertberichtigung auf Forderungen und der übrige Betriebsaufwand. Die Details sind im Anhang unter der Position Erfolgsrechnung nach Artengliederung aufgelistet.

c. Abschreibungen (33)
Die Abschreibungen sind degressiv, richten sich nach der Nutzungsdauer und werden je nach Anlagekategorie entsprechend der Finanzhaushaltsverordnung vorgenommen. Nach HRM2 werden z.B. Gebäude mit 15%, d.h. mit einer Nutzungsdauer von 33 Jahren abgeschrieben, während Leitungsnetze und Gewässerverbauungen mit 8% und damit innert 50 Jahren abgeschrieben werden müssen. Mit der neuen Regelung fallen die

Abschreibungsbeträge überall dort an, wo sie funktional und institutionell einer Kostenstelle zugeordnet werden können. Die Abschreibungen der Investitionsbeiträge erfolgen nicht unter der Sachgruppe 33 sondern unter der Sachgruppe 36 Transferaufwand. Die budgetierten Abschreibungen (inkl. Abschreibung der Investitionsbeiträge) betragen Fr. 3'559'400.-. Sie sind damit tiefer als die getätigten Abschreibungen 2012. Dies ist eine Folge der bescheidenen Nettoinvestitionen im Jahr 2012 und der Investitionsvorhaben, welche sich über mehrere Jahre hinziehen wie z.B. die Turnhalle Linthal oder das Projekt ARA-Sernftal. Nach der neuen Rechnungslegung nach HRM2 werden Anlagen im Bau erst dann abgeschrieben, wenn sie in Betrieb genommen werden. Dieser Mechanismus wird bei der Finanzplanung sehr deutlich sichtbar. Im Jahr 2015 fallen folgende grössere Abschreibungen an, nämlich die Abschreibung der Turnhalle Linthal (15% von 4.4 Mio.) und die Abschreibung der Restkosten der Hochwasserverbauungen. Dies wird im 2016 noch deutlicher, wenn die Abschreibungen der grossen Investitionsvorhaben bei der Wasserversorgung und das Projekt ARA-Sernftal noch dazukommen. Dieser Mechanismus macht es deutlich, wie wichtig eine jährlich zu überprüfende Aufgaben- und Finanzplanung bei der Investitions- und bei der Erfolgsrechnung ist.

d. Finanzaufwand (34)

Im Finanzaufwand enthalten sind der Zinsaufwand für alle kurz- und langfristigen Darlehen und die Zinsen für Fonds und Legate. Alle Aufwendungen (baulicher Unterhalt, Ver- und Entsorgung, Dienstleistungen Dritter etc.) für die Liegenschaften im Finanzvermögen sind ebenfalls in der Kostenart 34 eingerechnet. Der Zinsaufwand für die langfristigen Darlehen von 23 Mio. Franken (voraussichtliche langfristige Verschuldung im 2014) wurde mit Fr. 426'600.- budgetiert. Die durchschnittliche Verzinsung liegt bei 1.86%.

e. Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen (35)

Bei der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung wird der budgetierte Ertragsüberschuss von Fr. 207'300.- über die Kostenart 35 dem entsprechenden Bilanzkonto gutgeschrieben. Bei der Einlage in Fonds handelt es sich um die Baurechtszinsen von Fr. 103'000.-, welche dem Fonds für Baurechtszinsen gutgeschrieben wird.

f. Transferaufwand (36)

Im Transferaufwand enthalten sind Ertragsanteile an Dritte, Entschädigungen an Gemeinwesen und Beiträge an Gemeinwesen und Dritte. Berücksichtigt sind hier insbesondere die Kosten für die Pflegefinanzierung. Die geschätzten Kosten für die Pflegefinanzierung belaufen sich auf Fr. 1'300'000.-. Die Kosten reduzieren sich im Vergleich zur Rechnung 2012 um Fr. 484'000.-. Durch die Arbeitszeitanalyse, welche in allen Glarner Heimen durchgeführt wurde, hat sich gezeigt, dass der Anteil der Nicht-KVG-pflichtigen Pflege höher ist als bisher berechnet. Dies führte dazu, dass die Betreuungstaxen auf Fr. 30.- pro Tag angepasst wurden. Dies machte eine Neuregelung der Ergänzungsleistungen durch den Kanton notwendig. Durch die entsprechend erhöhten Ergänzungsleistungsbeiträge können die Gemeinden eine Entlastung in der Grössenordnung von 1 Mio. Franken erwarten. Ebenfalls im Transferaufwand sind die Beiträge an die Organisationen ohne Erwerbszweck (Vereine) enthalten.

g. Ausserordentlicher Aufwand (38)

Es wurde kein ausserordentlicher Aufwand budgetiert.

h. Interne Verrechnungen (39)

Die internen Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Dienststellen. Müssen für eine bestimmte öffentliche Aufgabe die Gesamtkosten ermittelt werden, sind die entsprechenden internen Verrechnungen vorzunehmen. Üblicherweise handelt es sich dabei um Übertragungen von Personal- und Sachaufwendungen. Da der entsprechende Ertrag auf der Kostenart 49 gebucht wird, sind die internen Verrechnungen erfolgsneutral.

i. Fiskalertrag (40)

Der Gesamtsteuerertrag für den Kanton beträgt 114%, davon erhält der Kanton 54% und die Gemeinden 60%. Diese Regelung galt für 3 Jahre. Ab 2014 sind die Gemeinden frei, ihren Steuerfuss zu beschliessen. Ab 2014 reduziert sich der kantonale Steuerfuss um 1% auf 53%, dies gibt den Gemeinden die Möglichkeit für ihre Gemeinde den Steuerfuss auf 61% festzulegen, ohne das die Gesamtsteuerbelastung im Kanton erhöht wird.

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 19.09.2013 den Steuerfuss für das Budget 2014 und die Planjahre 2015 – 2018 auf 63% (1% + 2%) festgelegt. Ein Steuerprozent für Glarus Süd beträgt gemäss der Steuerabrechnung 2012 Fr. 353'000.- (als Berechnungsgrundlage dient der Ressourcenausgleich d.h. Steuern für das laufende Jahr und Steuern für das Vorjahr dividiert durch die Anzahl der Einwohner).

Die steuerliche Gesamtbelastung erhöht sich damit auf 116% (53% Kanton und 63% Gemeinde). Dies ergibt eine effektive steuerliche Mehrbelastung von 1.75%.

Im Jahr 2012 betrugen die Einnahmen aus den Quellensteuern 2.13 Mio. Franken. Mehr als eine Million davon sind abgerechnete Quellensteuern aus dem Projekt Linthal 2015. Diese zusätzlichen Steuereinnahmen aus der Quellenbesteuerung werden der Gemeinde nach der Beendigung des Projekts fehlen.

Neben dem Fiskalertrag spielen weitere Faktoren auf der Einnahmeseite eine Rolle. Die Lands-gemeinde 2010 stimmte als Folge der Gemeindestrukturreform einer grundlegenden Änderung des Steuersystems zu. Mit dem Finanzausgleich wird die unterschiedliche Steuerkraft (vgl. Tabelle) bzw. die finanzielle Leistungsfähigkeit (Ressourcenindex) der drei Gemeinden innerhalb bestimmter Bandbreiten ausgeglichen. Der Finanzausgleich unterscheidet zwischen einem Ressourcen- und einem Lastenausgleich.

Der kantonale Finanzausgleich

A. Ressourcenausgleich

Der Ressourcenausgleich ist ein Kernelement des Finanzausgleichs. Er mildert die Unterschiede zwischen den Gemeinden, die sich aufgrund unterschiedlicher Wirtschafts- und Steuerkraft ergeben. Die ressourcenschwachen Gemeinden erhalten zusätzliche Mittel, während die übrigen Gemeinden den Ausgleich finanzieren. Der Ressourcenausgleich wird vollständig von den Gemeinden finanziert.

Ressourcenausgleich / Steueraufteilung / Rechnungsjahr 2012

Steuern 2012	Einwohner	Steueraufkommen 60%	Ressourcen-potential je Einwohner	Ressourcen Index %	Steuerauf-kommen 1%
GL Nord	16'803	34'153'138	3'388	95.3%	569'219
Glarus	12'231	27'646'598	3'767	106.0%	460'777
GL Süd	**9'879**	**21'201'694**	**3'577**	**100.6%**	**353'362**
	38'913	83'001'430	3'555	100.0%	1'383'358

Die Berechnungen zeigen, dass Glarus Süd im 2012 einem Ressourcenindex von 100.6% aufweist. Die Mindestausstattung wurde auf 85% festgelegt, deshalb erfolgte im Jahr 2012 kein Ressourcenausgleich zwischen den Gemeinden.

B. Lastenausgleich

Der Kanton gewährt den Gemeinden einen finanziellen Ausgleich (vertikal).

Kriterien für den Lastenausgleich:
- Alpen 20%
- Waldfläche 20%
- Bevölkerungsdichte 60%

Der Lastenausgleich ist auf eine Million Franken (Fr. 1'000'000.-) pro Jahr festgelegt. Aufgrund der Gewichtung der genannten Kriterien entfällt auf die Gemeinde Glarus Süd einen Anteil von rund Fr. 660'000.- aus dem Lastenausgleich.

Gemeinde	Alpen	Wald	Einwohner	Fläche	Index %	Betrag	**Total**
GL Nord	45'367	57'814	16'803	146.98		86'373	**189'554**
Glarus	26'785	34'880	12'231	103.62		83'655	**145'320**
GL Süd	127'848	107'306	9'879	430.18		429'972	**665'126**
	200'000	**200'000**	38'913	680.78	**100**	**600'000**	**1'000'000**

k. Regalien und Konzessionen (41)

Die Ertragsanteile an Wasserzinsen, Nutzungskonzessionen und Kleinhandelspatenten belaufen sich auf Fr. 2'163'000.-. Ab 2015 steigen die Ertragsanteile am Wasserzins um 10%, was sich in der Jahresrechnung 2016 bemerkbar machen wird.

l. Entgelte (42)

Als Entgelte sind Einnahmen für Wasser, Abwasser und Kehrichtgebühren, aber auch Holz-verkäufe, Benützungsgebühren und Dienstleistungen budgetiert.

m. Finanzertrag (44)

Budgetiert wurden die Erträge aus langfristigen Finanzanlagen, alle Miet- und Pachtzinsen der Liegenschaften im Finanzvermögen sowie der Finanzertrag aus selbständigen und unselbständigen Gemeindebetrieben.

n. Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen (45)

Entnahmen aus Fonds im Eigenkapital sind über die Erfolgsrechnung zu verbuchen und verbessern damit das Ergebnis der Erfolgsrechnung. Sie sind zu budgetieren. Bei der Spezialfinanzierung Wasserversorgung wird der budgetierte Aufwandüberschuss von

Fr. 301'600.- über die Kostenart 45 dem entsprechenden Bilanzkonto belastet. Die Entnahmen aus den Fonds im Eigenkapital und im Fremdkapital belaufen sich auf Fr. 573'700.-.

o. Transferertrag (46)
Im Transferertrag enthalten sind Ertragsanteile von Bund und Kanton. Ebenfalls darin enthalten sind die Defizitbeiträge an die Feuerwehr, die Beiträge an die Anschaffungen der Feuerwehr sowie die Stützpunktbeiträge.

p. Ausserordentlicher Ertrag (48)
Als ausserordentlicher Ertrag budgetiert wurden die in Aussicht gestellten Ausgleichszahlungen vom Kanton für die 3 Gemeinden. Dies im Sinne einer Sofortmassnahme (Bericht „aus den Verhandlungen des Regierungsrates vom 23. April 2013"). Für Glarus Süd wurde für das Jahr 2014 Fr. 900'000.- budgetiert.

2.4 Investitionsrechnung Budget 2014 / Investitionsvorhaben 2015 – 2018

Tabelle 2.4 (siehe Seite 66 bis 70)

Gesamthaft sieht die Investitionsrechnung 2014 Nettoinvestitionen von Fr. 8'880'000.- vor. Darin enthalten sind für die Investitionen der Spezialfinanzierung Wasserversorgung Fr. 1'980'000.- und der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung Fr. 1'800'000.-. Damit belaufen sich die Netto-investitionen ohne die Spezialfinanzierung auf Fr. 5'100'000.-. Die Investitionskosten werden nach Zwangs-, Strukturerhaltungs-, Entwicklungs- und Wunschbedarf unterschieden und sind nach dem für die Investition verantwortlichen Departement gegliedert.

Verpflichtungskredite von mehr als Fr. 500'000.- erfordern eine separate Kreditvorlage, müssen im Budget eingestellt sein und von der Gemeindeversammlung genehmigt werden.

Durch Beiträge der Patenschaft für Berggebiete oder Investitionsbeiträge der Stadt Zürich verringert sich die Summe der Nettoinvestitionen und damit auch der Finanzierungs-fehlbetrag.

2.5 Kenntnisnahme Finanzplanung für die Jahre 2015 – 2018

Der Aufgaben- und Finanzplan ist vom Gemeinderat jährlich zu erstellen und der Gemeindeversammlung zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Der Finanzplan dient der mittelfristigen Planung und Steuerung von Finanzen und Leistungen. Er gibt Aufschluss über die voraussichtlichen Aufgaben und Einnahmen. Der Finanzplan ist eine rollende Planung und zeigt die Finanz-entwicklung auf. Er wird jährlich überprüft und kann bei veränderten politischen und finanziellen „Gegebenheiten" angepasst werden. Der Finanzplan zeigt gestützt auf den Aufgabenplan auf, welche Aufgaben und Investitionen in den nächsten Jahren geplant sind und welche Aus-wirkungen diese Aufgaben und Investitionen auf den Finanzhaushalt haben.

Der Finanzplan:

- verschafft einen Überblick über die mögliche, mittelfristige Entwicklung des Finanz-haushalts

- liefert Anhaltspunkte für den Entscheid betreffend Übernahme neuer Aufgaben und Investitionen und zeigt in der Investitionsplanung den Investitionsbedarf für die kommenden Jahre auf
- ermittelt die voraussichtliche Selbstfinanzierung und ermittelt den Finanzbedarf
- bildet eine Beurteilungsgrundlage für die Festlegung des Steuerfusses
- kann für die Exekutive und Verwaltung ein Führungs- und Koordinationsinstrument sein und
- für den Gemeinderat ein finanzpolitisches Orientierungsinstrument sein

Wie eingangs erwähnt, haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Gemeinderat auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission am 23.11.2012 beauftragt, im Rahmen der Finanz-planung 2015 – 2018 Massnahmen auf der Aufwand- und Ertragsseite aufzuzeigen, aufgrund derer mittelfristig (bis 2018) eine ausgeglichene Rechnung erreicht werden kann.

2.5.1 Gesamtüberblick Finanzplanung 2015 – 2018 und Massnahmenplan

Tabelle 2.5.1 mit Vergleich zu Budget 2014 und Vorjahre (siehe Seite 71)

Im Kapitel 2.1 wurde aufgezeigt, dass im Zuge des Budgetprozesses erhebliche Anstrengungen geleistet wurden, um den Aufwandüberschuss im Vergleich zum Budget 2013 zu reduzieren. Bei 60 Steuerprozenten, nach Einrechnung der Erhöhung der Lohnsumme um 1.5% und vor möglichen Massnahmen auf Aufwand- oder Ertragsseite, ergab sich eine Reduktion des Fehlbetrages auf Fr. 4.06 Mio., was im Vergleich zum Budget 2013 einer Verbesserung von etwa Fr. 2.1 Mio. entspricht.

Der Gemeinderat ist sich jedoch bewusst, dass diese Anstrengungen noch nicht ausreichen werden, um mittelfristig (bis 2018) eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Infolgedessen und infolge des Auftrags der Gemeindeversammlung sah sich der Gemeinderat veranlasst, die Aufgaben der Gemeinde zu hinterfragen. Das Departement Schule und Familie ist diesen Auftrag bereits im Rahmen des Projekts „Zukunft Schulen in Glarus Süd“ angegangen. Auch die anderen Departemente haben sich in der Zwischenzeit mit ihren Aufgaben und deren Umsetzung auseinandergesetzt und sich mit folgenden Fragen beschäftigt:

- Welche Aufgaben sind in den einzelnen Departementen wahrzunehmen?
- Welche kommunalen Aufgaben werden mit welchen Leistungsstandards und welchen finanziellen Mitteln erfüllt?
- Werden die kommunalen Aufgaben zweckmässig, kostengünstig und effizient erfüllt?

Aufgrund der Erkenntnisse aus den Überprüfungen sollen mögliche Optimierungen der Verwaltungsorganisation abgeleitet werden.

Aus diesen Überlegungen resultieren Massnahmen in allen Departementen, die unter dem Titel *„Massnahmenplan“* geführt werden und in welchem auch die Schule eingeschlossen ist. Nicht jede Massnahme ist zum heutigen Zeitpunkt bezüglich der finanziellen Auswirkungen bereits bezifferbar. Die Erfahrung hat auch gezeigt, dass einzelne Reglemente und Verordnungen in gewissen Punkten Mängel aufweisen und nicht immer die effizienteste Umsetzung begünstigt wird. Mit dem Ziel, solche Mängel aufzuzeigen und Vorschläge zu deren Behebung zu unter-breiten, hat der Gemeinderat

mit Beschluss vom 19. September 2013 eine spezielle Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat ein breites Wirkungsfeld, da sie sich nicht allein auf sogenannt eher technische Fragen beschränkt. Bei der Umsetzung der Vorschläge sind selbstverständlich die Kompetenzen der einzelnen Organe zu beachten. Bei Verordnungen, bestimmten Reglementen und bei der Gemeindeordnung wird der Gemeinderat nur antragstellende Behörde sein, der Entscheid obliegt schlussendlich den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern.

Es ist deshalb ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass der Massnahmenplan somit noch keineswegs „fertig" oder gar umgesetzt ist. In mancher Hinsicht ist er erst am Anfang und es gilt, einige der aufgelisteten Massnahmen im Laufe des nächsten oder folgenden Jahres zu vertiefen sowie bezüglich des Einsparpotenzials und der Möglichkeit der Umsetzung zu überprüfen; allenfalls sind auch neue Massnahmen in die Liste aufzunehmen. Das ist durchaus im Sinne des Auftrags der Gemeindeversammlung, indem darin ein mittelfristiger Zeithorizont, d.h. der Haushalt 2018 vorgegeben wird.

Die nachfolgende Tabelle zeigt somit ein vorläufiges Ergebnis aus dem Massnahmenplan, so wie es im September 2013 beziffert werden konnte.

Ergebnis aus dem Massnahmenplan (Stand Sept. 2013)

	Artengliederung	Bu 2014	Fplan 2015	Fplan 2016	Fplan 2017	Fplan 2018
30	Personalaufwand	23'083	-745	-1'210	-1'215	-1'345
31	Sachaufwand	13'802	-145	-295	-295	-295
40	Hundesteuer/Kurtaxe	655	+85	+85	+85	+85
42	Entgelte	7'915		+20	+50	+130
	Ergebnis aus Massnahmenplan	0	- 975	-1'610	-1'645	-1'855

2.5.2 Finanzplanung 2015 – 2018

Tabelle 2.5.2. Finanzplan 2015 – 2018 inkl. Massnahmen (siehe Seite 72)

Der Gemeinderat Glarus Süd geht für den Finanzplan 2015 – 2018 von folgenden Annahmen aus:

- Personalaufwand: Die Lohnentwicklung beträgt 1% p.a.
- Steuerfuss: Erhöhung Steuerfuss von 60% auf 63% (1% + 2%)
- Die Investitionsvorhaben beschränken sich auf das Notwendige und die bereits bewilligten Kredite

Die Abteilung Finanzverwaltung Glarus Süd gibt bei Fragen gerne persönlich Auskunft. Die detaillierten Budgetunterlagen sind auf der Homepage www.glarus-sued.ch unter *Politik / Gemeindeversammlung* abrufbar oder können bei der Abteilung Finanzen unter Telefon 058 611 92 52 oder unter finanzen@glarus-sued.ch angefordert werden.

Stellungnahme der GPK

Die GPK beantragt der Gemeindeversammlung, das Budget 2014 mit einem Aufwandüberschuss von 2'320'100 Franken, mit Nettoinvestitionen von 8'880'000 Franken und einem Selbstfinanzierungsgrad von 7% zu genehmigen sowie die Finanzplanung 2015 bis 2018 zur Kenntnis zu nehmen. Die Beurteilung der GPK erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen der Haushaltführung gemäss Finanzhaushaltgesetz, insbesondere nach der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit.

Die GPK ist über die finanzielle Entwicklung der Gemeinde besorgt. Sie stellt fest, dass gemäss Antrag der GPK zuhanden der Gemeindeversammlung vom 23. November 2012 die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Gemeinderat zur Ausarbeitung von Massnahmen zur Entlastung der Jahresrechnung beauftragt haben. Die GPK hat diesen Prozess während des Jahres überwacht und nimmt vom vorgelegten Massnahmenplan Kenntnis, welcher leider nicht den Erwartungen entspricht. Nebst der Schulentwicklung können noch keine bedeutenden Massnahmen beziffert werden. Der Gemeinderat stellt in Aussicht, dass dieser Prozess weitergeführt wird. Er ist dringend angehalten, die finanziellen Auswirkungen in die strategische Ausrichtung der Gemeinde miteinzubeziehen, damit das Einsparungspotenzial der Gemeindestrukturreform voll ausgeschöpft werden kann. Dazu ist die Massnahmenplanung weiter voranzutreiben und im neuen Jahr fortzusetzen, damit das gesetzte Ziel, ab 2018 eine ausgeglichene Jahresrechnung vorzulegen, erreicht wird. Die GPK wird den Gemeinderat bei dieser Planung weiterhin beaufsichtigen.

Die GPK stellt fest, dass der Investitionsbedarf nach wie vor hoch bleiben wird. Es handelt sich dabei teilweise um bereits beschlossene, aber noch nicht ausgeführte Projekte, aber auch um solche, welche von den alten Gemeinden nicht mehr ausgeführt werden konnten. Einiges kann mit einem gewissen Nachholbedarf bezeichnet werden. Die schlechte Selbstfinanzierung ist ein Zeichen und verlangt zu mehr als nur einer ausgeglichenen Rechnung. Damit der voranschlagte Finanzierungsfehlbetrag von 8'219'400 Franken vollständig durch eigene Mittel beglichen werden könnte, müsste die Jahresrechnung ein Ertragsüberschuss von knapp 6 Mio. Franken erreichen.

Die GPK betrachtet eine Steuererhöhung als letztes Mittel. Doch aufgrund der schlechten Selbstfinzierung von 7% und der nicht markanten Verbesserung dieses Wertes in den Planjahren 2015 bis 2018 stimmt die GPK der beantragten Steuererhöhung von 60% auf 63% zu. Es ist dabei zu erwähnen, dass der Steuerfuss immer noch 1% tiefer liegt als der durchschnittliche Wert der alten Gemeinden.

Nicht zufriedenstellend ist die budgetierte Gewinnablieferung der TBGS mit 550'000 Franken. Dieser Betrag enthält nebst der Gewinnablieferung auch die Verzinsung des Dotationskapitals. Die Gemeindeversammlung vom 21. Juni 2013 brachte zum Ausdruck, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine höhere Gewinnablieferung erwarten. Die GPK wird den Gemeinderat bei der Umsetzung dieser Zielvorgabe weiterhin überprüfen.

Der vom Regierungsrat in Aussicht gestellt Härteausgleich zugunsten Glarus Süd hat die Landsgemeinde noch zu beschliessen. Die Zahlungen des Kantons an die Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs sollten aber nicht mit den Steuererhöhungen in Verbindung gebracht werden. Das würde dann eine Rückversetzung ins alte Finanzausgleichsystems bedeuten.

Gemeinde Glarus Süd
2.2. Budget 2014: Gesamtüberblick

	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014
ERFOLGSRECHNUNG				
Total Aufwand	47'890'655	52'622'709	50'390'300	50'933'100
Total Ertrag	48'528'214	50'971'164	44'360'900	48'613'000
Ertragsüberschuss	**637'559**	-	-	-
Aufwandüberschuss	-	**1'651'545**	**6'029'400**	**2'320'100**
NETTOINVESTITIONEN				
Investitionsausgaben	7'651'375	6'774'432	13'865'000	14'745'000
Investitionseinnahmen (-)	-3'163'798	-3'130'722	-4'600'000	-5'865'000
Nettoinvestitionen	**4'487'577**	**3'643'710**	**9'265'000**	**8'880'000**
FINANZIERUNG				
Zunahme Nettoinvestitionen	4'487'577	3'643'710	9'265'000	8'880'000
Abschreibungen (-)	-3'684'268	-3'759'970	-3'974'700	-3'559'400
Aufwandüberschuss ER	-	1'651'545	6'029'400	2'320'100
Ertragsüberschuss ER	-637'559	-	-	-
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)(-)		-1'868'626	-408'700	-310'300
Entnahmen aus Fonds und SPF im EK (451,489)		212'863	714'700	889'000
Finanzierungsfehlbetrag	**165'750**	-	**11'625'700**	**8'219'400**
Finanzierungsüberschuss	-	**120'478**	-	-
KAPITALVERÄNDERUNG				
Finanzierungsfehlbetrag	165'750	-	11'625'700	8'219'400
Finanzierungsüberschuss	-	-120'478	-	-
Aktivierungen Verwaltungsvermögen	-7'651'375	-6'774'432	-13'865'000	-14'745'000
Passivierungen Verwaltungsvermögen	3'163'798	3'130'722	4'600'000	5'865'000
Passivierungen Abschreibungen	3'684'268	3'759'970	3'974'700	3'559'400
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)	-	1'868'626	408'700	310'300
Entnahmen aus Fonds und SPF im EK (451,489)	-	-212'863	-714'700	-889'000
Abnahme Eigenkapital	-	**1'651'545**	**6'029'400**	**2'320'100**
Zunahme Eigenkapital	**637'559**	-	-	-
SELBSTFINANZIERUNG / Cashflow / Cashdrain				
Abschreibungen	3'684'268	3'759'970	3'974'700	3'559'400
Aufwandüberschuss	-	-1'651'545	-6'029'400	-2'320'100
Ertragsüberschuss	637'559	-	-	-
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)	-	1'868'626	408'700	310'300
Entnahmen aus Fonds und SPF im EK (451,489)	-	-212'863	-714'700	-889'000
Cashdrain	-	-	**2'360'700**	-
Cashflow	**4'321'827**	**3'764'188**	-	**660'600**
Selbstfinanzierungsgrad	**96%**	**103%**	**-25%**	**7%**

Gemeinde Glarus Süd
2.3.1. Budget 2014: Gestufter Erfolgsausweis nach HRM2

		Budget 2013	Budget 2014	Rechnung 2012
30	Personalaufwand	23'259'300	23'083'400	22'662'019
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	12'572'500	13'822'500	13'142'225
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3'826'700	3'431'800	3'629'175
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	408'700	310'300	1'868'626
36	Transferaufwand	4'296'800	3'881'700	4'154'241
36	davon Abschreibungen im Transferaufwand	148'000	127'600	130'796
39	Interne Verrechnungen	5'091'800	5'455'800	6'186'603
	Betrieblicher Aufwand	**49'603'800**	**50'113'100** 1)	**51'773'685**
40	Fiskalertrag	20'957'000	23'648'000	22'286'731
41	Regalien und Konzession	2'208'000	2'163'000	2'056'603
42	Entgelte	8'406'300	7'963'200	10'120'796
43	Verschiedene Erträge	215'000	111'000	103'869
45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	714'700	889'000	224'062
46	Transferertrag	4'755'000	5'437'200	4'995'298
49	Interne Verrechnungen	5'091'800	5'455'800	6'186'603
	Betrieblicher Ertrag	**42'347'800**	**45'667'200** 2)	**45'973'962**
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit *(Saldo 11)*	**-7'256'000**	**-4'445'900**	**-5'799'723**
34	Finanzaufwand	786'500	820'000 1)	825'804
44	Finanzertrag	2'013'100	2'045'800 2)	3'089'622
	Ergebnis aus Finanzierung *(Saldo 12)*	**1'226'600**	**1'225'800**	**2'263'818**
	Operatives Ergebnis (SALDO 1 = Saldo 11 und Saldo 12)	***-6'029'400***	***-3'220'100***	***-3'535'905***
38	Ausserordentlicher Aufwand	0	0 1)	23'221
48	Ausserordentlicher Ertrag	0	900'000 2)	1'907'581
	Ausserordentliches Ergebnis (SALDO 2)	***0***	***900'000***	***1'884'360***
	Gesamtergebnis Erfolgsrechnung (=SALDO 1 + SALDO 2)	***-6'029'400***	***-2'320'100***	***-1'651'545***

Gesamtaufwand / Gesamtertrag

1) Betrieblicher Aufwand + Finanzaufwand + a.o. Aufwand	50'390'300	50'933'100	52'622'710
2) Betrieblicher Ertrag + Finanzertrag + a.o. Ertrag	44'360'900	48'613'000	50'971'165
Aufwandüberschuss (-) / Ertragsüberschuss	-6'029'400	-2'320'100	-1'651'545

Gemeinde Glarus Süd
2.3.2 Budget 2014: Erfolgsrechnung nach Kostenarten

Nr.	Bezeichnung	Budget 2013	Budget 2014	Rechnung 2012
	Erfolgsrechnung	**-6'029'400.00**	**-2'320'100.00**	**-1'651'544.22**
3	**Aufwand**	**-50'390'300.00**	**-50'933'100.00**	**-52'622'708.67**
30	**Personalaufwand**	**-23'259'300.00**	**-23'083'400.00**	**-22'662'018.75**
300	Behörden und Kommissionen	-596'700.00	-610'700.00	-611'619.20
301	Löhne des Verwaltungs und Betriebspersonals	-9'458'400.00	-9'355'100.00	-8'907'636.35
302	Löhne der Lehrkräfte	-9'406'100.00	-9'306'800.00	-9'544'981.55
305	Arbeitgeberbeiträge	-3'273'900.00	-3'322'800.00	-3'339'360.00
306	Arbeitgeberleistungen	-111'000.00	-123'000.00	-62'628.00
309	Übriger Personalaufwand	-413'200.00	-365'000.00	-195'793.65
31	**Sach und übriger Betriebsaufwand**	**-12'572'500.00**	**-13'822'500.00**	**-13'142'224.51**
310	Material und Warenaufwand	-1'668'100.00	-1'605'400.00	-1'367'275.73
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-807'900.00	-891'600.00	-593'117.92
312	Ver und Entsorgung	-1'021'900.00	-910'700.00	-1'036'663.00
313	Dienstleistungen und Honorare	-4'162'700.00	-4'375'400.00	-5'995'948.07
314	Baulicher Unterhalt	-3'505'500.00	-4'661'200.00	-2'726'100.85
315	Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen	-642'000.00	-680'400.00	-588'168.94
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-308'300.00	-266'300.00	-283'967.45
317	Spesenentschädigung	-401'000.00	-366'300.00	-353'058.75
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-50'000.00	-49'000.00	-175'841.30
319	Verschiedener Betriebsaufwand	-5'100.00	-16'200.00	-22'082.50
33	**Abschreibungen Verwaltungsvermögen**	**-3'826'700.00**	**-3'431'800.00**	**-3'629'174.65**
330	Sachanlagen Verwaltungsvermögen	-3'731'000.00	-2'987'500.00	-3'266'127.55
332	Abschreibungen immaterielle Anlagen	-95'700.00	-444'300.00	-363'047.10
34	**Finanzaufwand**	**-786'500.00**	**-820'000.00**	**-825'804.36**
340	Zinsaufwand	-489'200.00	-466'800.00	-600'030.46
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	-297'300.00	-353'200.00	-225'773.90
35	**Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen**	**-408'700.00**	**-310'300.00**	**-1'868'626.03**
351	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen im EK	-408'700.00	-310'300.00	-1'868'626.03
36	**Transferaufwand**	**-4'444'800.00**	**-4'009'300.00**	**-4'285'036.39**
360	Ertragsanteile an Dritte	-140'500.00	-85'500.00	-108'150.00
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-294'000.00	-287'400.00	-274'824.76
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-3'862'300.00	-3'508'800.00	-3'771'266.03
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-148'000.00	-127'600.00	-130'795.60
38	**Ausserordentlicher Aufwand**	**0.00**	**0.00**	**-23'221.25**
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	0.00	0.00	-21'701.25
381	Ausserordentlicher Sach und Betriebsaufwand	0.00	0.00	0.00
384	Ausserordentlicher Finanzaufwand	0.00	0.00	-1'520.00
386	Ausserordentlicher Transferaufwand	0.00	0.00	0.00
39	**Interne Verrechnung**	**-5'091'800.00**	**-5'455'800.00**	**-6'186'602.73**
390	Material und Warenbezüge	-23'000.00	-24'000.00	-54'837.25
391	Dienstleistungen und Personalkosten	-3'753'000.00	-4'215'200.00	-4'750'323.20
392	Pacht, Mieten, Benützungskosten	-771'700.00	-701'500.00	-864'125.05
393	Betriebs und Verwaltungskosten	-291'900.00	-251'700.00	-263'466.83
394	Kalkulatorische Zinsen und Finanzaufwand	-252'200.00	-263'400.00	-253'850.40

Gemeinde Glarus Süd
2.3.2 Budget 2014: Erfolgsrechnung nach Kostenarten

Nr.	Bezeichnung	Budget 2013	Budget 2014	Rechnung 2012
4	**Ertrag**	**44'360'900.00**	**48'613'000.00**	**50'971'164.45**
40	**Fiskalertrag**	**20'957'000.00**	**23'648'000.00**	**22'286'731.35**
400	Direkte Steuern natürliche Personen	18'450'000.00	20'330'000.00	18'812'480.80
401	Direkte Steuern juristische Personen	1'850'000.00	2'660'000.00	2'818'789.40
403	Besitz und Aufwandsteuern	657'000.00	658'000.00	655'461.15
41	**Regalien und Konzession**	**2'208'000.00**	**2'163'000.00**	**2'056'603.05**
412	Konzessionen	2'208'000.00	2'163'000.00	2'056'603.05
42	**Entgelte**	**8'406'300.00**	**7'963'200.00**	**10'120'796.29**
420	Ersatzabgaben	250'000.00	300'000.00	243'464.60
421	Gebühren für Amtshandlungen	332'000.00	267'000.00	328'999.80
422	Spital und Heimtaxen, Kostgelder	222'000.00	221'000.00	217'082.85
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	5'847'800.00	5'481'900.00	7'065'197.24
425	Erlös aus Verkäufen	1'554'000.00	1'505'600.00	1'931'049.17
426	Rückererstattungen	195'000.00	182'400.00	324'995.13
427	Bussen	5'500.00	5'300.00	9'470.00
429	Übrige Entgelte	0.00	0.00	537.50
43	**Verschiedene Erträge**	**215'000.00**	**111'000.00**	**103'869.10**
431	Aktivierung Eigenleistungen	215'000.00	105'000.00	95'549.60
439	Übriger Ertrag	0.00	6'000.00	8'319.50
44	**Finanzertrag**	**2'013'100.00**	**2'045'800.00**	**3'089'622.18**
440	Zinsertrag	43'000.00	74'600.00	49'950.73
442	Beteiligungsertrag Finanzvermögen	210'000.00	215'000.00	203'500.00
443	Liegenschaftenertrag Finanzvermögen	676'200.00	737'000.00	743'773.20
444	Wertberichtigungen Anlagen Finanzvermögen	0.00	0.00	1'522.00
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	651'000.00	559'000.00	643'247.50
447	Liegenschaftenertrag Verwaltungsvermögen	432'900.00	460'200.00	1'447'628.75
45	**Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen**	**714'700.00**	**889'000.00**	**224'061.65**
450	Entnahmen aus Fonds u. Spezialfinanzierungen FK	0.00	6'500.00	11'198.35
451	Entnahmen aus Fonds u. Spezialfinanzierungen EK	714'700.00	882'500.00	212'863.30
46	**Transferertrag**	**4'755'000.00**	**5'437'200.00**	**4'995'297.55**
460	Ertragsanteile	160'000.00	800'000.00	143'955.60
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	1'198'300.00	706'900.00	1'228'613.15
462	Finanz und Lastenausgleich	660'000.00	666'000.00	665'126.05
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	2'727'700.00	3'260'300.00	2'948'633.15
469	Verschiedener Transferertrag	9'000.00	4'000.00	8'969.60
48	**Ausserordentlicher Ertrag**	**0.00**	**900'000.00**	**1'907'580.55**
482	Ausserordentliche Entgelte	0.00	0.00	1'023'342.10
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	0.00	0.00	396'366.65
484	Ausserordentliche Finanzerträge	0.00	0.00	487'871.80
486	Ausserordentliche Transfererträge	0.00	900'000.00	0.00
49	**Interne Verrechnungen**	**5'091'800.00**	**5'455'800.00**	**6'186'602.73**
490	Material und Warenbezüge	23'000.00	24'000.00	54'837.25
491	Dienstleistungen und Personalkosten	3'753'000.00	4'215'200.00	4'750'323.20
492	Pacht, Mieten, Benützungskosten	771'700.00	701'500.00	864'125.05
493	Betriebs und Verwaltungskosten	291'900.00	251'700.00	263'466.83
494	Kalkulatorische Zinsen und Finanzaufwand	252'200.00	263'400.00	253'850.40

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3 Budget 2014: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2013	Budget 2014	Rechnung 2012
1	PRÄSIDIALES	-2'675'200.00	-2'656'500.00	-2'499'037.10
10000	Gemeindeversammlung	-46'500.00	-48'400.00	-49'399.00
10100	Wahlen und Abstimmungen	-52'500.00	-77'100.00	-47'991.40
10	Total Legislative	-99'000.00	-125'500.00	-97'390.40
11000	Gemeinderat	-785'200.00	-774'400.00	-797'288.80
11010	Lohnerhöhungen 1.0% / Personal	-215'000.00	-215'000.00	0.00
11	Total Gemeinderat inkl. Lohnerhöhung Personal	-1'000'200.00	-989'400.00	-797'288.80
12000	Gemeindekanzlei	-511'900.00	-636'700.00	-490'578.75
12100	Gemeindearchiv	-30'000.00	-43'600.00	-44'413.15
12200	Weibeldienst	-91'600.00	0.00	-91'550.70
12400	Informatik / EDV	-194'000.00	-217'400.00	-336'334.10
12	Total Gemeindekanzlei / Archiv	-827'500.00	-897'700.00	-962'876.70
14000	Personaldienst	-585'800.00	-470'200.00	-456'881.65
14010	Arbeitgeberleistungen	-111'000.00	-123'000.00	-62'628.00
14020	Gleitzeit- und Feriensaldo Personal	0.00	0.00	-68'734.50
14	Total Personaldienst	-696'800.00	-593'200.00	-588'244.15
16000	Vermittleramt	-15'200.00	-10'700.00	-11'762.00
16	Total Vermittleramt	-15'200.00	-10'700.00	-11'762.00
18000	GPK / Revisionsstelle	-36'500.00	-40'000.00	-41'475.05
18	Total Controlling	-36'500.00	-40'000.00	-41'475.05
2	WIRTSCHAFT UND FINANZEN	23'805'000.00	26'804'200.00	26'389'213.83
20000	Finanzverwaltung	-492'700.00	-430'700.00	-462'988.64
20200	Steuerertrag allgemein	19'530'000.00	20'720'000.00	19'169'989.76
20205	Steuerertrag Vorjahre	740'000.00	1'900'000.00	1'973'565.90
20206	Steuerertrag Sondereffekt	0.00	340'000.00	448'502.09
20210	Sondersteuern	231'500.00	237'000.00	220'999.10
20220	Finanz- und Lastenausgleich	660'000.00	666'000.00	665'126.05
20240	Rückverteilung CO2--Abgaben	9'000.00	4'000.00	8'969.60
20300	Ertragsanteile übrige	2'200'000.00	2'005'000.00	2'044'253.05
20310	Wasserkraftnutzung	-16'600.00	-16'600.00	-15'632.35
20400	Passivzinsen und Vermögenserträge	-123'200.00	-85'400.00	-229'008.73
20800	Wertberichtigung auf Forderungen	-20'000.00	-10'000.00	-49'718.85
20	Total Finanzwesen	22'718'000.00	25'329'300.00	23'774'056.98
21000	Wirtschaftsförderung	-39'000.00	-32'300.00	-12'000.00
21	Total Wirtschaft	-39'000.00	-32'300.00	-12'000.00
22000	Regionalverkehr	-43'000.00	-30'200.00	-21'848.00
22010	Bahnhöfe / Bushaltestellen	-23'000.00	-24'600.00	-28'893.75
22	Total Regionalverkehr	-66'000.00	-54'800.00	-50'741.75
27000	Technische Betriebe Glarus Süd	650'000.00	550'000.00	642'207.50
27050	Technische Betriebe Glarus Süd	0.00	150'000.00	0.00
27100	Technische Betriebe Glarus Süd	582'000.00	0.00	582'000.00
27	Total Technische Betriebe Glarus Süd	1'232'000.00	700'000.00	1'224'207.50

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3 Budget 2014: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2013	Budget 2014	Rechnung 2012
28000	Versicherungen	-40'000.00	-38'000.00	-35'166.20
28	Total Versicherungen	-40'000.00	-38'000.00	-35'166.20
29000	Neutrale Aufwendungen und Erträge	0.00	900'000.00	1'488'857.30
29	Total Neutrale Aufwendungen und Erträge	0.00	900'000.00	1'488'857.30
3	SCHULE UND FAMILIE	-13'923'800.00	-13'387'100.00	-13'556'184.67
30000	Schulleitung / Schulsekretariat	-1'132'100.00	-972'200.00	-969'483.95
30	Total Schulleitung / Schulsekretariat	-1'132'100.00	-972'200.00	-969'483.95
31010	Kindergarten Linthal	-158'300.00	-189'000.00	-152'610.10
31020	Kindergarten Braunwald	-65'700.00	-53'300.00	-57'497.26
31021	Kindergarten Luchsingen	-116'300.00	-121'700.00	-125'184.45
31030	Kindergarten Haslen	-149'400.00	-140'800.00	-133'913.15
31032	Kindergarten Schwanden	-335'800.00	-259'500.00	-328'035.65
31037	Kreiskindergarten Mitlödi	-235'300.00	-297'200.00	-236'809.85
31040	Kindergarten Engi	-137'500.00	-134'200.00	-129'748.75
31099	Stellvertretungen Kindergarten	0.00	-127'600.00	0.00
31	Total Kindergarten	-1'198'300.00	-1'323'300.00	-1'163'799.21
33011	Primarschule Linthal	-870'800.00	-855'700.00	-884'175.99
33020	Primarschule Braunwald	-298'900.00	-268'300.00	-278'459.29
33022	Primarschule Hätzingen	-711'100.00	-524'000.00	-662'987.93
33030	Primarschule Haslen	-560'900.00	-516'500.00	-593'318.50
33031	Primarschule Schwanden	-1'306'700.00	-1'349'100.00	-1'363'503.12
33035	Primarschule Schwändi	-234'000.00	-256'800.00	-235'349.00
33036	Primarschule Sool	0.00	0.00	-172'525.89
33038	Primarschule Mitlödi	-950'100.00	-970'100.00	-835'451.80
33040	Primarschule Engi	-450'100.00	-439'300.00	-444'132.90
33045	Primarschule Elm	-417'800.00	-249'600.00	-326'838.55
33090	Deutsch-Intensivklasse Rüti	-272'700.00	-138'300.00	-141'142.45
33099	Stellvertretungen Primarschule	0.00	-261'300.00	0.00
33	Total Primarschule	-6'073'100.00	-5'829'000.00	-5'937'885.42
34010	Oberstufenschulkreis Linthal	-1'609'200.00	-1'287'600.00	-1'456'281.85
34030	Oberstufenschulkreis Schwanden	-2'078'000.00	-2'124'100.00	-2'226'735.97
34040	Oberstufe Matt	-755'800.00	-713'700.00	-789'962.15
34099	Stellvertretungen Oberstufe	0.00	-236'200.00	0.00
34	Total Oberstufe	-4'443'000.00	-4'361'600.00	-4'472'979.97
35000	Volksschule sonstiges	-172'800.00	-142'900.00	-151'543.20
35010	Bibliotheken	-53'600.00	-45'300.00	-36'830.50
35050	Kantonsschule	-36'000.00	-25'000.00	-28'188.40
35090	EDV an den Schulen	0.00	-90'000.00	0.00
35	Total Volksschule sonstiges	-262'400.00	-303'200.00	-216'562.10
36000	Sonderpädagogik	-430'000.00	-251'700.00	-416'066.42
36	Total Sonderpädagogik	-430'000.00	-251'700.00	-416'066.42
37000	Schulgesundheit	0.00	0.00	-38'070.05
37	Total Schulgesundheit	0.00	0.00	-38'070.05

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3 Budget 2014: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2013	Budget 2014	Rechnung 2012
38000	Tagesschule Sool	0.00	0.00	-96'747.05
38090	Tagesbetreuung	-61'600.00	-5'900.00	-43'754.65
38110	Tagesbetreuung Linthal	-77'200.00	-76'500.00	-67'858.20
38120	Hort Mitlödi	-99'600.00	-87'200.00	-28'768.30
38130	Chinderburg Schwanden	-65'200.00	-33'900.00	-43'939.20
38199	Stellvertretungen Tagesstruktur	0.00	-45'400.00	0.00
38	Total Tagesbetreuung / Krippen	-303'600.00	-248'900.00	-281'067.40
39000	Fachstelle Schulsozialarbeit	-2'000.00	-3'000.00	0.00
39100	Jugendarbeit	-79'300.00	-94'200.00	-60'270.15
39	Total Familie und Jugend	-81'300.00	-97'200.00	-60'270.15
4	GESELLSCHAFT UND TOURISMUS	-2'534'400.00	-2'470'900.00	-2'661'201.80
40000	Departemenssekretariat	-83'500.00	-84'000.00	-90'710.20
40	Total Gesellschaft	-83'500.00	-84'000.00	-90'710.20
41000	Ambulante Krankenpflege	-272'300.00	-482'000.00	-251'163.55
41100	Alters- und Pflegeheime	-1'568'800.00	-1'316'200.00	-1'839'787.75
41200	Gesundheitswesen	-11'800.00	-11'800.00	-7'060.00
41	Total Gesundheit	-1'852'900.00	-1'810'000.00	-2'098'011.30
42000	Soziales	-94'100.00	-57'400.00	-66'942.00
42	Total Soziales	-94'100.00	-57'400.00	-66'942.00
43000	Kultur	-196'700.00	-191'200.00	-183'031.75
43010	Kulturelle Projekte und Anlässe	-25'000.00	-25'000.00	-26'831.50
43	Total Kultur	-221'700.00	-216'200.00	-209'863.25
44000	Tourismus	-182'200.00	-203'300.00	-92'533.20
44	Total Tourismus	-182'200.00	-203'300.00	-92'533.20
45000	Regionalpolitik	0.00	0.00	-5'007.85
45100	Denkmalpflege / Heimatschutz	-100'000.00	-100'000.00	-98'134.00
45	Total Regionalpolitik	-100'000.00	-100'000.00	-103'141.85
5	SICHERHEIT UND FREIZEIT	-1'533'900.00	-1'562'600.00	-1'443'104.25
50000	Einwohneramt	-431'800.00	-429'500.00	-427'128.40
50010	AHV-Zweigstelle	-45'500.00	-49'500.00	-40'770.85
50020	Telefonzentrale	-7'000.00	-6'000.00	0.00
50	Total Sicherheit und Freizeit	-484'300.00	-485'000.00	-467'899.25
52000	Feuerwehr	1'075'600.00	960'900.00	832'119.00
52010	Feuerwehr Braunwald	-137'500.00	-127'700.00	-86'065.70
52020	Feuerwehr Grosstal	-359'800.00	-287'600.00	-216'139.80
52021	Feuerwehr Axpo Linthal 2015	0.00	0.00	3'627.50
52030	Feuerwehr Kärpf	-533'900.00	-489'700.00	-527'411.80
52031	Hubretter Feuerwehr Kärpf	0.00	0.00	0.50
52040	Feuerwehr Engi - Matt	-176'500.00	-149'700.00	-114'619.10
52050	Feuerwehr Elm	-112'200.00	-105'800.00	-82'252.80
52	Total Feuerwehr	-244'300.00	-199'600.00	-190'742.20

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3 Budget 2014: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2013	Budget 2014	Rechnung 2012
53000	Militärische Verteidigung	-2'000.00	-2'000.00	-493.00
53	Total Militärische Verteidigung	-2'000.00	-2'000.00	-493.00
54000	Schiesswesen	-97'800.00	-209'200.00	-79'014.55
54	Total Schiesswesen	-97'800.00	-209'200.00	-79'014.55
55000	Zivilschutz	-192'900.00	-185'300.00	-173'064.35
55100	Ziviler Führungsstab	-25'300.00	-22'700.00	-16'249.70
55	Total Zivilschutz	-218'200.00	-208'000.00	-189'314.05
56000	Sport- und Freizeitanlagen	-94'100.00	-119'400.00	-106'678.00
56100	Schwimmbäder	-149'400.00	-137'100.00	-214'186.80
56200	Sport und Freizeit	-25'000.00	-25'000.00	-18'191.30
56	Total Sport und Freizeit	-268'500.00	-281'500.00	-339'056.10
57000	Friedhof und Bestattungen	-218'800.00	-177'300.00	-176'585.10
57	Total Friedhof und Bestattung	-218'800.00	-177'300.00	-176'585.10
6	WERKE UND UMWELT	-9'167'100.00	-9'047'200.00	-7'881'230.23
60000	Bauamt / Bauverwaltung	-417'000.00	-371'400.00	-261'163.80
60040	Nachführung amtliche Messungen	-15'000.00	-15'000.00	-16'752.20
60050	Orts- und Raumplanung	-93'000.00	-203'000.00	-169'111.75
60090	Verkauf von Bauland	-2'000.00	-3'000.00	-5'105.10
600	Total Bauamt / Raumplanung	-527'000.00	-592'400.00	-452'132.85
60100	Immobilien Verwaltungsvermögen	-41'000.00	-72'600.00	-9'515.30
60102	Gemeindehaus Schwanden	-89'600.00	-38'900.00	-49'139.20
60103	Gemeindehaus Mitlödi	-48'400.00	-40'500.00	-44'276.15
60104	Gemeindehaus Haslen	-30'900.00	-25'900.00	-25'472.60
60105	Gemeindehaus Linthal	-42'200.00	-29'500.00	-38'620.60
60106	Schulhaus Nidfurn / Verwaltung	-22'000.00	-26'400.00	-31'187.90
60107	Gemeindehaus Elm	-240'300.00	-213'000.00	-228'141.45
60110	Liegenschaften VV Linthal	-7'000.00	-5'300.00	-1'680.00
60120	Liegenschaften VV mittl. Grosstal	-34'200.00	-4'100.00	-4'872.45
60121	Mehrzweckhalle Rüti	-108'200.00	-75'300.00	-68'020.65
60130	Liegenschaften VV Schwanden	-35'700.00	-28'800.00	-35'337.00
60131	Gemeindezentrum Schwanden	-158'900.00	-167'400.00	-118'215.20
60140	Liegenschaften VV Sernftal	-14'000.00	-10'000.00	-7'399.25
601	Total Immobilien Verwaltungsvermögen	-872'400.00	-737'700.00	-661'877.75
60400	Schulliegenschaften	7'600.00	-68'200.00	211'460.95
60410	Kindergarten Linthal	-34'900.00	-28'600.00	-29'576.05
60411	Primarschule Linthal	-232'200.00	-234'300.00	-258'093.20
60412	Sekundarschulhaus Hinterland	-81'200.00	-80'200.00	-110'767.10
60415	Turnhalle Linthal	-58'600.00	-89'800.00	-82'011.15
60420	Schulliegenschaften Braunwald	-109'300.00	-172'800.00	-112'635.65
60421	Kindergarten Luchsingen	-44'700.00	-39'000.00	-28'703.85
60422	Schulliegenschaften Hätzingen	-169'100.00	-275'400.00	-189'546.10
60425	Schulhaus Rüti	-13'800.00	-21'000.00	-5'344.15
60430	Schulliegenschaften Haslen	-100'100.00	-108'800.00	-107'245.00
60431	Buchenschulhaus/Turnhallen	-697'400.00	-553'500.00	-654'403.50
60432	Kindergarten Schwanden	-52'700.00	-139'600.00	-58'832.35

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3 Budget 2014: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2013	Budget 2014	Rechnung 2012
60435	Schuliegenschaften Schwändi	-80'100.00	-98'600.00	-34'528.55
60436	Schulhaus Sool	0.00	0.00	-106'073.35
60437	Kindergarten Mitlödi	-35'100.00	-44'100.00	-55'580.90
60438	Schulhaus Mitlödi	-158'800.00	-195'400.00	-244'436.20
60440	Schulliegenschaften Engi	-167'400.00	-180'600.00	-176'443.45
60441	Schulliegenschaft Matt	-141'700.00	-130'300.00	-119'256.50
60445	Schulliegenschaften Elm	-71'800.00	-69'900.00	-67'262.60
604	Schulliegenschaften	-2'241'300.00	-2'530'100.00	-2'229'278.70
60500	Immobilien Finanzvermögen	-19'800.00	-47'700.00	-1'181.15
60510	Liegenschaften FV Linthal	11'000.00	10'100.00	9'989.30
60511	Mehrfamilienhaus Seggen, Linthal	23'600.00	13'200.00	21'417.45
60520	Liegenschaften FV mittl. Grosstal	19'200.00	47'900.00	31'590.80
60521	Schulhaus Diesbach, Spitex	-9'600.00	-1'300.00	9'683.40
60522	Grosshaus Rüti, Dorfstrasse 66	19'500.00	19'400.00	31'498.80
60530	Liegenschaften FV Schwanden	43'000.00	48'300.00	67'949.65
60531	Liegenschaft alte Schule, Sool	12'500.00	-28'100.00	16'588.70
60532	Liegenschaft Haus Bären, Sool	16'700.00	16'700.00	17'640.85
60533	Liegenschaft Schulhaus, Sool	-6'500.00	-3'100.00	0.00
60540	Liegenschaften FV Sernftal	-25'900.00	22'700.00	19'388.30
60541	Touristenlager und Wohnungen, Matt	0.00	0.00	28'736.98
605	Total Immobilien Finanzvermögen	83'700.00	98'100.00	253'303.08
60900	Verkauf Liegenschaften FV	-2'000.00	-2'000.00	0.00
60	Total Hochbau / Planung	-3'559'000.00	-3'764'100.00	-3'089'986.22
61000	Werkhöfe	-809'900.00	-826'400.00	-479'512.45
61100	Dorfstrassen	-835'600.00	-794'000.00	-1'075'763.40
61100	Schneeräumung Dorfstrassen	-652'000.00	-764'200.00	-1'229'227.50
61110	Plätze und Anlagen	-139'700.00	-146'500.00	-154'596.10
61111	Auenstrasse Linthal	-35'000.00	-44'000.00	-34'999.90
61120	Öffentliche Beleuchtung	-195'400.00	-200'000.00	-149'903.00
61150	Kantonsstrassen	-76'700.00	-50'500.00	-54'402.55
64000	Robi Dog	-123'900.00	-102'000.00	-104'510.10
61200	Privatstrassen	-200.00	0.00	-453.75
61300	Fahrzeuge Werkbetrieb	0.00	0.00	0.00
61	Total Tiefbau	-2'868'400.00	-2'927'600.00	-3'283'368.75
63100	Wasserversorgung / öffentl. Brunnen	0.00	-16'500.00	-18'714.75
63200	Löschwasserversorgung	-23'000.00	-24'000.00	-25'697.70
63	Total Wasserversorgung	-23'000.00	-40'500.00	-44'412.45
64900	Entwässerung Braunwald	-12'500.00	-3'800.00	-3'617.50
64	Total Abwasserbeseitigung	-12'500.00	-3'800.00	-3'617.50
65000	Abfallwirtschaft allgemein	-6'900.00	-6'900.00	-6'966.85
65010	Kadaversammelstelle Linthal	0.00	0.00	-93.50
65020	Kadaversammelstelle Grosstal	-14'300.00	-13'600.00	-13'611.45
65040	Kadaversammelstelle Sernftal	-4'400.00	-5'100.00	-4'287.20
65100	Abfallwirtschaft SF	0.00	0.00	0.00
65	Total Abfallwirtschaft	-25'600.00	-25'600.00	-24'959.00
66000	Deponien	95'300.00	-31'600.00	111'219.03

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3 Budget 2014: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2013	**Budget 2014**	Rechnung 2012
66100	Umweltschutz	-1'000.00	-4'000.00	-3'919.80
66320	Notschlachthaus Betschwanden	-6'300.00	-6'800.00	-4'954.85
66	Total Umweltschutz / Deponien	88'000.00	-42'400.00	102'344.38
67000	Forstwirtschaft	-717'800.00	-167'600.00	188'886.44
67200	Schnitzelholz	-1'000.00	0.00	-18'446.08
67400	Waldstrassen	-241'800.00	-256'500.00	-270'703.90
67500	Lawinenverbauungen	-90'700.00	-62'200.00	-72'881.90
67600	Wanderwege	-358'400.00	-368'600.00	-415'379.30
67700	Bäche und Runsen	-334'500.00	-293'400.00	-158'596.90
67800	Gewässerverbauung	-57'300.00	-12'200.00	-20'602.10
67	Total Forstwirtschaft	-1'801'500.00	-1'160'500.00	-767'723.74
68000	Alpwirtschaft	-326'100.00	-211'700.00	-107'123.50
680	Total Alpwirtschaft	-926'000.00	-1'046'000.00	-749'934.65
68500	Landwirtschaft	-61'200.00	-94'200.00	-42'393.90
68510	Landw. Liegenschaften	22'100.00	57'500.00	22'821.60
685	Total landw. Liegenschaften	-39'100.00	-36'700.00	-19'572.30
68	Total Alp- und Landwirtschaft	-965'100.00	-1'082'700.00	-769'506.95

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3. Budget 2014: Zusammenzug Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Budget 2013		Budget 2014		Rechnung 2012	
ZUSAMMENZUG						
ERFOLGSRECHNUNG						
Nettoaufwand	-50'390'300.00	44'360'900.00	-50'933'100.00	48'613'000.00	-52'622'708.67	50'971'164.45
		-6'029'400.00		-2'320'100.00		-1'651'544.22
1 PRÄSIDIALES	-2'751'200.00	76'000.00	-2'743'500.00	87'000.00	-2'605'912.35	106'875.25
Nettoaufwand		-2'675'200.00		-2'656'500.00		-2'499'037.10
2 WIRTSCHAFT UND FINANZEN	-1'508'100.00	25'313'100.00	-1'463'500.00	28'267'700.00	-2'004'865.22	28'394'079.05
Nettoertrag	23'805'000.00		26'804'200.00		26'389'213.83	
3 SCHULE UND FAMILIE	-14'709'300.00	785'500.00	-14'727'400.00	1'340'300.00	-14'643'712.90	1'087'528.23
Nettoaufwand		-13'923'800.00		-13'387'100.00		-13'556'184.67
4 GESELLSCHAFT UND TOURISMUS	-3'372'900.00	838'500.00	-3'084'400.00	613'500.00	-3'448'855.40	787'653.60
Nettoaufwand		-2'534'400.00		-2'470'900.00		-2'661'201.80
5 SICHERHEIT UND FREIZEIT	-3'143'900.00	1'610'000.00	-3'278'800.00	1'716'200.00	-2'896'793.80	1'453'689.55
Nettoaufwand		-1'533'900.00		-1'562'600.00		-1'443'104.25
6 WERKE UND UMWELT	-24'904'900.00	15'737'800.00	-25'635'500.00	16'588'300.00	-27'022'569.00	19'141'338.77
Nettoaufwand		-9'167'100.00		-9'047'200.00		-7'881'230.23

2.4. Budget 2014: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2015 - 2018

	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2013		Investitionen 2014		Nettoinvestitionen pro Jahr 2015	2016	2017	2018	Bemerkungen / Legende
	Präsidiales									
	Informatik / EDV-Kosten									
1	Glarus Süd / Informatik / EDV-Kosten	90		90		90	90			Vertrag mit gl3 / 6 Jahre Amortisation / 2011 - 2016
	Zentraler Verwaltungsstandort					2'500				Verwaltungsstandort
	Departement Wirtschaft und Finanzen									
	Regionalverkehr / Investitionsbeiträge									
2	Luftseilbahn Matt - Weissenberge					300				Erneuerung Luftseilbahn / Gemeindebeitrag
	Departement Schule und Familie									
	Kinderkrippen / Kinderhorte									
1	Schwanden / Chinderburg Erweiterung	375								Abschreibung der Investition zu Lasten des Krippenfonds
1	Tagesstruktur / Ausbau 5 Standorte	50				50	50			Verschoben auf 2015 und 2016
	Schulliegenschaften / Turnhalle									
1	Linthal SG / Neubau Sporthalle Linthal Grossprojekt	3'700		1'790	800					GV vom 22.06.2012 / Bruttokredit von Fr. 5'476'100.-; Kantonsbeitrag Fr. 800'000.-
3	Glarus Süd / Schulliegenschaften / Unterhalt und Mobiliar	50								
1	Matt / Renovation altes Schulhaus			30		100	750	750		2014/Vorprojekt, 15/Planungskredit, 16&17 Ausführung; abhängig von Schulkonzept
1	EDV in den Schulen	100		100		100	100	100	100	
	Departement Gesellschaft und Tourismus									
	Bahnen / Investitionsbeiträge									
1	Schwanden / Mettmen Erneuerung Luftseilbahn	200		200		200				GV vom 23.11.2012 / Bruttokredit von Fr. 600'000.-
	Departement Sicherheit und Freizeit									
	Feuerwehr									
1	Glarus Süd / Anschaffung und Ersatz (Motorspritzen)	270	215	120	90	30	30			80% Subventionierung durch GlarnerSach
3	Braunwald / Atemschutzfahrzeug	80	65							80% Subventionierung durch GlarnerSach
1	Elm / Feuerwehrlokal zs. mit Neubau Werkhof	250	200	760	380	100				GV vom 22.11.2013 / Bruttokredit Fr. 1'136'000.- / Subv. 50% durch GlarnerSach
	Schiessanlagen									
1	Glarus Süd / Kugelfänge sanieren versch. Standorte	500	350	775	580	320	320	300	200	GV vom 22.11.2013 / Bruttokredit Fr. 4.4 Mio. / Restkosten Gemeinde Fr. 1.6 Mio.
1	Sanierung Schiessanlage Matt in Schwanden	50		600	150					GV vom 22.11.2013 / Bruttokredit Fr. 600'000.-
	Schwimmbad / Sportanlagen									
2	Schwanden / Schwimmbad Sanierung Kunststofffolie						200			
2	Schwanden / Schwimmbad Wassererwärmung					150				Ziel: Fremdfinanzierung wird angestrebt.
	Spiel- und Freizeitanlagen									
1	Sanierung von Spielplätzen	75								Übertragungskredit 2013
	Departement Werke und Umwelt									
	Werkhöfe									
1	Glarus Süd / Werkhöfe / Standort Schwanden			150		1'200	1'050			Genehmigung durch die Gemeindeversammlung
1	Elm / Umbau Werkhof zs. mit Feuerwehrgebäude	200		900		320				GV vom 22.11.2013 / Bruttokredit Fr. 1.22 Mio / Abschreibung über Forstreservefonds
2	Mittl. Grosstal > Werkhof							1'000	1'000	Konzept ist in Ausarbeitung
	Liegenschaften									
2	Braunwald Schulhaus/ Sanierung Pausenplatz						100			
2	Braunwald Tödihalle/ Sanierung Flachdach						230			
1	Braunwald Tödihalle/ Sanierung Heizung			220						
2	Diesbach Wohnhaus / Dachsanierung						70			

Legende: 1 = Zwangsbedarf 2 = Strukturerhaltung 3 = Ersatzbeschaffung 4 = Wunschbedarf

2.4. Budget 2014: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2015 - 2018

	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2013		Investitionen 2014		Nettoinvestitionen pro Jahr 2015	2016	2017	2018	Bemerkungen / Legende
2	Elm altes Schulhaus / Heizungssanierung							200		
3	Elm altes Schulhaus / Dachsanierung								100	
3	Engi Schulhaus / Wärmeerzeugung sanieren								200	
3	Engi Wohnhaus / Dachsanierung								70	
3	Haslen Kindergarten/ Fensterersatz inkl. Rollläden					70				
2	Hätzingen Schulhaus/ Sanierung roter Platz					130				
2	Leuggelbach ehem. Schulhaus / Dachsanierung						80			
3	Linthal Gemeindehaus/ Fassadensanierung						60			
3	Linthal Sekundar / z.T Fenster und Lamellenstoren ersetzen					100				
3	Linthal Sekundar / Eingangspartie sanieren					80				
3	Linthal Primar / 2.OG Bodenbeläge erneuern						60			
3	Linthal Primar / WC-Anlagen sanieren						100			
3	Linthal Seggenhaus / Fensterersatz					70				
2	Schwanden Oberstufenschulhaus/ Fassadensanierung							220		
3	Schwanden Oberstufenschulhaus/ san. Anlagen sanieren								120	
3	Schwanden Turnhalle/ Dusch- und WC-Räume sanieren							220		
1	Schwanden Gemeindehaus/ Sanierung Heizung							160		Verschoben auf 2017
2	Schwanden Gemeindehaus/ Dachsanierung						150			
1	Schwändi Schulhaus/ Dach- und Turmuhrsanierung			145						
3	Schwändi Schulhaus/ Fensterersatz					80				
2	Sool Wohnhaus alte Schule / Dachsanierung							70		
3	Rüti Schulhaus/ san. Anlagen ersetzen								90	
	Dorfstrassen									
1	Braunwald / Strassen allgemein jährlich									
3	Diesbach / 2 Brücken - Rufirunse unten und oben								200	
2	Diesbach / Oberdorf Belag							100		
3	Engi / Sanierung der Mühlebachbrücke (Bäckerei Hefti)						300			
4	Engi / Sanierung Dorfstrasse									
1	Sernftal / Strassenbeleuchtung durch tbgs	120								Ersatz Quecksilberdampflampen durch LED-Leuchten
4	Hätzingen / Strassenbelag + Parkplatz Oberdorf sanieren							200		Ab Haslerstr.-Hintere Dorfstr. - Oberdorf-Vordere Dorfstr.
4	Hätzingen / Rosengasse									Neuen Belag / Unterbau
4	Hätzingen / Kreuzgasse									Neuen Belag / Unterbau
2	Linthal / Strassensicherheit bei Neubau Sporthalle Linthal					150				Strassenkorrektur bei Neubau Halle
2	Luchsingen / Sanierung Adlenbach					150	200			Verschoben auf 2015
2	Luchsingen / Maschinenstrasse Luchsingen							200		Planung und Gesamtprojekt
2	Luchsingen / Bächibachbrücke sanieren					200				
4	Luchsingen / Brunnenberg - Bödeli								300	Neuen Belag / Unterbau
2	Matt / Sanierung der Staldenstrasse							300		Verschoben
2	Mitlödi / Sanierung alte Landstrasse								100	2013 Löcher "grosszügig" repariert; Entwicklung beobachten
2	Schwanden / Au-Zusingen, Anteil Strasse						150			
3	Schwanden / Sanierung Güetli-/Claridenstrasse							150		
2	Schwanden / Weinberg						250			
3	Schwanden / Föhnenstrasse									
4	Schwanden / Sanierung Schwarzenbach							500		
2	Schwanden / Schulhausstrasse						150			
4	Schwändi / Sanierung Schüpfenstrasse (oberh. Rest.Krone)								150	
	Raumplanung									
1	Glarus Süd / Raumentwicklung / Raumplanung	120		40						

Legende: 1 = Zwangsbedarf 2 = Strukturerhaltung 3 = Ersatzbeschaffung 4 = Wunschbedarf

2.4. Budget 2014: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2015 - 2018

	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2013		Investitionen 2014		Nettoinvestitionen pro Jahr 2015	2016	2017	2018	Bemerkungen / Legende
1	Gemeinde Glarus Süd / Katastererneuerung Parzellen	40								Matt, Engi, Sool
	Kehrichtentsorgung									
1	Elm / Sammelstelle zs. mit Umbau Werkhof u. Feuerwehrgebäude					50				GV vom 22.11.2013 / Bruttokredit Fr. 50'000.– / Spezialfianzierung Abfallentsorgung
	Deponien									
1	Glarus Süd / Deponien									Instandstellung / Planung
	Forst									
3	Ersatz Forstfahrzeuge	420					500	250		Abschreibung der Investition zu Lasten des Forstreservefonds
1	Förderprogramm Weisstanne			150	150					
2	Elm / Unterhalt Strasse Obererbs					100	100			Gemeinsam mit vbs
1	Matt / Ausbau Strasse Bruch			400	240					985m à Fr. 400.-- abz. 60% Subv. / Abschr. über Forstreserve
2	Engi / Sanierung Gufelstockstrasse	120	120							abgeschlossen / GV vom 23.11.2012
2	Engi, Verbindung Ausserhöffi - Gufelstockstrasse							-	280	Fr. 800 / m' / 60% Subv.
1	Schwanden / AXPO Waldstrasse Namenstein					250				Anteil Glarus Süd
2	Rüti - Luchsingen / Verlängerung Erlenbergstrasse							400	400	3.0 km / Fr. 1'000 / m' / auf 3 Jahre verteilt (17-19)
	Lawinenverbauungen / Steinschlagverbauungen									
1	Haslen / Lawinenverbauung Schwecheten	150	120							abgeschlossen
1	Elm / Lawinenverbauung Schauboden									abgeschlossen
1	Engi / Lawinenverbauung Fittern	600	480	1'500	1'305	200	200	200	200	GV vom 18.11.2011 / Bruttokredit Fr. 6'950'000.-
1	Glarus Süd / Sanierung Lawinenverbauungen	150	120	150	120	30	30	30	30	Subv. 80 % / Rep. div. Verbauungen/ Hangeten / Bolligen
	Bäche und Runsen / Gewässerverbauung									
1	Linthal / Projekt Runsen am Kilchenstock	100	80	150	120	25				
2	Linthal / Hochwasserschutz hinter Bebieareal					100				ehemaliges, angepasstes Projekt LKS
2	Linthal / Hochwasserschutz Schürbrücke						250			
1	Luchsingen / Sanierung Weiherwand						50	750		Hochwasserschutz > Seilbahn!!! Planung 2014 / Verschoben
1	Mitlödi / Hochwasserschutz	1'000	600	1'000	600					GV vom 22.06.2012 / Bruttokredit von Fr. 2.45 Mio.
1	Schwanden / Linth im Bereich Mühle					120	120			zusammen mit tbgs (Technische Betriebe Glarus Süd)
1	Schwanden / Linth diverse Schäden						200	200		
1	Schwanden / Schwändi / Mitlödi Sanierung Guppenrunse	500	300	300	180	600	600	600	600	Gesamtprojekt muss 2014 vor GV / Neue Abklärungen werden vorgenommen!!
	Alpen									
1	Matt / Projekt Krauchtal > Bruch	600	360							verschoben bis Entscheid Wassernutzung gefällt ist
1	Matt / Projekt Krauchtal > Abzweiger Weissenberge	500	300							
1	Matt / Projekt Krauchtal > restl. Wiederinstandstellung	600	360	800	640					Patenschaft für Berggemeinden unterstützt das Projekt Krauchtal
2	Matt / Projekt Krauchtal > Ausbau 1. Etappe					200				Entwässerung / Feinplanie
2	Matt / Dach Vorderegg					100				Verschoben
4	Matt / Krauchtal Sennerei						750			
2	Engi / Sicherungsmassnahmen Mühlebach									Konzept wird erarbeitet
1	Linthal / Sandalp Alp- Wanderweg	140	100	140	100	40				
2	Schwanden / Mettmenalp Wasserversorgung							200		Verschoben auf 2017
2	Schwanden / Nüenhütten Wasserversorgung					150				Verschoben
2	Schwanden / MW Kreuzboden - Schwamm - Mitlist							100		
2	Schwanden / Guppenalp Dach Oberstafel	150								ist abgeschlossen
2	Schwanden / Guppen Wasserversorgung					150				
1	Haslen / Sanierung Rutschung MW Auern - Ratzmatt			120	75					
4	Linthal / Alp Guet-Bächi, Stallneubau Mittelstafel					-	200			
2	Linthal / Kammeralp, Sennerei und Seilbahn sanieren					100	100			
2	Linthal / Kammeralp, Sanierung Strasse Oberstafel					100				
2	Luchsingen / Bösbächi Güllenstande					100				Verschoben
2	Linthal / Seilbahn Obersand	60	40							
	INVESTITIONEN ohne Spezialfinanzierungen	11'360	3'810	10'630	5'530	8'905	7'590	7'200	4'140	

Legende: 1 = Zwangsbedarf 2 = Strukturerhaltung 3 = Ersatzbeschaffung 4 = Wunschbedarf

Glarus Süd Kraft.

2.4. Budget 2014: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2015 - 2018

	Spezialfinanzierung Wasserversorgung									
	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2013		Investitionen 2014		Nettoinvestitionen pro Jahr 2015	2016	2017	2018	Bemerkungen / Legende
	Departement Werke und Umwelt									
	Wasserversorgung									
3	Betschwanden / WV / Reservoirableitung ab Res. Marglen									GWP Grosstal abwarten
2	Braunwald / WV / Leitungserneuerung Sonderegger-Pumpstation							100		
2	Braunwald / WV / Reservoir Schwändiberg					250	350			Verschoben
4	Braunwald / WV / Hüttenberg								200	Neue Hydrantenleitung
4	Braunwald / WV / Niederschlacht								200	Neue Hydrantenleitung
2	Diesbach / WV / Trinkwasserkraftwerk Breitenstein							200		
2	Diesbach / WV / Oberdorf							100		Zusammen mit Belagssanierung
2	Elm / WV / Reservoir Oberempächli					250				
2	Elm / WV / Reservoir Wald						200			
2	Elm / WV / Trinkwasser-KW Oberhaus									Etappierung gemäss GWP (ca. Fr. 150'000)
1	Engi / WV / Quellfassung Brunnengaden			300						
1	Engi / WV / Leitungserneuerung Gufelstockstr--Salenstutz			100	15					250m / in Strasse / Reduktion um Fr. 100'000.--
1	Glarus Süd / Katastererneuerung	70		70		70	70			
1	GWP Mittleres Grosstal	160	20							Aus diesem ergeben sich die Arbeiten für die Zukunft
1	GWP Sernftal			80	40					
4	Haslen / WV / Hydrantenleitung Sagenbach - Zünli, 100m									Ausführung zusammen mit Kanton
4	Haslen / WV / Hydrantenleitung südlich D. Jenny, 150m						150			
4	Haslen / WV / Ringschluss beim Schulhaus								150	
4	Hätzingen / WV / Oberdorf / Ersatz Leitungen + 2 Hy							150		Ab Haslerstr.-Hintere Dorfstr. - Oberdorf-Vordere Dorfstr.
4	Hätzingen / WV / Rosengasse									Neue Hydrantenleitung / GWP Grosstal abwarten
4	Hätzingen / WV / Kreuzgasse									Neue Hydrantenleitung / GWP Grosstal abwarten
2	Linthal / WV / Quellfassung Fruttmatt							300		
1	Linthal / WV / Sanierung Wasserversorgung Auen	105								
2	Luchsingen / WV / Adlenbach, Leitungserneuerung					100	55			Verschoben auf 2015 / 2016
2	Luchsingen / WV / Maschinenstrasse Luchsingen							150		
4	Luchsingen / WV / Tschachen-Bächibach							500	700	Leitungsemeuerung/ 450m / alles in Strasse
2	Matt / WV / Stalden / Geissberg						200			Leitungsem./ 350m / 3 Stra.-Querungen / Rest im Wiesland / Verschoben
3	Matt / WV / Turbine Reservoir Chnü							250		
1	Schwanden / WV / Warthstalden Projekt	600		1'625		1'625				GV vom 21. Juni 2013 / Bruttokredit Fr. 3'850'000.–
2	Schwanden / WV / Au-Zusingen						100			
3	Schwanden / WV / Fertigstellung Projekt Reservoir Büelegg								350	
2	Schwanden / WV / Herren I + II									
3	Schwanden / WV / Leitungsnetz Güetli-/Claridenstrasse							200		
2	Schwanden / WV / Weinberg						150			
3	Schwanden / WV / Föhnenstrasse									
3	Schwanden / WV / Schönengrund - Schulhausstrasse						320			210m / in Kantons- und Gemeindestrasse
4	Schwanden / WV / Verbindungsleitung mit Mitlödi							650	850	
1	Schwändi / WV / Verbindungsleit. Schwanden - Schwändi	1'000	610							für die Sicherstellung der Wasserversorgung Schwändi
1	Glarus Süd / Einmalige Wasseranschlussgebühren		80		140	-140	-140	-140	-140	
	INVESTITIONEN WASSERVERSORGUNG	1'935	710	2'175	195	2'155	1'455	2'460	2'310	

Glarus Süd
Kraft.

2.4. Budget 2014: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2015 - 2018

	Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung									
	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2013		Investitionen 2014		Nettoinvestitionen pro Jahr 2015	2016	2017	2018	Bemerkungen / Legende
	Departement Werke und Umwelt									
	Abwasserbeseitigung									
3	Betschwanden / Schulhausstr.-Hauptstr. (bis Rest. Post)						350			
2	Braunwald / Kanalfernsehen und 2. Sanierungsetappe									
2	Diesbach / Oberdorf							100		Zusammen mit Belagssanierung
1	Engi / Sanierung ARA Sernftal	500		1'750		1'200				GV 23.11.2012 / Bruttokredit von Fr. 3'529'000.-- genehmigt
1	Glarus Süd / Katasterneuerung	70		70		70	70			
1	Glarus Süd / Überarbeitung GEP			120		120	120			Leitungen spülen und aufnehmen
4	Hätzingen / Strassenbelag + Parkplatz Oberdorf sanieren							150		Ab Haslerstr.-Hintere Dorfstr. - Oberdorf-Vordere Dorfstr.
4	Hätzingen / Rosengasse									Neue Kanalisation
4	Hätzingen / Kreuzgasse									Neue Kanalisation
2	Luchsingen / Adlenbach, Leitungserneuerung					100	50			Verschoben zusammen mit Strasse auf 2015 / 2016
2	Luchsingen / Maschinenstrasse Luchsingen							150		
2	Matt / Sanierung der Staldenstrasse							75		Verschoben zusammen mit Strasse auf 2017
2	Matt / Sanierung Abwasser Krauch					175				
2	Schwanden / Au-Zusingen						150			
2	Schwanden / Herren I + II									
3	Schwanden / Leitungsnetz Güetli-/Claridenstrasse							225		
2	Schwanden / Weinberg						250			
3	Schwanden / Föhnenstrasse									
4	Schwändi / Schüpfen - Rest. Krone								100	
3	Sool / Abwasserleitung "Gand" - " Bärenweg"								120	
1	Glarus Süd / einmalige Abwasseranschlussgebühren		80		140	-140	-140	-140	-140	
	INVESTITIONEN ABWASSERBESEITIGUNG	570	80	1'940	140	1'525	850	560	80	

Zusammenfassung

	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Nettoinvestitionen ab 2015			
Investitionen ohne Spezialfianzierungen	11'360	3'810	10'630	5'530	8'905	7'590	7'200	4'140
Nettoinvestitionen ohne Spezialfinanzierungen	7'550		**5'100**					
Investitionen Wasserversorgung	1'935	710	2'175	195	2'155	1'455	2'460	2'310
Nettoinvestitionen Wasserversorgung	1'225		**1'980**					
Investitionen Abwasserentsorgung	570	80	1'940	140	1'525	850	560	80
Nettoinvestitionen Abwasserbeseitigung	490		**1'800**					
			14'745	5'865				
Total Nettoinvestitionen	9'265		**8'880**		12'585	9'895	10'220	6'530

Legende: 1 = Zwangsbedarf 2 = Strukturerhaltung 3 = Ersatzbeschaffung 4 = Wunschbedarf

Glarus Süd Kraft.

Gemeinde Glarus Süd
2.5.1. Budget 2014 und Finanzplanung 2015 - 2018: Gesamtüberblick

CHF Tausend	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2012	Budget 2012	Budget 2013 nach GV	Budget 2014	Fiplan 2015	Fiplan 2016	Fiplan 2017	Fiplan 2018
ERFOLGSRECHNUNG										
Total Aufwand	47'891	47'556	52'623	47'508	50'390	50'933	50'900	50'985	50'645	50'275
Total Ertrag	48'528	46'606	50'971	45'678	44'361	48'613	47'920	48'315	48'035	48'065
Ertragsüberschuss	637	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Aufwandüberschuss	-	950	1'652	1'830	6'029	2'320	2'980	2'670	2'610	2'210
NETTOINVESTITIONEN										
Investitionsausgaben	7'651	9'944	6'774	11'825	13'865	14'745	17'585	14'895	15'220	10'530
Investitionseinnahmen (-)	-3'164	-2'984	-3'131	-5'075	-4'600	-5'865	-5'000	-5'000	-5'000	-4'000
Nettoinvestitionen	4'487	6'960	3'643	6'750	9'265	8'880	12'585	9'895	10'220	6'530
FINANZIERUNG										
Zunahme Nettoinvestitionen	4'487	6'960	3'643	6'750	9'265	8'880	12'585	9'895	10'220	6'530
Abschreibungen (-)	-3'684	-2'773	-3'760	-3'360	-3'975	-3'559	-4'150	-5'200	-4'900	-4'600
Aufwandüberschuss ER	-	950	1'652	1'830	6'029	2'320	2'980	2'670	2'610	2'210
Ertragsüberschuss ER	-637	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)(-)			-1'868		-409	-310	-300	-	-	-100
Entnahmen aus Fonds und SPF im EK (451,489)		100	213	424	715	889	600	600	600	600
Finanzierungsfehlbetrag	166	5'237	-	5'644	11'625	8'220	11'715	7'965	8'530	4'640
Finanzierungsüberschuss	-	-	120	-	-	-	-	-	-	-
KAPITALVERÄNDERUNG										
Finanzierungsfehlbetrag	166	5'237	-	5'644	11'625	8'220	11'715	7'965	8'530	4'640
Finanzierungsüberschuss	-	-	120	-	-	-	-	-	-	-
Aktivierungen Verwaltungsvermögen	-7'651	-9'944	-6'774	-11'825	-13'865	-14'745	-17'585	-14'895	-15'220	-10'530
Passivierungen Verwaltungsvermögen	3'164	2'984	3'131	5'075	4'600	5'865	5'000	5'000	5'000	4'000
Passivierungen Abschreibungen	3'684	2'773	3'760	3'360	3'975	3'559	4'150	5'200	4'900	4'600
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)	-	-	1'868	-	409	310	300	-	-	100
Entnahmen aus Fonds / SPF im EK (451,489)	-	-100	-213	-424	-715	-889	-600	-600	-600	-600
Abnahme Eigenkapital	-	950	1'892	1'830	6'029	2'320	2'980	2'670	2'610	2'210
Zunahme Eigenkapital	-637	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SELBSTFINANZIERUNG / Cashflow / Cashdrain										
Abschreibungen	3'684	2'773	3'760	3'360	3'975	3'559	4'150	5'200	4'900	4'600
Aufwandüberschuss	-	-950	-1'652	-1'830	-6'029	-2'320	-2'980	-2'670	-2'610	-2'210
Ertragsüberschuss	637	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)	-	-	1'868	-	409	310	300	-	-	100
Entnahmen aus Fonds / SPF im EK (451,489)	-	-100	-213	-424	-715	-889	-600	-600	-600	-600
Cashdrain	-	-	-	-	2'360	-	-	-	-	-
Cashflow	4'321	1'723	3'763	1'106	-	660	870	1'930	1'690	1'890
Selbstfinanzierungsgrad	96%	25%	103%	16%	-25%	7%	7%	20%	17%	29%

Gemeinde Glarus Süd
2.5.2 Finanzplan 2015 - 2018 Erfolgsrechnung

CHF Tausend

Art	Bezeichnung	Re 2012	Bu 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	mit Massnahmen
30	Personalaufwand	22'138	22'553	22'025	21'560	21'555	21'430	Planj. 1% = Fr. 215'000
30	davon Personalaufwand DI Deutsch-Intensiv-Klassen	524	530	540	535	545	545	
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	13'142	13'822	13'655	13'455	13'405	13'355	
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3'629	3'432	4'150	5'200	4'900	4'600	Anlagen im Bau!
35	Einlagen in Fonds	634	0	0	0	0	0	
35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	1'235	310	300	0	0	100	
36	Transferaufwand	4'154	3'882	3'800	3'800	3'800	3'800	
36	davon Abschreibungen im Transferaufwand	131	128	100	100	100	100	
	Betrieblicher Aufwand	**45'587**	**44'657**	**44'570**	**44'650**	**44'305**	**43'930**	
40	Fiskalertrag / Anteil Gemeinde 63% (1% + 2%)	21'630	22'991	22'200	22'250	22'300	22'350	Reduktion Quellensteuer
40	Besitz- und Aufwandsteuer / Kurtaxen / Hundesteuer	657	657	740	740	740	740	
41	Regalien und Konzession	2'056	2'163	2'165	2'360	2'360	2'360	ab 2016 Erhöhung
42	Entgelte	10'121	7'963	8'000	8'000	8'000	8'000	
43	Verschiedene Erträge	104	111	110	110	110	110	
45	Entnahmen aus Fonds	67	580	600	600	600	600	
45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	157	309	300	300	300	300	
46	Transferertrag	4'330	4'772	4'540	4'540	4'540	4'540	
46	davon Lastenausgleich im Transferertrag	665	665	665	665	665	665	
46	Motion Erhöhung Lastenausgleich	0	0	0	0	0	0	Erhöhung Lastenausgleich
	Betrieblicher Ertrag	**39'787**	**40'211**	**39'320**	**39'565**	**39'615**	**39'665**	
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit (Aufwandüberschuss)	***-5'800***	***4'446***	***5'250***	***5'085***	***4'690***	***4'265***	
34	Finanzaufwand	825	820	830	835	840	845	
44	Finanzertrag	3'089	2'046	2'200	2'450	2'320	2'500	inkl. Technische Betriebe
	Ergebnis aus Finanzierung (Ertragsüberschuss)	***2'264***	***1'226***	***1'370***	***1'615***	***1'480***	***1'655***	
	Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	***-3'536***	***-3'220***	***-3'880***	***-3'470***	***-3'210***	***-2'610***	
38	Ausserordentlicher Aufwand	23	0	0	0	0	0	
48	Ausserordentlicher Ertrag	1'907	900	900	800	600	400	gemäss Entwurf Kanton
	Ausserordentliches Ergebnis	***1'884***	***900***	***900***	***800***	***600***	***400***	
	Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	***-1'652***	***-2'320***	***-2'980***	***-2'670***	***-2'610***	***-2'210***	

Glarus Süd
Kraft.

2.1 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

2.1.1 Genehmigung Budget 2014

2.1.2 Genehmigung Investitionsrechnung 2014

2.1.3 Kenntnisnahme der Finanzplanung 2015 - 2018

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 22.11.2013

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

2. Budget 2014
- Genehmigung Budget 2014
- Genehmigung Investitionsrechnung 2014
- Kenntnisnahme Finanzplan 2015 - 2018

Archiv-Nummer
10.07

Diskussion

Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti:
Das Budget nach Kostenstellen gemäss den Seiten 60 bis 65 und die Investitionsrechnung gemäss den Seiten 66 bis 72 im Memorial sind Gegenstand der Genehmigung und gelangen zur Abstimmung.

Vom Finanzplan für die Jahre 2015 – 2018 hat die Gemeindeversammlung lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Als der Gemeinderat der Gemeindeversammlung im vergangenen Jahr ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 6'259'400.- vorlegte, waren er sich bewusst, dass bei solchen Zahlen nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden kann und dass sich ein solches nicht über mehrere Jahre wiederholen darf.

Mit Ausnahme des Kontos Schulleitungen, wo die Gemeindeversammlung eine Kürzung vornahm, wurde das Budget 2013 genehmigt, allerdings mit dem Auftrag, der heutigen Gemeindeversammlung Massnahmen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite aufzuzeigen, die es ermöglichen sollen, *mittelfristig,* d. h. bis 2018 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Der Gemeinderat war mit diesem Auftrag einverstanden – er enthält auch nichts anderes als das, was das Finanzhaushaltsgesetz verlangt. Er war sich jedoch bewusst, dass dies bei den vorhandenen Gegebenheiten eine sehr anspruchsvolle Aufgabe ist *und weiterhin noch bleibt*, dies weil der Auftrag noch nicht abgeschlossen ist. Der Gemeinderat ist noch nicht am Ziel, obwohl er der Auffassung ist, dass sich einiges in die richtige Richtung bewegt hat. Was ist in der Zwischenzeit passiert?

1. Ende Januar 2013 beauftragte der Gemeinderat alle Departemente, bis Ende März *denkbare Massnahmen* in ihren Bereichen zu definieren. Ende März erfolgte eine erste Sichtung der Liste und Ende Juni entschied der Gemeinderat, welche Massnahmen auf der Liste bleiben, bzw. über die Aufnahme von weiteren Massnahmen und nahm eine erste Bezifferung des Sparpotenzials vor, soweit dies bereits möglich war.

Es gibt *Massnahmen*, welche der Gemeinderat *in eigener Kompetenz* beschliessen kann. Zum Beispiel das eigene Organisationsreglement. Weiter hat er beschlossen, dass grundsätzlich keine neue Stelle geschaffen werden dürfen, es sei denn, dass an einem anderen Ort im gleichen Umfang Stellenprozente abgebaut werden. Und bevor eine vakant gewordenen Stelle wieder zur Besetzung freigegeben wird, muss der Bedarf für diese Stelle begründet und die Wiederbesetzung vom Gemeinderat bewilligt werden.

Weiter gibt es *Massnahmen, die nur mit der Zustimmung der Gemeindeversammlung* umgesetzt werden können. Das sind alle diejenigen, die eine Änderung der Gemeindeordnung oder eines Reglementes erfordern, das in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung fällt. Im September hat der Gemeinderat beschlossen, eine *Arbeitsgruppe Reglemente* unter dem Vorsitz von Gemeinderat Mathias Zopfi einzusetzen. Neben der Überarbeitung von Reglementen, die in der Kompetenz des Gemeinderates liegen, hat diese Arbeitsgruppe auch den Auftrag, Erlasse einer Überprüfung zu unterziehen, die in die Kompetenz der Gemeindeversammlung fallen, wie z. B. die Gemeindeordnung. Diese Arbeiten beginnen erst und brauchen bis zur Umsetzung vielleicht ein, zwei oder drei Jahre, vielleicht können sie auch erst auf den Beginn einer dritten Legislaturperiode wirksam werden. Es wird das Beispiel der Stadt Winterthur genannt, wo beabsichtigt ist, den Stadtrat von 7 auf 5 Mitglieder zu verkleinern, dies aber erst auf die Zeit nach der nächsten Legislatur. Eine weitere Massnahme die ebenfalls die Gemeindeversammlung entscheiden müsste, basiert auf Empfehlungen aus der Projektphase der Gemeindestrukturreform und der Gemeinderat nahm sie in die Leitsätze auf, ist die Prüfung eines *zentralen Verwaltungsstandortes.* Diese Prüfung wird demnächst gemacht. Dabei gilt es Vor- und Nachteile sowie den Aufwand für die bisherigen fünf Standorte mit Vor- und Nachteilen sowie den Aufwand für einen zentralen Standort abzuwägen. Mögliche neue zentrale Standorte wären der Raum Bahnhof Schwanden, das Areal ehemaliges Gemeindehaus Schwanden und das Verwaltungsgebäude der Electrolux, welches von den neuen Standorten im Vordergrund steht. Selbstverständlich würden Werkhöfe und weitere standortgebundene Aussenposten bestehen bleiben. Die *Fragen zur Schule* sind bereits im Jahr 2011 angegangen worden, doch hat der Gemeinderat diese Fragen im März 2013 in den Massnahmenplan integriert.

2. Parallel zu den Massnahmen hat sich der Gemeinderat vorgenommen, das Budget für 2014 überall in Bezug auf die Aufwendungen zu durchkämmen. Weil die Abschreibungen in das Budget „einfliessen" ist vorab die Investitionsrechnung und Planung durchgekämmt worden. Im Wesentlichen sah man drei Kategorien von Investitionen: solche, die bereits auf früheren Gemeindeversammlungsbeschlüssen beruhen, wie z. B. die Turnhalle in Linthal und was notwendig oder was wünschbar ist. So hat sich einschliesslich der Spezialfinanzierungen ein Nettoinvestitionsvolumen von Fr. 8.88 Mio. ergeben; brutto sind es Fr. 14.745 Mio. Wenn nun zum Beispiel an die Halle in Linthal Beiträge der Patenschaft erhalten werden, ist das nicht eingerechnet; sie reduzieren die Abschreibung um den entsprechenden Betrag, was wiederum einen positiven Effekt auf die laufende Rechnung hat. Zudem fliesst uns mit solchen Beiträgen auch Liquidität zu, was den Finanzierungsfehlbetrag vermindert.

3. Mit diesem Vorgehen ist ein Budgetdefizit von Fr. 4.06 Mio. gegenüber von rund Fr. 6 Mio. für das laufende Jahr erreicht worden:

- vor Einrechnung von Massnahmen;
- vor Beschlüssen zur Schule;
- vor Einrechnung der auf 2014 beabsichtigten halben Einmalzahlung des Kantons zur Ausgleichung von Steuermindererträgen beim Übergang zum neuen Steuersystem;
- und bei einem Steuerfuss von 60%
- sowie einem Prozent der Lohnsumme für Lohnverbesserungen.

4. Das Potenzial aus dem Massnahmenplan, so wie es sich Stand September 2013 – *vorläufig* – beziffern lässt, ergibt *ab 2015* das auf Seite 55 im Memorial dargestellte (Power Point Folie) Bild. In diesen Stand ist das Schulmodell 6+2 so, wie es der Gemeinderat beantragt, eingeflossen.

5. Bekanntlich hat der Landrat am 26. Juni 2013 die von allen Landräten aus Glarus Süd unterzeichnete Motion, welche eine Anhebung des Lastenausgleichs von heute 1 Mio. Fr. auf 5 Mio. Fr. vorsieht, überwiesen. In den Ausführungen zur Überweisung hat der Regierungsrat eine Landsgemeindevorlage für 2014 mit folgenden zwei Stossrichtungen in Aussicht gestellt: Einerseits sind durch Effekte, die sich beim Übergang im Jahr 2011 vom früheren Steuersystem zum heutigen System ergaben, bei den Gemeinden Steuermindereinnahmen zu verzeichnen, die für alle Gemeinden in der Zeit von 2011 bis 2013 auf 7 Mio. Fr. errechnet wurden. Diese Mindereinnahmen sollen nach Absicht der Regierung mit zwei Zahlungen an die Gemeinden in den Jahren 2014 und 2015 ausgeglichen werden. Als Berechnungsfaktor wird die Bevölkerungszahl herangezogen, was für uns zwei Zahlungen von ziemlich genau 900'000 Fr. ausmacht. Andererseits will die Regierung einen befristeten Härteausgleich einführen, der Glarus Süd zugute käme, mit insgesamt mit Fr. 2 Mio. dotiert und während vier Jahren in abnehmenden Tranchen ausbezahlt würde. Den Lastenausgleich will die Regierung erst mittelfristig (2015) überprüfen lassen. Grundsätzlich ist das erfreulich, aber der Gemeinderat vertritt die Auffassung, dass eine Erhöhung des Lastenausgleichs die nachhaltigere Lösung wäre und das Jahr 2015 nicht mehr fern ist. Diesbezüglich sehen es alle drei Gemeindebehörden gleich.

6. Der Gemeinderat hat sich die Frage gestellt, ob er die Fr. 900'000.- als ausserordentlichen Ertrag für 2014 budgetieren darf. In Übereinstimmung mit der GPK ist das erfolgt und das Budget, wie es vorliegt, geht von einem Steuerfuss von 63 % aus und es ist weiter ein Prozent der Lohnsumme für Lohnverbesserungen eingerechnet. Das führt zu einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'320'100.- sowie einen Selbstfinanzierungsgrad von mageren 7 Prozent.

7. Wird der **Personalaufwand** der Rechnung 2012, mit dem Budget 2013 und Budget 2014 vergleichen, so ergeben sich folgende Werte: Fr. 22.66 Mio. Fr. 23.26 Mio. und Fr. 23.08 Mio. Die entsprechenden Werte für den Kanton betragen Fr. 64.9 Mio. Fr. 69.06 Mio. und Fr. 71.13 Mio.

Folie Power Point Präsentation GV

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014
Glarus Süd	22.66 Mio	23.26 Mio	23.08 Mio
Kanton	64.90 Mio	69.06 Mio	71.13 Mio

Hierzu wird präzisiert, dass ca. eine halbe Million auf das Deutsch-intensiv in Rüti entfällt, wofür uns Glarus und Glarus Nord ihren Anteil rückvergüten.
Der **Sach- und übrige Betriebsaufwand** steigt im Vergleich des Budget 2013 mit Budget 2014 von Fr. 12.57 auf Fr. 13.82 Mio. Davon entfallen ca. Fr. 250'000.- auf die Umsetzung von Tierschutzmassnahmen auf den Alpen; im 2015 ist mit einer zweiten Tranche zu rechnen. Ein vermehrter Aufwand vorn Fr. 340'000.- fällt bei der Schutzwaldpflege und für Waldarbeiten im Zusammenhang mit Linthal 2015 an, wobei im Gegenzug mit höheren Rückerstattungen von ca. Fr. 555'000.- bzw. Entschädigungen eingehen.

Es kann sich die Frage gestellt werden, wieso die **Finanzplanung** nicht besser ausfällt, als sie auf den Seiten 71 und 72 dargestellt ist. Dafür werden **vier Gründe** genannt, aber zunächst ist noch sagen, worauf diese Planung basiert. Sie basiert auf der Investitionsplanung, wie sie auf den Seiten 66 bis 70 aufgeführt ist mit den entsprechenden Abschreibungen; sie berücksichtigt die Anträge, wie sie der Gemeinderat heute stellt, damit das Schulmodell 6+2; sowie den Steuerfuss über die ganze Periode mit 63% und beim Personalaufwand ein Prozent für Lohnverbesserungen (Fr. 215'000.-). Im Sachaufwand geht die Planung von dem Eigentum an Grundstücken und Gebäuden und damit Unterhalt bzw. Ertrag aus, wie er dem heutigen Stand entspricht. Zu den **Gründen**, wieso sich kein besseres Bild ergibt: Mit den ***Massnahmen*** ist der Gemeinderat nicht fertig sondern eigentlich erst am Anfang, der Zeithorizont läuft bis 2018. Im Budget 2014 entfallen Fr. 2'000'000.- auf ***Quellensteuern.*** Von diesem Betrag entfällt wiederum eine gute Million auf Personen, die für Linthal 2015 arbeiten. Dieser Betrag wird mit dem Ende der Bauphase ganz entfallen. Hier ist der Gemeinderat der Auffassung, dass der überproportional hohe Anteil an Quellensteuerpflichtigen verzerrende Wirkungen auf den Ressourcenindex hat, in dem Sinne, dass dieser für Glarus Süd künstlich in die Höhe geht. In der Planung ging man von einem **Härteausgleich** aus, der degressiv ist und beim Lastenausgleich wurde auf dem aktuell geltenden Betrag von einer Million für den ganzen Kanton ausgegangen. Im Vergleich zu Glarus und Glarus Nord bleibt der **Steuerertrag tief**, bringt doch ein Steuerprozent (Jahr 2012) mit rund Fr. 353'000.- erheblich weniger als dies mit Fr. 460'000.- für Glarus und Fr. 569'000.- für Glarus Nord der Fall ist. Daher bleibt neben den Massnahmen die Anhebung des Lastenausgleichs effektiv das zielführende Element für eine nachhaltige Besserung.

Zum Schluss bedankt sich der Gemeindepräsident bei den Gemeinderäten Mathias Zopfi und Jakob Wohlwend sowie der Finanzverwaltung und ganz speziell der Hauptabteilungsleiterin Lilli Marti für ihre grosse Arbeit und den unermüdlichen Einsatz. Es ist wesentlich ihr Verdienst, dass man mittlerweile mit dem Rechnungsmodell HRM2 vertrauter umzugehen weiss als beim ersten Budget. Es gibt aber immer noch Aufgaben, wie z. B. die Umsetzung des IKS (Internes Kontrollsystem), die der Umsetzung harren, vielfach deshalb, weil Übergangsfristen bestehen. Man sollte sich aber bewusst sein, was ein anderes Rechnungsmodell an Aufwand, d.h. Einarbeitungszeit beim Personal verlangt. Das IKS, mit dem die Gemeinde sich zur Zeit und noch für einige Zeit beschäftigt, fordert nicht nur die Finanzabteilung sondern alle Verwaltungszweige. Wer haushälterisch sein will, sollte den Mahnfinger heben, wenn in den nächsten 10 bis 30 Jahren Bestrebungen sichtbar würden, HRM2 durch nochmals etwas anderes abzulösen.

Im Memorial wird an zwei Stellen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass man sich bei Fragen gerne direkt an die Finanzverwaltung wenden kann. Auf der Homepage finden Sie die detaillierten Budgetunterlagen abrufbar und wer diese Unterlagen auf anderem

Wege einsehen will, kann sie bei der Finanzverwaltung anfordern. Nutzen Sie diese Möglichkeit, wenn Sie Fragen haben. Anlässlich der Gemeindeversammlung können keine Detailfragen zu einzelnen Posten beantworten werden, da sonst die Zeit nicht vorhanden ist, um Anträge und übrige Traktanden zu behandeln.

Die GPK stellt keine Anträge, die von den Anträgen des Gemeinderates abweichen. In ihrer Stellungnahme zum Budget 2014 kann entnommen werden, dass sie den Gemeinderat in finanziellen Fragen und in der Finanzplanung weiterhin genau beaufsichtigen und überwachen will, so dass das Ziel einer ausgeglichenen Jahresrechnung im Jahr 2018 erreicht werden kann. Was die Gewinnablieferung der *tbgs* betrifft, orientiert der Gemeindepräsident, dass eine Task Force an der Arbeit ist, diese Frage zu überprüfen mit dem Ziel, dass der Verwaltungskommission und dem Gemeinderat anfangs 2014 ein Vorschlag für eine Modifikation der bestehenden Regelung unterbreitet werden kann.

Ausführungen von Marianne Lienhard, Präsidentin der GPK
Die Stellungnahme zum Budget ist im Memorial auf der Seite 4 sowie zu den übrigen Traktanden im Anschluss an den Antrag des Gemeinderates ersichtlich. Die GPK unterstützt die Anträge des Gemeinderates.
An der Gemeindeversammlung vor einem Jahr haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Gemeinderat beauftragt, mit dem Budget 2014 Massnahmen vorzulegen, damit im Jahr 2018 eine ausgeglichene Rechnung erreicht wird.
Die GPK hat diesen Prozess während des Jahres überwacht und nimmt vom vorgelegten Massnahmenplan Kenntnis, welcher leider nicht den Erwartungen entspricht. Nebst der Schulentwicklung können noch keine bedeutenden Massnahmen beziffert werden, welche jährlich beachtliche Einsparungen einbringen würden. Der Gemeinderat ist angehalten, Massnahmen auch in den anderen Departementen vorzulegen. Die GPK wird den Gemeinderat bei dieser Planung weiterhin beaufsichtigen.
Grosse Sorge bereitet die tiefe Selbstfinanzierung der Investitionen. Aus heutiger Sicht könnte im 2018 ein Selbstfinanzierungsgrad von gerade mal 29% erreicht werden. Dieser Wert ist von den geforderten 100% weit entfernt. Dazu wäre ein Ertragsüberschuss von knapp Fr. 6 Mio. notwendig. Oder die Gemeinde müsste sich tatsächlich überlegen, die Investitionen massiv geringer als die geplanten rund Fr. 7 Mio. zu halten.
Mit dem Projekt "Zukunft Schule Glarus Süd" ist der Gemeinderat und insbesondere das Department Schule und Familie einen kostenintensiven Bereich angegangen um Einsparungen aufzuzeigen. In diesen Prozess wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens einbezogen. Die GPK möchte an dieser Stelle festhalten, dass es die Pflicht des Gemeinderates ist, die Gemeindeaufgaben auf ihre Wirksamkeit und Finanzierbarkeit hin zu überprüfen und den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Sparpotenzial aufzuzeigen. Es ist verständlich, dass solche Massnahmen, wie es die Schuldiskussionen zeigen, in der Bevölkerung entsprechend Emotionen auslösen. Die Gemeindeversammlung hat heute Abend Gelegenheit, über die Zukunft der Schulen zu bestimmen und übernimmt damit auch die finanzielle Verantwortung.
Die GPK betrachtet eine Steuererhöhung als letztes Mittel. Unter den erwähnten Voraussetzungen ist diese aber unumgänglich. Es ist dabei zu erwähnen, dass der Steuerfuss immer noch 1% tiefer liegt als der durchschnittliche Wert der alten Gemeinden. Mit weiteren Steuererhöhungen sollte man vorsichtig sein, denn damit wird unsere Gemeinde nicht attraktiver.

Der vom Regierungsrat in Aussicht gestellt Härteausgleich zugunsten Glarus Süd hat die kommende Landsgemeinde noch zu beschliessen. Die politischen Diskussionen dazu sind noch nicht angelaufen.

Wortmeldung von Daniel Zweifel, Stürken 4, 8783 Linthal
Im Namen der SVP Glarus Süd beantragt Daniel Zweifel dem Budget 2014 inklusive der Investitionsrechnung zuzustimmen. Seit dem Bestand der „neuen" Gemeinde wurde zu jedem Budget „Ja und Amen" gesagt und alle Jahre wurde ein Defizit in Kauf genommen. So auch mit dem Budget 2014 woraus ein voraussichtliches Defizit von Fr. 2.3 Mio. resultiert und dies nur, weil diverse Projekte in der Investitionsrechnung zurückgestellt wurden. Die SVP Glarus Süd ist klar der Meinung, dass man mit Blick auf die Zukunft, bei den Investitionen nicht allzu grosse Abstriche machen sollte. Da sich dies langfristig auf die Infrastruktur und auf unser Portemonnaie auswirken wird.
Man war sich bewusst, dass die Gemeindefusion und die damit verbundenen Regulierungen der Finanzen Zeit in Anspruch nimmt. Allerdings halten sich die Fortschritte in den Augen der SVP sehr in Grenzen.
Inzwischen wird über das Budget 2014 beschlossen. Die GPK hat in der Vergangenheit vom Gemeinderat weitere Sparvorschläge verlangt, gesehen hat man nur wenig. Zudem ist die SVP der Ansicht, dass der Gemeinderat mehrheitsfähige Vorschläge präsentieren muss. Ebenfalls kann man sich die Frage stellen, ob man im Zusammenhang mit dem Personalaufwand, welcher sich auf rund Fr. 23 Mio. beläuft, wirklich jeden roten Rappen zweimal umgedreht hat. Der SVP ist klar, dass die Gemeinde eine grosse soziale Verantwortung gegenüber ihren Angestellten hat. Trotzdem darf man auch in diesem Bereich die Augen vor eventuellen Einsparungen nicht verschliessen. Alles mit dem Ziel für ein ausgeglichenes Budget.
Im nächsten Traktandum beantragt der Gemeinderat einer individuellen Lohnerhöhung von 1% zuzustimmen. Im übernächsten Geschäft will man von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Zustimmung für eine Steuererhöhung. Es ist richtig, dass man die ganze Bevölkerung ins Sparen einbinden will. Man darf sich darum schon die Frage stellen, ob bei einer Teuerung von beinahe 0% und in dieser finanziell prekären Lage, eine Lohnerhöhung gerechtfertigt ist. Die SVP will niemand absichtlich in eine Ecke drängen, aber in dieser finanziellen schlechten Lage muss man in Gottes Namen alle Optionen prüfen.
Die SVP Glarus Süd wird dennoch in Bezug zum Budget 2014 alle vom Gemeinderat gestellten Anträge unterstützen. Sie wird es aber weiterhin nicht unterlassen, in Sachen Finanzpolitik genauestens hinzuschauen und gegebenenfalls zu Handen des Budgets 2015 mit entsprechenden Anträgen reagieren.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Memorial Seiten 3+4
Die GPK beantragt der Gemeindeversammlung, das Budget 2014 mit einem Aufwandüberschuss von 2'320'100 Franken, mit Nettoinvestitionen von 8'880'000 Franken und einem Selbstfinanzierungsgrad von 7% zu genehmigen sowie die Finanzplanung 2015 bis 2018 zur Kenntnis zu nehmen. Die Beurteilung der GPK erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen der Haushaltführung gemäss Finanzhaushaltgesetz, insbesondere nach der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit.
Die GPK ist über die finanzielle Entwicklung der Gemeinde besorgt. Sie stellt fest, dass gemäss Antrag der GPK zuhanden der Gemeindeversammlung vom 23. November 2012 die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Gemeinderat zur Ausarbeitung von Massnahmen zur Entlastung der Jahresrechnung beauftragt haben. Die GPK hat diesen Prozess während

des Jahres überwacht und nimmt vom vorgelegten Massnahmenplan Kenntnis, welcher leider nicht den Erwartungen entspricht. Nebst der Schulentwicklung können noch keine bedeutenden Massnahmen beziffert werden. Der Gemeinderat stellt in Aussicht, dass dieser Prozess weitergeführt wird. Er ist dringend angehalten, die finanziellen Auswirkungen in die strategische Ausrichtung der Gemeinde miteinzubeziehen, damit das Einsparungspotenzial der Gemeindestrukturreform voll ausgeschöpft werden kann. Dazu ist die Massnahmenplanung weiter voranzutreiben und im neuen Jahr fortzusetzen, damit das gesetzte Ziel, ab 2018 eine ausgeglichene Jahresrechnung vorzulegen, erreicht wird. Die GPK wird den Gemeinderat bei dieser Planung weiterhin beaufsichtigen.

Die GPK stellt fest, dass der Investitionsbedarf nach wie vor hoch bleiben wird. Es handelt sich dabei teilweise um bereits beschlossene, aber noch nicht ausgeführte Projekte, aber auch um solche, welche von den alten Gemeinden nicht mehr ausgeführt werden konnten. Einiges kann mit einem gewissen Nachholbedarf bezeichnet werden. Die schlechte Selbstfinanzierung ist ein Zeichen und verlangt zu mehr als nur einer ausgeglichenen Rechnung. Damit der voranschlagte Finanzierungsfehlbetrag von 8'219'400 Franken vollständig durch eigene Mittel beglichen werden könnte, müsste die Jahresrechnung ein Ertragsüberschuss von knapp 6 Mio. Franken erreichen.

Die GPK betrachtet eine Steuererhöhung als letztes Mittel. Doch aufgrund der schlechten Selbstfinanzierung von 7% und der nicht markanten Verbesserung dieses Wertes in den Planjahren 2015 bis 2018 stimmt die GPK der beantragten Steuererhöhung von 60% auf 63% zu. Es ist dabei zu erwähnen, dass der Steuerfuss immer noch 1% tiefer liegt als der durchschnittliche Wert der alten Gemeinden.

Nicht zufriedenstellend ist die budgetierte Gewinnablieferung der TBGS mit 550'000 Franken. Dieser Betrag enthält nebst der Gewinnablieferung auch die Verzinsung des Dotationskapitals. Die Gemeindeversammlung vom 21. Juni 2013 brachte zum Ausdruck, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine höhere Gewinnablieferung erwarten. Die GPK wird den Gemeinderat bei der Umsetzung dieser Zielvorgabe weiterhin überprüfen.

Der vom Regierungsrat in Aussicht gestellt Härteausgleich zugunsten Glarus Süd hat die Landsgemeinde noch zu beschliessen. Die Zahlungen des Kantons an die Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs sollten aber nicht mit den Steuererhöhungen in Verbindung gebracht werden. Das würde dann eine Rückversetzung ins alte Finanzausgleichsystems bedeuten.

Abstimmung
Das Budget 2014 und die Investitionsrechnung 2014 werden stillschweigend und ohne Wortmeldung genehmigt.

3. Individuelle Lohnentwicklung - Antrag auf Genehmigung von 1% der Lohnsumme (Fr. 215'000.-)

Archiv-Nummer
17.08.03

3.1 Sachverhalt

Mit der Verabschiedung des Besoldungsreglements durch die Gemeindeversammlung vom 13.05.2009 wurde einem Lohnsystem mit individueller Lohnentwicklung aufgrund von erbrachten und beurteilten Leistungen zugestimmt.

Das Besoldungsreglement der Gemeinde Glarus Süd sieht für die Entwicklung innerhalb der Lohnbänder in Art. 4 und in der Anpassung der Lohnsumme Art. 6 folgendes vor:

Art. 4 Abs. 5: *"Das Lohnband bildet den Rahmen für die individuelle Lohnentwicklung aufgrund der erbrachten und beurteilten Leistungen. Der Gemeinderat bestimmt das Weitere, insbesondere die Positionierung und Ausgestaltung der Lohnbänder sowie die Grundsätze für eine zweckmässige Umsetzung des Leistungslohnes".*

Art. 6 Abs. 1: *"Der Gemeinderat setzt jährlich mit dem Budget die Lohnsumme aufgrund des Indexanstieges bei den Lebenskosten, des wirtschaftlichen Umfeldes sowie der finanziellen Lage der Gemeinde fest".*

In Anwendung dieser Vorgaben hat der Gemeinderat im Budget 2014 gesamthaft 1%, d.h. Fr. 215'000.-, für individuelle bzw. strukturelle Lohnanpassungen eingestellt.

3.2 Erwägungen

Damit dem Besoldungsreglement der Gemeinde Glarus Süd Rechnung getragen werden kann und eine gesunde Lohnentwicklung möglich wird, ist die Einstellung einer dafür bestimmten Summe im Budget 2014 unabdingbar. Die Festlegung dieser Summe gleicht einem Balanceakt zwischen knappen finanziellen Mitteln und einer notwendigen Lohnentwicklung. So hat der Gemeinderat im Rahmen der Budgetrichtlinien ursprünglich vorgesehen, 1.5% der Lohnsumme für die individuelle Lohnentwicklung im Budget einzustellen. In Anbetracht der anspruchsvollen Aufgabe einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, reduzierte der Gemeinderat jedoch diesen Satz im Budgetprozess auf 1%. Er ist der Auffassung, dass diese Entwicklung mit dem Lohnsystem vereinbar ist, zumal im 2013 und 2014 laut Bundesamt für Statistik (BFS) nahezu keine Teuerung zu erwarten ist (Für 2013 rechnet das BFS mit einer durchschnittlichen Jahresteuerung von rund -0.1%, für 2014 erwartet das BFS eine Teuerung von +0.3%, Stand September 2013). Aus diesen Gründen hat der Gemeinderat für die strukturelle bzw. individuelle Lohnentwicklung Fr. 215'000.- vorgesehen, was 1% der gesamten Lohnsumme entspricht.

3.3 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

3.3.1 Individuelle Lohnentwicklung, Festlegung auf 1% der Lohnsumme (Fr. 215'000.-)

3.3.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 22.11.2013

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

3. Individuelle Lohnentwicklung - Antrag auf Genehmigung von 1% der Lohnsumme (Fr. 215'000.-)

Archiv-Nummer
17.08.03

Diskussion

Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti
Die Projektgruppen, welche die Personal- und Besoldungsverordnung ausgearbeitet haben, über welche die Gemeindeversammlung am 13. Mai 2009 befand, haben sich bei ihren Arbeiten stark an das beim Kanton geltende Modell angelehnt. Dabei handelt es sich um ein Leistungslohnmodell mit Lohnbändern, die den Rahmen bilden für die individuelle Lohnentwicklung aufgrund der erbrachten und beurteilten Leistungen. So steht es in Artikel 4 Abs. 5 unserer Personalverordnung. Der Gemeinderat hat im November 2011 Grundsätze für die Umsetzung dieses Leistungslohnmodells beschlossen. Man befindet sich somit immer noch in der Anfangsphase.
Dieses Lohnmodell ist ganz anders, als das man früher in den meisten Gemeinden gekannt hat. Früher kannte man in der Regel den automatischen Stufenanstieg; das heute geltende Modell kennt diesen nicht mehr. Das bedingt, dass jeweils im Budget einen gewissen Betrag für die Angestellten einstellt, die sich in Entwicklung befinden, wobei es sich in diesem Fall meist um jüngere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen handelt sowie für erbrachte Leistungen, welche eine Belohnung verdienen. Bei diesem beantragten 1% der Lohnsumme handelt es sich also nicht um einen Teuerungsausgleich sondern um Mittel für die individuelle Lohnentwicklung, welche sich früher automatisch aus dem Stufenanstieg ergab. Der beantragte Betrag von 1% (215'000 Fr.) ist bereits im Budget eingerechnet. Falls dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt wird, ändert sich am bereits beschlossenen Budget nichts.
Die GPK unterstützt den Antrag des Gemeinderates, 1% der Lohnsumme für Lohnverbesserungen bereitzustellen, empfiehlt jedoch, diese Summe generell und nicht individuell auszurichten. Gemäss Art. 6 der Besoldungsverordnung für Glarus Süd liegt es in der Kompetenz des Gemeinderates, das Verhältnis zwischen genereller und individueller Lohnanpassung zu bestimmen. Der Gemeinderat hat sich die Sache wohl überlegt und in seine Überlegungen auch die Empfehlung der GPK miteinbezogen, wird dieser Empfehlung aber nicht nachkommen. Das heisst allerdings nicht, dass dies in Zukunft immer so sein wird.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Memorial Seite 6
Die GPK unterstützt den Antrag des Gemeinderates und empfiehlt, die vorgesehene Lohnerhöhung von 1% für 2014 **generell** und **nicht individuell** auszurichten, da eine vom Gemeinderat vorgesehene Sparmassnahme im 2014 ebenso den gesamten Personalbestand umfasst. Somit ist sichergestellt, dass im 2014 alle Bediensteten der Gemeinde von der vorgeschlagenen Lohnerhöhung (Kaufkrafterhaltung) profitieren.

Abstimmung
Der individuellen Lohnentwicklung von 1% der Lohnsumme (Fr. 215'000.-) wird stillschweigend und ohne Wortmeldung zugestimmt.

4. Festsetzung Steuerfuss pro 2014

Archiv-Nummer
32.04

4.1 Ausgangslage

Das Budget 2014 sieht für das laufende Jahr einen Aufwandüberschuss von Fr. 2'320'100.- voraus und der Selbstfinanzierungsgrad erreicht 7%. Die genauen Zahlen sind im Budget 2014 ersichtlich.

Der Kanton und die politischen Gemeinden setzen den für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigten Steuerfuss in Prozenten der einfachen Steuer fest.

Die gesetzlichen Vorgaben zur Festsetzung des Steuerfusses sind im Steuergesetz des Kantons Glarus in Art. 260 Abs. 1 geregelt, welcher besagt:

Art. 260 Abs. 1: "*Der Steuerfuss des Kantons darf in den Jahren 2011–2013 54% der einfachen Steuer nicht übersteigen (ohne Bausteuer). Der Steuerfuss von Kanton und den politischen Gemeinden darf in den Jahren bis 2013 zusammen 114% nicht übersteigen*".

Da diese Bestimmung per Ende 2013 ausser Kraft getreten ist, sind der Kanton und die Gemeinden in der Erhebung ihrer Steuern frei. Die letzte Landsgemeinde hat beschlossen, für den Kanton im Jahr 2014 nur noch 53 Steuerprozente zu erheben, wobei die Absicht war, den Gemeinden die Erhebung eines zusätzlichen Prozents zu ermöglichen, ohne dadurch die Gesamtsteuerbelastung zu erhöhen. In Glarus Nord liegt dem Parlament der Antrag vor, es seien 65 Steuerprozente zu erheben, in Glarus beantragt der Gemeinderat 63 Steuerprozente.

4.2 Erwägungen

Es war für den Gemeinderat klar, das wie oben beschrieben „frei" werdende Steuerprozent für die Gemeinde zu erheben. Damit werden im Wesentlichen die zusätzlichen Kosten wettgemacht, die durch den Wegfall des Kantonsbeitrages an die Spitex entstehen.
Der Auftrag der Gemeindeversammlung vom 23.11.2012 betrifft die Aufwand- und Ertragsseite des Haushalts. Nachdem das Budget für 2014 auf Sparmöglichkeiten durchforstet wurde, sind keine Spielräume mehr vorhanden. Würden zusätzlich fünf oder allenfalls sechs Steuerprozente beantragt, so ergäbe sich unter Einrechnung der Zahlungen, wie sie die Motion der Landräte von Glarus Süd bewirken würde, im Jahre 2018 ein ausgeglichener Haushalt. Da die Höhe der zusätzlichen Zahlungen noch nicht klar und der Massnahmenplan noch nicht fertig ist, möchte der Gemeinderat zur Zeit von einer solchen Erhöhung absehen und nur 2 weitere Steuerprozente erheben sowie die Umsetzung weiterer Massnahmen vorbereiten, um in zwei Jahren nochmals eine Standortbestimmung vorzunehmen. Bei dieser Standortbestimmung wird sich zeigen, ob die zwei zusätzlichen Steuerprozente genügen, nicht genügen oder ob allenfalls weniger genügt. Im Jahr 2015 lässt sich zudem auch besser beurteilen, was die Auswirkungen der von der Landsgemeinde 2013 beschlossenen Gesetzesänderungen bezüglich Unternehmensbesteuerung und der Besteuerung von Dividenden sind.
Angesichts der relativ hohen Investitionen erachtet es der Gemeinderat aber als geboten, eine moderate Erhöhung auf 60+1+2, d.h. 63 Steuerprozente vorzunehmen. Damit

können die Finanzierungsfehlbeträge etwas gedrückt werden; wir können damit auch im Quervergleich mit den anderen Gemeinden bestehen.

4.3 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

4.3.1 Festsetzung Steuerfuss pro 2014 auf 63% (60+1+2) der einfachen Staatssteuer

4.3.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 22.11.2013

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

4. Festsetzung Steuerfuss pro 2014

Archiv-Nummer
32.04

Diskussion

Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti

In den Jahren 2011 bis 2013 war die Festsetzung des Steuerfusses relativ einfach. Die maximale Belastung durfte 114% nicht überschreiten und im Mai legte jeweils die Landsgemeinde den Steuerfuss für den Kanton auf 54% fest. Somit blieben 60% für die Gemeinden und angesichts ihrer Finanzlage hat jede Gemeinde für die Jahre 2011 bis 2013 jeweils 60% erhoben.

Ab 2014 besteht mehr Spielraum. Die Bestimmung, welche vorschrieb, dass die maximale Belastung 114% nicht überschreiten dürfe, ist ausser Kraft getreten. Zudem hat die Landsgemeinde im Mai dieses Jahres beschlossen, für 2014 für den Kanton nur 53% anstatt 54% zu erheben. Dies geschah insbesondere deshalb, um den Gemeinden zu ermöglichen, die ab 2014 neu auf sie zukommenden Kosten der Spitexbeiträge tragen zu können, welche bis 2013 vom Kanton übernommen wurden.

Nicht nur Glarus Süd sondern auch den beiden andern Gemeinden stellten sich somit folgende Fragen:

- Soll weiterhin 60 oder 61% erhoben werden, was gesamthaft keine Erhöhung der Steuerlast bedeutet?
- Sollen mehr als 61% erhoben werden?
- Unter 60% zu gehen, bleibt angesichts der Finanzlage theoretisch.

Schnell entschieden war die Frage, dass 61% zu erheben seien. Mit dem Wegfall der kantonalen Spitexbeiträge entfallen der Gemeinde auf der Einnahmeseite ca. Fr. 225'000.- was ungefähr zwei Drittel eines Steuerprozentes in Glarus Süd ausmacht. Vertieft diskutiert hat der Gemeinderat die Frage, ob über 61% hinauszugehen sei. Bekanntlich wird der Gemeindeversammlung von Glarus auch 63% beantragt und in Glarus Nord sprechen sich Gemeinderat und Parlament für 65% aus.

Aus folgenden Überlegungen beantragt der Gemeinderat einen Steuerfuss von 63%: Bei den Investitionen wird ein gewisser Aufholbedarf festgestellt, was dazu führt, dass die Planung erst ab 2017 wieder etwas abflacht. Das heisst einerseits, dass Liquidität benötigt wird und dass andererseits die Abschreibungen ab 2015 ansteigen werden. Damit nicht allzu viel Geld aufgenommen werden muss, erachtet der Gemeinderat eine Anhebung des Steuerfusses als richtig. Mit einer Anhebung auf 63% wird sie moderat gehalten und in zwei Jahren, wenn die Massnahmen weiter sind, wird eine neue Beurteilung gemacht. Dann wird man auch besser in der Lage sein abzuschätzen, wie sich die steuerpolitischen Entscheide der Landsgemeinde 2014 auswirken. Bei einem Steuerfuss von 63% steigt die Gesamtbelastung um effektiv um 1.75%. Bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 100'000.- macht dies pro Jahr, ohne Berücksichtigung der Vermögenssteuer, bei einem ledigen Steuerpflichtigen etwa Fr. 150.- mehr Gemeindesteuern aus. Die GPK unterstützt den Antrag des Gemeinderates den Steuerfuss pro 2014 auf 63% festzusetzen.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Memorial Seite 8
Die GPK unterstützt den Antrag, den Steuerfuss für das Jahr 2014 auf 63% der einfachen Staatssteuer festzusetzen. Wie einleitend erwähnt, war für die GPK der massive Finanzierungsfehlbetrag ausschlaggebend, der Steuererhöhung zuzustimmen.

Abstimmung
Dem Steuerfuss pro 2014 auf 63% (60+1+2%) der einfachen Staatssteuer wird stillschweigend und ohne Wortmeldung zugestimmt.

5. Schulentwicklung
a) Schulstandortmodell 2014/15 bis 2018/19
- Antrag auf Genehmigung Modell 6+2

b) Gemeindeversammlungsantrag der IG Zukunft Schulen Glarus Süd auf Belassen der Schulstandorte für die nächsten 8 Jahre
-Antrag auf Ablehnung

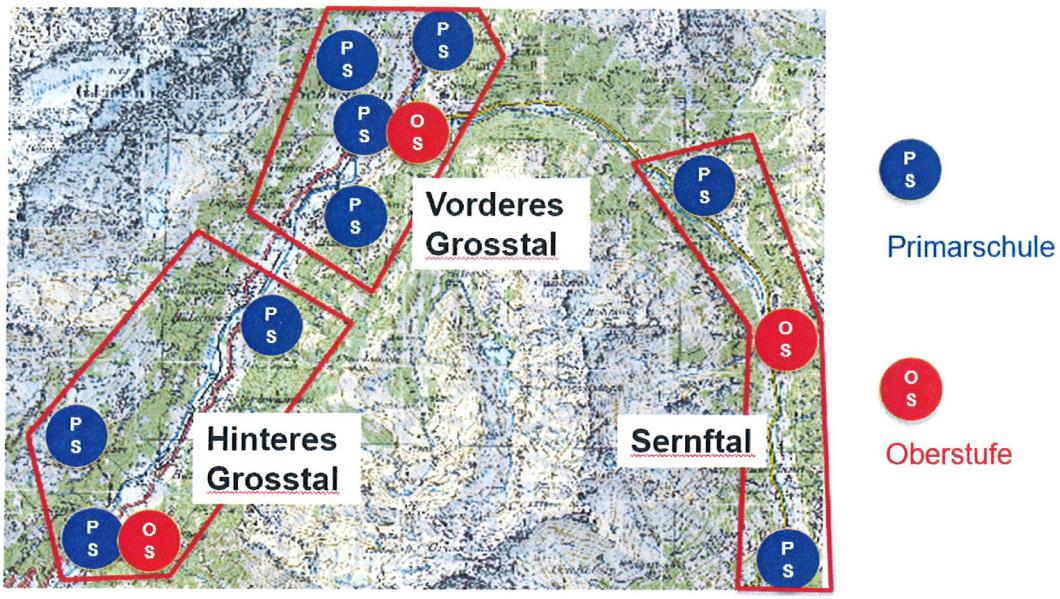
Archiv-Nummer
31.03.00
16.04.02

---

a) Schulstandortmodell 2014/15 bis 2018/19

5.1 a) Ausgangslage

Die Gemeinde Glarus Süd unterhält an neun Standorten Kindergärten und Primarschulen sowie an drei Standorten eine Oberstufe. Die Schulkreise der Primarstufe umfassen in der Regel mehrere Dörfer, diejenigen der Oberstufe die Regionen hinteres und vorderes Grosstal sowie das Sernftal.



5.1.1 a) Demographische Entwicklung

Die Anzahl der Geburten in Glarus Süd hat sich in den letzten Jahren auf einem tiefen Niveau stabilisiert. Durchschnittlich wurden in den letzten Jahren 65 Kinder pro Jahr geboren. Gesamthaft hat sich die Anzahl der Lernenden in den letzten 14 Jahren praktisch halbiert. Bereits in der Vergangenheit wurden deshalb verschiedene Kindergärten (Diesbach, Sool, Schwändi, Matt und Elm) sowie die Primarschulstandorte (Auen, Rüti, Betschwanden, Diesbach, Leuggelbach, Nidfurn und Sool) geschlossen. Die Oberstufe Hinteres Grosstal wurde vor einigen Jahren an einem Standort in Linthal zusammengeführt.

Tabelle 1: Anzahl Lernende

Jahr	Anzahl Lernende
1999	1'605
2009	1'066
2013	850
2017	767
2020	700 *

* Angabe gemäss Einwohneramt

Aufgrund dieser Daten sowie den aktuellen Schülerzahlen lässt sich die Entwicklung der Schulen in den bestehenden Strukturen für die nächsten Jahre abschätzen.

Tabelle 2: Verteilung der Kinder in den Dörfern

Dorf	Vor-KG 4 *	Vor-KG 3 *	Vor-KG 2 *	Vor-KG 1 *	1. KG-13/14 *
Braunwald	2	3	1	1	2
Linthal	1	4	5	5	5
Rüti	2	4	2	3	2
Betschwanden	0	1	0	2	0
Diesbach	0	2	2	1	0
Hätzingen	2	1	2	2	1
Luchsingen	3	4	7	1	4
Leuggelbach	0	2	0	0	2
Haslen	5	2	4	4	4
Nidfurn	2	2	4	1	1
Schwanden	19	18	12	12	13
Schwändi	2	4	2	7	3
Sool	2	1	1	3	1
Mitlödi	7	15	12	7	10
Engi	8	5	6	6	7
Matt	1	1	4	1	4
Elm	7	3	6	3	1
Total	63	72	70	59	60

* Vor-KG 4 = Vorkindergarten 4: Geb.-Datum: 1. August 2012 bis 31. Juli 2013
* Vor-KG 3 = Vorkindergarten 3: Geb.-Datum: 1. August 2011 bis 31. Juli 2012
* Vor-KG 2 = Vorkindergarten 2: Geb.-Datum: 1. August 2010 bis 31. Juli 2011
* Vor-KG 1 = Vorkindergarten 1: Geb.-Datum: 1. August 2009 bis 31. Juli 2010
* 1. KG 13/14 = 1. Kindergarten im Schuljahr 2013/14: Geb.-Datum: 1. August 2008 bis 31. Juli 2009

Aktuell besuchen 590 Lernende den Kindergarten und die Primarstufe, 260 die Oberstufe. Sofern sich die Geburtenzahlen auf dem Niveau der letzten fünf Jahre stabilisieren, ist längerfristig in Glarus Süd mit 520 Primar- und Kindergartenschülern sowie 195

Lernenden der Oberstufe zu rechnen. Von den Lernenden der Oberstufe besuchen in der Regel etwa zehn Prozent die Kantons- und Sportschule, effektiv ist somit bei der Schulplanung von 180 Lernenden auf der Oberstufe auszugehen.

Tabelle 3: Entwicklung der Schulen in bestehenden Strukturen, Stichtag 3. September 2013

Schul-standort	Kindergarten		Primarschule		Oberstufe		
	SJ* 13/14	SJ* 17/18	SJ* 13/14	SJ* 17/18	SJ* 13/14	SJ* 17/18	SJ* 2021/22
Braunwald	4	5	14	11			
Linthal	17	12	73	53	69	68 **	49 **
Luchsingen	11	12					
Hätzingen			37	37			
Haslen	14	13	52	43			
Schwanden	28	37	124	99	151	119 **	117 **
Schwändi			20	31			
Mitlödi	35	31	78	70			
Sernftal	18	25	65	68	40	33 **	28 **
Total	**127**	**135**	**463**	**412**	**260**	**220 ****	**194 ****

*SJ = Schuljahr

** Oberstufe SJ 2017/18 und 2021/22: ohne Abzüge für Kantons- und Sportschul-Abgänger (ca. 10 %)

5.1.2 a) Grundsätze der Schulplanung

Das Amt für Volksschule des Kantons Glarus hat im Frühsommer 2013 die zukünftig geltenden Richtwerte für die Schulplanung erlassen. Diese Richtwerte sind für die Gemeinden und deren Schulkommissionen verbindlich, da sie auf den gesetzlichen Grundlagen des Bildungsgesetzes und der subsidiären Verordnungen basieren. Die Schulkommission der Gemeinde Glarus Süd hat in den letzten drei Jahren bei der Pensenzuteilung eine grosszügige Praxis gehandhabt. Dies, um die kleinen Schulstandorte bis zu einem definitiven Entscheid über das weitere Vorgehen nicht zusätzlich zu gefährden. Bei *korrekter* Umsetzung dieser Richtwerte in Glarus Süd hätten im laufenden Schuljahr auf der Kindergarten- und Primarschulstufe 400, auf der Oberstufe 300 Stellenprozente abgebaut werden müssen.

5.1.3 a) Grundsätze der Schulentwicklung

Die gezielte Entwicklung von Unterricht und Schulqualität ist nur möglich, wenn mittel- bis langfristig sichere und stabile Verhältnisse in den verschiedenen Lehrerteams bestehen. Die Unterrichtsentwicklung wird erleichtert, wenn die Teams über eine gewisse Grösse verfügen und somit von verschiedenen Seiten neue Impulse eingebracht werden.

Von einem stabilen Umfeld profitieren zugleich die Lernenden, die so ihr Potential optimal entwickeln können. Dies ermöglicht eine qualitativ hochwertige Bildung, die auch im Wettbewerb mit den anderen Gemeinden und Kantonen bestehen kann.

5.1.4 a) Ausarbeitung des Schulstandortmodells '6+2'

Die Gemeindeordnung legt im Art. 66 fest, wie der Gemeinderat die Schule im Grundsatz zu organisieren hat:

Art. 66 Schulstandorte

[1] Soweit pädagogisch zweckmässig, wirtschaftlich tragbar und gesetzlich zulässig, werden über das ganze Siedlungsgebiet der Gemeinde Kindergärten und Volksschulklassen geführt.

Diese Vorgaben, vor allem die gesetzlich zulässige minimale Klassengrösse von 16 Lernenden, können in den nächsten Jahren an mehreren Schulstandorten nicht erfüllt werden. Die Schulkommission erhielt deshalb bereits im Januar 2012 vom Gemeinderat den Auftrag, Ideen für eine verbesserte Schulplanung zu präsentieren. Das im Herbst 2012 vorgestellte Modell '4+1' mit vier Primarschul- und einem Oberstufenschul-standort, umsetzbar bis 2022, stiess bei der Bevölkerung in der nachfolgenden Vernehmlassung auf eine starke Opposition. Die Schulkommission wurde deshalb vom Gemeinderat beauftragt, ein Schulstandortmodell mit sechs Kindergarten- und Primar-schulstandorten (Braunwald, Linthal, Hätzingen, Schwanden, Mitlödi, Sernftal) und den zwei Oberstufenschulstandorten Linthal und Schwanden (Modell '6+2') zu entwickeln. Damit wurde insbesondere der Kritik an der geplanten Schliessung des Schulstandorts Braunwald sowie der Tatsache, dass es zwischen Schwanden und Linthal keinen Kinder-garten resp. keine Primarschule mehr gegeben hätte, Rechnung getragen. Das Schul-standortmodell '4+1' wurde zum Referenzmodell für die Kostenberechnungen gewählt.

5.2 a) Erwägungen

5.2.1 a) Schulstandortmodell '9+3'
bisheriges Modell der Schulstandorte

Die demographische Entwicklung wirkte sich bereits seit längerem auf die Schulplanung aus und führte dazu, dass in den letzten Jahren wiederholt Stellen für Lehrpersonen abgebaut werden mussten. Auf Grund der aktuellen Geburtenzahlen wird sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren nahezu an allen Standorten fortsetzen.

In den Kindergärten von Braunwald, Hätzingen und Haslen ist in den nächsten Jahren weiterhin mit sehr tiefen Schülerzahlen zu rechnen. Auf der Primarstufe ist in Braunwald mit einer Gesamtschule[1], in Hätzingen, Haslen und Schwändi mit einem Mehrklassen-system[2] zu arbeiten. In Schwändi werden die Schülerzahlen in den nächsten Jahren vorübergehend ansteigen, sodass mit knapp zwei Schulklassen gerechnet werden kann. An den übrigen Schulstandorten sind die Kindergärten aktuell nicht gefährdet und der Unterricht in der Primarschule erfolgt in Doppelklassen[3] oder einem Einklassensystem.

---

[1] 1. bis 6. Klasse bilden zusammen eine Klasse und werden gemeinsam beschult.
[2] Zwei Klassen pro Standort (1. bis 3.Klasse, 4.bis 6.Klasse,Verschiebungen möglich)
[3] Drei Klassen an einem Standort (1./2.Klasse, 3./4. Klasse, 5./6.Klasse, Verschiebungen möglich)

Die Oberstufenschulen kämpfen ebenfalls mit den schwindenden Schülerzahlen: in Matt werden die Sekundar-, Real- und Oberschulen wegen der tiefen Schülerzahlen seit einigen Jahren in Jahrgangsklassen gemeinsam beschult. Trotz dieser Massnahme wird in Matt in den nächsten zehn Jahren die minimale Klassengrösse von 16 Lernenden resp. die Zahl von 48 Lernenden, die zur Führung einer Oberstufe nötig sind, nicht mehr erreicht. In Linthal wird dieses System wegen der tiefen Schülerzahlen in einzelnen Jahrgängen teilweise ebenfalls angewendet. In Schwanden wird der Rückgang der Schülerzahlen dazu führen, dass die Trennung zwischen Sekundar-, Real- und Oberschule zunehmend aufgehoben wird und in gewissen Teilbereichen die verschiedenen Stufen gemeinsam beschult werden.

Die Umsetzung einer Schulplanung in einem *korrekten*, den gesetzlichen Bedingungen entsprechenden Rahmen ist nach Einschätzung von Gemeinderat und Schulkommission in den bisherigen Strukturen nicht machbar.
Sofern die Gemeindeversammlung am bisherigen Modell mit neun Primar- und drei Oberstufenstandorten festhalten will, ist die Stellendotation mindestens im Sinne einer *angemessenen* Schulplanung mit einer Reduktion um 200 Stellenprozente auf der Primar- resp. von 150 Stellenprozente auf der Oberstufe anzupassen.

Unabhängig von der Schulstandortfrage und vom gewählten Schulmodell wird die Gemeinde in jedem Fall in den nächsten Jahren bei den Lehrpersonen ca. 400 Stellenprozente wegen des Rückganges der Schülerzahlen abbauen müssen.

Konkret bedeutet dies für die zukünftige Schulplanung:

- Auf der *Primarstufe* ist auf Entlastungslektionen für Mehrklassenunterricht und Gesamtschulen zu verzichten. Der Halbklassenunterricht in den Fremdsprachen entfällt an allen Schulen.
- Auf der *Oberstufe* ist die Schulplanung noch mehr klassen- und stufenübergreifend auszugestalten und der Katalog an Pflichtwahlfächern ist einzuschränken.

Speziell zu betrachten ist die Oberstufe Sernftal.

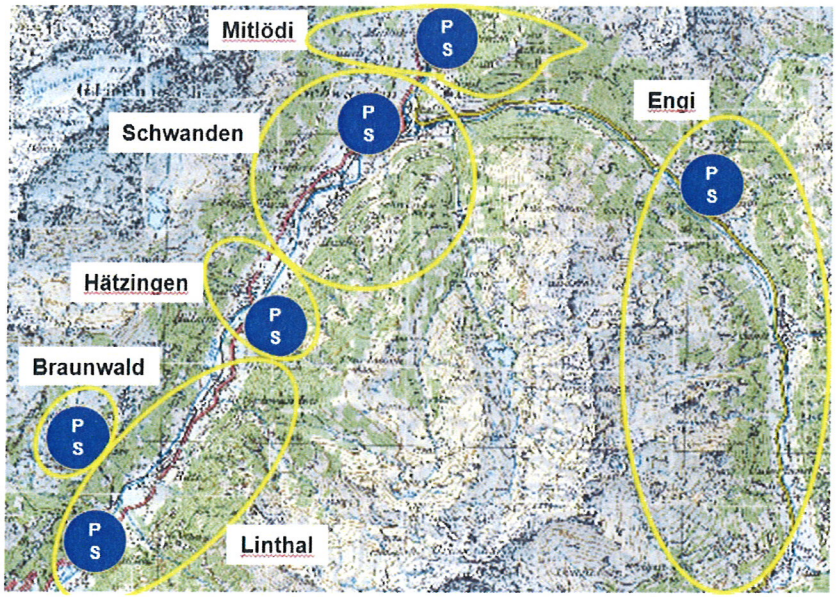
An der *Oberstufe Sernftal* werden heute 40 Lernende mit einem Pensum von 430 Stellenprozenten beschult. Bei einer *angemessenen* Schulplanung wären in Abhängigkeit von den jeweiligen Schülerzahlen bis zu 180 Stellenprozente abzubauen. Unter diesen Bedingungen ist eine Führung der Schule im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr möglich. Die entsprechenden Änderungen in der Unterrichtsführung sind vom Amt für Volksschule des Kantons Glarus zu bewilligen. Das von der Oberstufe Sernftal benutzte alte Schulhaus Matt befindet sich zudem baulich in einem schlechten Zustand. Wird dieses weiterhin für die Schule genutzt, ist eine Totalsanierung mit entsprechender Kostenfolge für die Gemeinde unumgänglich.

Von den Klassen- wie auch von den Fachlehrpersonen erfordert das Unterrichten an Klein- und Kleinstschulen aller Stufen bereits unter den heutigen, grosszügigen Bedingungen eine hohe Flexibilität mit entsprechender Bereitschaft zur Weiterbildung. Fachlehrpersonen mit einem 100%-Pensum müssen zudem die Bereitschaft mitbringen, an mehreren Schulstandorten zu arbeiten. Generell kommen für die Führung dieser Schulen nur Lehrpersonen mit einer grossen Berufserfahrung und einer hohen

Motivation für spezielle Schulformen in Frage. Bei einer Kündigung ist damit zu rechnen, dass die Stellen innert der gesetzten Fristen nicht mit einem geeigneten Nachfolger besetzt werden können.

5.2.2 a) Schulstandortmodell '6+2'
Primarstufe

Mit dem ausgearbeiteten Modell von sechs Standorten können über das gesamte Gemeindegebiet verteilt Kindergärten und Primarschulen angeboten werden (vgl. untenstehende Graphik).



Keine Änderungen erfahren die Schulstandorte Braunwald, Linthal und Hätzingen/Luchsingen. Der bisherige Schulkreis Haslen – Nidfurn - Leuggelbach wird in den Schulstandort Schwanden integriert. Die Primarschule Schwändi wird mit Mitlödi zusammengefasst. Die Primarschule Sernftal wird in Engi an einem Standort zusammengefasst. Damit kann die Schule weitgehend im gesetzlichen Rahmen organisiert werden. Ausnahmen sind der Kindergarten und die Primarschule Braunwald sowie der Kindergarten Luchsingen. Insbesondere können alle Kinder im bisherigen Rahmen über Mittag nach Hause und die Transportwege resp. die Distanzen zu Fuss sind in einem zumutbaren Rahmen. Bauliche Massnahmen sind nicht notwendig.

Die vorgeschlagenen, zukünftigen Schulkreise werden nachfolgend einzeln besprochen:

Braunwald

Für die *Schule Braunwald* soll wegen der weiten Wege innerhalb des Dorfes und des komplizierten Schulweges nach Linthal eine Ausnahmeregelung gelten. Nach Rücksprache mit dem Amt für Volksschule des Kantons Glarus ist eine Stundenplanung mit einer reduzierten Stellendotation für den Kindergarten möglich. Sofern die Anzahl der Kindergärtner auf dem aktuellen Niveau von durchschnittlich vier Kindern bleibt, besuchen alle Lernenden diesen ausnahmsweise nur während 14 Lektionen pro Woche - statt wie für Zweit-Kindergärtner üblich - während 20 Lektionen. Für die Primarschule gelten die oben allgemein genannten Bedingungen einer *angemessenen Schulplanung*.

Grundsätzlich bieten die Räumlichkeiten in Braunwald Raum für 2 Primarschulklassen, sowie einen Kindergarten.

Linthal
Der bisherige Schulkreis Linthal, bestehend aus den drei Dörfern Linthal, Rüti und Betschwanden, bleibt unverändert bestehen. Besonders zu beachten ist hier, dass die Geburtenzahlen in diesem Schulkreis in den letzten Jahren stark gesunken sind. Kommt es nicht zu einer raschen Erholung, werden Anpassungen an die Stellendotation unabdingbar sein.
Grundsätzlich bietet die Schule in Linthal Raum für zwei Kindergartenklassen sowie mindestens eine bis zwei zusätzliche Primarschulklassen.

Hätzingen
Der Schulkreis Hätzingen, bestehend aus den drei Dörfern Diesbach, Hätzingen und Luchsingen, bleibt unverändert bestehen. Die Primarschule behält ihren Standort in Hätzingen, der Kindergarten bleibt in Luchsingen. Der Bustransport für die Kindergärtner zwischen Diesbach und Luchsingen bleibt im bisherigen Rahmen bestehen. Im Kindergarten wurde die Stellendotation bereits vor einigen Jahren den Schülerzahlen angepasst. Das in diesem Jahr auf der Primarstufe neu eingeführte Mehrklassensystem wird aufgrund der aktuellen und prognostizierten Schülerzahlen auch in den nächsten Jahren Bestand haben. Grundsätzlich bieten die Räumlichkeiten in Luchsingen/Hätzingen Raum für einen Doppelkindergarten sowie mindestens vier bis fünf Primarschulklassen.

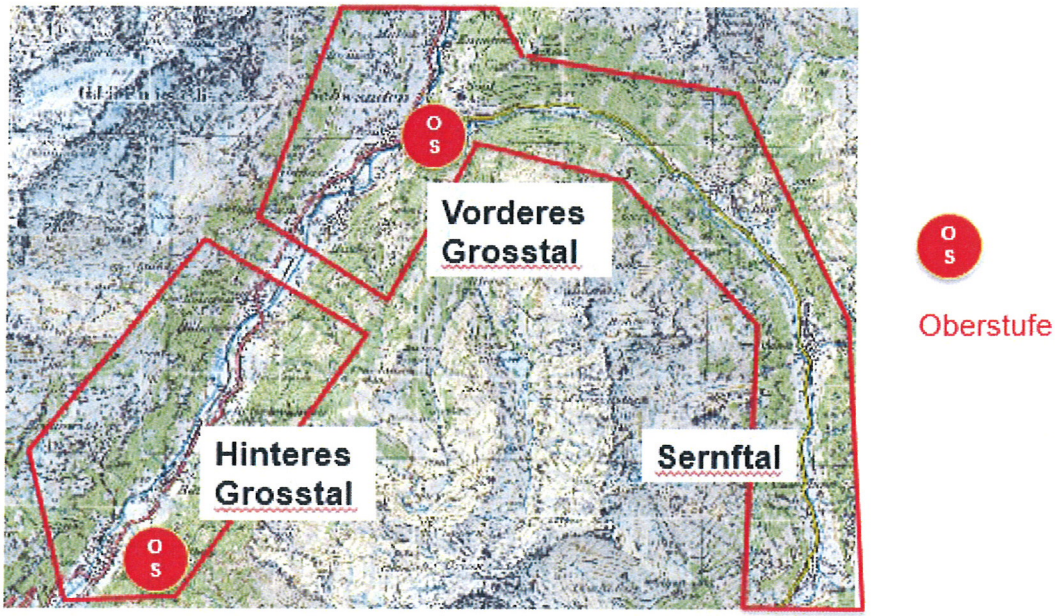
Schwanden
Der Schulstandort Schwanden wird um den bisherigen Schulkreis Haslen - Nidfurn - Leuggelbach erweitert. Die Schulplanung von Schwanden wird durch diese Zusammenlegung positiv beeinflusst, lässt aber auch für zukünftige Entwicklungen Spielraum offen. Die mittlere Klassengrösse im Schuljahr 2017/18 beträgt voraussichtlich 18 Lernende pro Klasse. Dies und die vorhandenen Räumlichkeiten lassen die Führung von mindestens einer zusätzlichen Klasse zu. Bauliche Massnahmen sind nicht notwendig. Die Lernenden aus Haslen, Nidfurn und Leuggelbach werden mit Extrabussen zum Primarschulhaus resp. Kindergarten geführt. Das heisst, der bereits heute bestehende Rundkurs Leuggelbach - Nidfurn - Haslen wird weiterhin benötigt, erfährt aber eine entsprechende Kursänderung. Eine Rückkehr über Mittag nach Hause ist für alle Kinder problemlos möglich. Bei Berufstätigkeit der Erziehungsberechtigten steht die Chinderburg mit einem umfassenden Angebot für Tages- und Ferienbetreuung in unmittelbarer Nähe zur Schule zur Verfügung.

Mitlödi
Mitlödi bildet zusammen mit Sool und Schwändi einen Schulkreis. Bereits heute besuchen die Kindergärtner aus Schwändi die Schule in Mitlödi und werden demnach in Zukunft ihre ganze Primarschulzeit in Mitlödi verbringen. Der bestehende Bustransport für die Kindergärtner aus Schwändi muss entsprechend der grösseren Schülerzahl ausgebaut werden. Die mittlere Klassengrösse in Mitlödi beträgt im Schuljahr 2017/18 voraussichtlich 17 Lernende. Dies lässt somit noch einen Entwicklungsspielraum von ca. 25 bis 30 zusätzlichen Kindern zu. Der Hort, an attraktiver Verkehrslage, wertet Mitlödi als Schulstandort zusätzlich auf.

Sernftal
Primarschule und Kindergarten sind an einem Schulstandort zusammen zu nehmen. Dies erleichtert die Schulplanung und -entwicklung und senkt die Infrastrukturkosten. Schulkommission und Gemeinderat schlagen der Bevölkerung vor, die Schule in einem ersten Schritt in Engi zu konzentrieren und den Schulstandort Elm zu schliessen. Die Räumlichkeiten in Engi genügen in den nächsten Jahren den Bedürfnissen der Schule. Bei einem allfälligen Wachstum ist die Verlegung der Schule nach Matt zu prüfen. Dieser Schritt setzt eine Totalsanierung des alten Schulhauses in Matt mit erheblichen Kostenfolgen für die Gemeinde voraus.

5.2.3 a) Schulstandortmodell '6+2'
Oberstufe

Die Oberstufe wird an den zwei Standorten Schwanden und Linthal geführt.



In ***Schwanden*** können dank des Zuzugs der Sernftaler Schüler die Schülerzahlen auf dem heutigen Niveau mit knapp 150 Lernenden gehalten werden. Dies ermöglicht eine Schulplanung mit einem breiten Bildungsangebot. Das 3. Oberschuljahr wird weiterhin für alle Lernenden in Schwanden angeboten. Die Oberstufenschüler aus Engi und Matt können über Mittag mit dem öffentlichen Verkehr nach Hause zurückkehren. Dies ist auch für die Lernenden aus Elm (Dorf) möglich, sofern sie in der Nähe der Busstation wohnen. Für alle anderen besteht die Möglichkeit, im Altersheim Schwanden zu vergünstigten Konditionen das Mittagessen einzunehmen; eine altersentsprechende Betreuung wird gewährleistet. Die Räumlichkeiten in Schwanden lassen in Zukunft ein weiteres Wachstum um ein bis zwei Klassen zu.

In ***Linthal*** ist in den nächsten Jahren mit Schülerzahlen zwischen insgesamt 60 bis 70 Lernenden zu rechnen, d.h. das im letzten Jahr teilweise eingeführte System mit Sekundar-, Real- und Oberschule in einer Klasse kann beibehalten werden. Die Schule teilt seit ihrer Zusammenlegung zur Oberstufe Linthal vor einigen Jahren gewisse Räume

mit der Primarschule. Da die Klassen aber mit der bisherigen Schulplanung meist nicht ausgelastet waren, ist ein gewisses Wachstum der Schule ohne weiteres möglich.

5.2.4 a) Finanzielle Auswirkungen der verschiedenen Schulstandortmodelle

Infolge des Rückganges der Schülerzahlen werden die Kosten für die Schule unabhängig vom gewählten Schulstandortmodell in den nächsten Jahren um etwa Fr. 500'000.- (d.h. 400 Stellenprozent) auf der Primar- und Oberstufe sinken. Betreffend Schulplanung wirkt sich das Modell '4+1' bis zum Schuljahr 2017/18 am günstigsten aus und gilt somit weiterhin als Referenzmodell. Die jährlichen Einsparungen ab dem Schuljahr 2017/18 sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Sie berücksichtigen im Gegensatz zu den im letzten Herbst präsentierten Zahlen auch die Einsparungen in Folge des Rückganges der Schülerzahlen.

Bei den Infrastrukturen wurden die Kosten für Hauswartung und Unterhalt bei den Modellen '4+1' und ,'6+2' entsprechend reduziert.

Auf der Kindergarten- und Primarstufe erfolgten die Berechnungen aufgrund der notwendigen Klassen. Bei der Oberstufe ist erfahrungsgemäss die Planung mit Klassen über einen längeren Zeitraum ungenau. Gerechnet wurde deshalb mit den Richtwerten. Beim Modell '4+1' und '6+2' wurde mit dem *korrekten*, beim Modell '9+3' mit einem *angemessenen* Richtwert gerechnet.

Tabelle 4: Entwicklung der Schulen in bestehenden Strukturen, Stichtag 3. September 2013

Zusammenfassung der Berechnungen nach Klassen (PS) und Richtwerten (OS)		
Schulstandort-Modell		**Vergleich der verschiedenen Schulstandortmodelle im Schuljahr 2017/18**
		Kosten-Einsparungen
,4+1'		**SFr. 1'770'000**
,6+2'		**SFr. 1'500'000**
,9+3'		**SFr. 1'000'000**

PS = Primarschule / OS = Oberstufe

Gemeinderat und Schulkommission nehmen nachfolgend gerne die Gelegenheit wahr, im Rahmen dieses Memorials zu weiteren offenen Fragen Stellung zu nehmen.

Alternative Schulmodelle

Schulkommission und Gemeinderat stehen der Schaffung von speziellen Schulangeboten wie Basisstufe, altersdurchmischtem Lernen, Englisch- oder Musikschulen etc. in Anbetracht der Schülerzahlen und der finanziellen Lage der Gemeinde zurückhaltend gegenüber. Diese Angebote sind unabhängig von der Schulstandortfrage im Rahmen eines länger dauernden, partizipativen Prozesses zu betrachten. Zu Bedenken ist, dass die Schule mit den bisherigen Reformen (Fremdsprachenunterricht, integrative Sonderschulung) sowie der Einführung des Lehrplans 21 in den Schuljahren 2016 bis 2020 sehr stark belastet ist. Dies gilt ebenfalls für den Wunsch der Schwändner Bevölkerung zur Einführung der Basisstufe[4] in Schwändi. Bei einer prognostizierten durchschnittlichen Schülerzahl von 3 bis 4 Lernenden pro Jahr wird die gesetzlich geforderte Klassengrösse von 20 bis 26 Lernenden nur mit den Lernenden allein aus Schwändi nicht zu erreichen sein. Die Schule wäre darauf angewiesen, dass andere Erziehungsberechtigte über Jahre hinweg auf eigene Kosten und Initiative bereit sind, ihre Kinder nach Schwändi zu bringen.

Weitere Nutzung von leerstehenden Schulliegenschaften

In den früheren Gemeinden war es bei Schulschliessungen üblich, den Vereinen die Räumlichkeiten im bisherigen Rahmen und kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat Glarus Süd will an dieser Tradition festhalten. Der Gemeinderat bietet deshalb den Vereinen die Gebäude zu den folgenden Konditionen an:

- Kostenlose Nutzung der Räumlichkeiten
- Betriebs-und Anlagekosten zu Lasten der Gemeinde
- Regelmässige Wartung der Turngeräte und –hallen
- Beschaffungen von (Turn) Geräten im Rahmen des Budgets
- Eingeschränkte Reinigung und Wartung der Aussen- und Innenanlagen
- Bei Vermietung an Dritte Berücksichtigung der Interessen der Vereine
- Nutzungsvertrag durch die Vereine bei entsprechendem Interesse

Der Verkauf von Liegenschaften mit einer Verkehrswertschätzung über Fr. 500'000.- würde die Zustimmung der Gemeindeversammlung bedingen.

5.3 a) Antrag des Gemeinderates zur Schulentwicklung

Gestützt auf die Ausführungen beantragt der Gemeinderat der Gemeindeversammlung, dem Schulstandortmodell '6+2' mit den sechs Primarschulstandorten Braunwald, Linthal, Hätzingen, Schwanden, Mitlödi und Engi sowie den beiden Oberstufenschulstandorten Schwanden und Linthal zuzustimmen. Die Umsetzung soll in den nächsten zwei Jahren erfolgen.

[4] Die Basisstufe umfasst 1. und 2. Kindergarten sowie die 1. und 2. Primarschulklasse, insgesamt also vier Jahrgänge und ist das einzige, gesetzlich zugelassene Modell mit altersdurchmischtem Lernen im Kanton Glarus.

b) Gemeindeversammlungsantrag der IG Zukunft Schulen Glarus Süd auf Belassen der Schulstandorte für die nächsten 8 Jahre, wie sie aktuell bestehen.

5.4 b) Ausgangslage

Im Namen der IG Zukunft Schulen Glarus Süd stellte ein Stimmbürger an der Gemeindeversammlung vom 23. November 2012 folgenden Antrag:

'Wir beantragen der Gemeindeversammlung während der nächsten 8 Jahre die Schulstandorte zu belassen, wie diese aktuell bestehen. In dieser Zeit sind Lösungen für eine von der Bevölkerung getragene und dem Finanzrahmen entsprechende Schule zu erarbeiten.'

Die Antragssteller begründen ihren Antrag ausführlich und weisen auf die Entwicklungschancen der Gemeinde hin. Gemäss Art. 35 Gemeindegesetz (GG) hat jede stimmberechtigte Person das Recht, der Vorsteherschaft Anträge über Gegenstände einzureichen, die in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung oder an der Urne fallen. Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 30. Mai 2013 den Antrag als rechtlich zulässig eingestuft. Gemäss Art. 17 Abs. 3 hat der Gemeinderat Anträge von Seiten der Stimmberechtigten innert zwei Jahren der Gemeindeversammlung vorzulegen. Mit Behandlung dieses Antrages an der Gemeindeversammlung vom 22. November 2013 ist diese Frist gewahrt.

5.5 b) Erwägungen

Der Antrag fordert, dass die heute bestehenden Schulstandorte während der nächsten acht Jahre unverändert bestehen bleiben. Tatsache ist jedoch, dass an verschiedenen Orten sowohl auf Stufe der Kindergärten wie der Primarschule die minimalen Klassengrössen von 16 Lernenden während der nächsten Jahre nicht oder nur knapp erreicht werden und die Geburtenzahlen der letzten Jahre keine Trendwende erwarten lassen. Ebenso kämpfen die Oberstufenschulen mit Problemen: in Matt und teilweise in Linthal werden die Sekundar-, Real- und Oberschulen wegen der tiefen Schülerzahlen in Jahrgangsklassen gemeinsam beschult. Trotz dieser Massnahme wird in Matt ab dem Schuljahr 2013/14 die minimale Klassengrösse von 16 Lernenden nicht mehr erreicht. Über die nächsten zehn Jahre ist keine Besserung in Sicht.

Die Schulkommission hat in den letzten drei Jahren auf der Kindergarten- und Primarschulstufe eine grosszügige Stellenplanung mit Entlastungslektionen und Fremdsprachenunterricht in Halbklassen bewilligt, dies, um kleine Schulstandorte bis zu einem definitiven Entscheid nicht zu gefährden. Das kantonale Amt für Volksschule hat anfangs Juni 2013 die Richtwerte für die zukünftige Schulplanung in allen drei Gemeinden bekannt gegeben. Grundsätzlich ist die Schulkommission verpflichtet, diese Richtwerte umzusetzen, da sie auf dem Bildungsgesetz und den subsidiären Verordnungen basieren. Gemäss diesen Richtwerten sind in Glarus Süd auf der Primar- wie der Oberstufe mehrere hundert Stellenprozente abzubauen.
Bereits unter den heutigen Bedingungen ist es sehr schwierig, genügend erfahrene Lehrpersonen zu finden. Bei Annahme des Antrages der IG Zukunft Schulen Glarus Süd wäre die Schulkommission verpflichtet, diese Schulstandorte unter allen Umständen weiterzuführen, womit ihr Handlungsspielraum gegen Null tendiert. Ein Moratorium würde voraussichtlich dazu führen, dass die bisherige Stellenplanung beibehalten wird und die

Schulkommission betreffend Ausbildung und Entlöhnung der Lehrpersonen Konzessionen machen müsste, um den Volkswillen umzusetzen.

Auf Grund des Finanzhaushaltgesetzes (FHG) des Kantons Glarus (Art. 8 b) sind die Gemeinden verpflichtet, ihren Finanzhaushalt auf Dauer ausgeglichen zu halten. Steuererhöhungen im Rahmen von mehreren Steuerprozenten sind bei einem Festhalten an den bisherigen Strukturen unumgänglich. Ebenso wird damit Art. 8 Abs. k FHG verletzt, der es den Gemeinden verbietet, Hauptsteuern zweckgebunden zu verwenden. Faktisch führt die Annahme dieses Antrages zu einer 'Schulsteuer', was auch vor dem Hintergrund des in der Schweizerischen Bundesverfassung verankerten Rechts auf kostenlosen Grundschulunterricht rechtliche Probleme aufwerfen könnte.

Mit einer Motion möchten die Landräte der Gemeinde Glarus Süd eine bessere Unterstützung von Glarus Süd durch den Kanton erreichen. Der Landrat hat diesen Antrag an seiner Sitzung vom 26. Juni 2013 als rechtlich zulässig erklärt. Der Regierungsrat wies aber in der Diskussion ausdrücklich darauf hin, dass der Kanton nicht gewillt sei, Massnahmen zur Strukturerhaltung, insbesondere im Bereich der Schulstandorte in Glarus Süd, zu unterstützen. Diese Mehrausgaben sind durch die Gemeinde selbst zu bezahlen.

5.6 b) Antrag des Gemeinderates zum Gemeindeversammlungsantrag IG Zukunft Schulen Glarus Süd

Gestützt auf die Ausführungen beantragt der Gemeinderat der Gemeindeversammlung, den Antrag der IG Zukunft Schulen Glarus Süd abzulehnen und als erledigt abzuschreiben.

5.7 Beschluss der Gemeindeversammlung

5.7.1 a) Genehmigung Schulstandortmodell 9+3.

5,7.2 b) Genehmigung des Antrages IG Zukunft Schulen Glarus Süd zwecks Belassen der Schulstandorte während der nächsten 4 Jahre, wie diese aktuell bestehen. Der Antrag ist entsprechend abzuschreiben.

5.7.3 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 22.11.2013

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident — Der Gemeindeschreiber

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Dr. Thomas Hefti — André Pichon

Archiv-Nummer
31.03.00
16.04.02

5. Schulentwicklung
a) Schulstandortmodell 2014/15 bis 2018/19
- Antrag auf Genehmigung Modell 6+2

b) Gemeindeversammlungsantrag der IG Zukunft Schulen Glarus Süd auf Belassen der Schulstandorte für die nächsten 8 Jahre
-Antrag auf Ablehnung

Diskussion

Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti
Bevor das Wort an Departementsvorsteherin Brigitte Weibel erteilt wird, macht der Gemeindepräsident Ausführungen zum Ablauf der möglichen Abstimmungsmöglichkeiten.

Folie Power-Point Präsentation

1. Eintreten

Falls Eintreten →

2. Rückweisung

3. Materielle Behandlung Schulmodell '6+2'

Falls abgelehnt:
Status quo

↓

Über Moratorium abstimmen

Falls Rückweisung abgelehnt →

Falls Rückweisung beschlossen:
Geschäft geht zurück an GR

↓

Über Moratorium abstimmen

→ ev. Varianten

→ in Eventual-abstimmungen bereinigen

(Verschiebung gleiches Prozedere)

Resultat

4. Resultat <-> Moratorium

Ausführungen von Departementsvorsteherin Dr. Brigitte Weibel
Brigitte Weibel nimmt die Gelegenheit wahr, um aus Sicht der Schule ebenfalls auf die Entscheide der Landsgemeinde 2006 zurückzukommen. Wie der Vorsitzende bereits ausgeführt hat, haben praktische alle Schulgemeinden ungenügende bis kritische Finanzkennzahlen aufgewiesen. Der Kanton hatte richtigerweise erkannt, dass allein die Bildung von Einheitsgemeinden dieses Problem nicht lösen kann. Gemäss den Berechnungen des Kantons brauchte es für die Führung einer Primarschule mindestens 1500 Einwohner, für die Oberstufe aber 5000 resp. 10'000 Einwohner. Der Kanton schlug deshalb der Landsgemeinde ein Modell mit zehn Einheitsgemeinden vor. Die kleinste

Gemeinde „Sernftal" hätte damit knapp der minimalen Grösse für einen Primarschulkreis entsprochen. Für die Oberstufenschulen waren aber auch diese zehn Gemeinden zu klein und der Kanton hatte darum drei Planungszonen für den ganzen Kanton favorisiert. Die angeschlagene Finanzsituation der Schulgemeinden ist mit der Fusion nicht verschwunden, sondern ist zu einem grossen Teil für das Defizit der Gemeinde mitverantwortlich. Vor allem auch, weil die Neuerungen im Bildungsgesetz als Folge der kleinen dezentralen Strukturen nicht durch eine verbesserte Schulplanung aufgefangen werden können und an vielen Gebäuden Sanierungsarbeiten anstehen.
Im Memorial der Landsgemeinde wurde am Bespiel der Region Glarus Süd dargelegt, welche Einsparungen sich aus der konsequenten Ausnützung der Minimalklassengrössen ergeben könnten. Für das Gebiet der heutigen Gemeinde Glarus Süd hat das Memorial 2006 drei Primar-schulkreise mit je einem Kindergarten und einem Primarschulstandort und einen Planungskreis für die Oberstufe empfohlen. Das heisst mit anderen Worten, der Kanton sah für die Region Glarus Süd ein Schulstandortmodell 3+1 vor. Es stellt sich heute schon die Frage, warum gab es 2006 und 2007 eigentlich nicht mehr Protest von Seiten der Bevölkerung in Glarus Süd, warum erst jetzt?
Zum Schluss stand im Memorial 2006 zur Landsgemeinde folgende Satz: *„Der Kanton Glarus erhielte mit dieser Organisation wohl ein Schulsystem, das zu den modernsten und für Familien attraktivsten der Schweiz gehörte"(S. 145).*
Glarus und Glarus Nord sind auf diesen Weg schon weit gekommen. Mit dem Landsgemeindeentscheid von 2006, bestätigt durch die ausserordentliche Landsgemeinde 2007, wurde den zukünftigen Gemeindebehörden ein Auftrag mit auf den Weg gegeben. Beim Start der neuen Gemeinde anfangs 2011 hat sich die Vorhersage des Kantons betreffend Bevölkerungsentwicklung in Glarus Süd bestätigt. Was 2006 im Memorial zur Region Glarus Süd stand, hat auch heute, 7 Jahre später an Aktualität nicht verloren. Die Geburtenrate ist mit 65 Kinder auf 10'000 Einwohner sogar um 30% tiefer als vom Kanton 2006 angenommen.
Das erste Ergebnis der Schulkommissionsarbeit war ein Modell mit vier Primarschulstandorten sowie einem Oberstufenschulstandort, umsetzbar ohne bauliche Veränderung bis in Jahr 2022. Dieser Vorschlag wurde im September 2012 der Bevölkerung vorgestellt und in eine breite Vernehmlassung geschickt. Aufgrund der Rückmeldungen beauftragte der Gemeinderat das Departement Schule und Familie (SchuF) eine Variante mit zwei zusätzlichen Primarschulstandorten, nämlich Braunwald und Hätzingen auszuarbeiten. Diese beiden Schulstandorte sollten nicht auf Grund ihrer Schülerzahlen, sondern aus geographischen Gründen beibehalten werden. Ebenso sollte auf die vorläufige Schliessung des Oberstufenschulstandortes in Linthal verzichtet werden.
Dieser Auftrag steht auch in Übereinstimmung mit dem Leitbild für die Gemeinde Glarus Süd, welches der Gemeinderat im Februar 2012 in Kraft gesetzt hat. Zur Frage der Schulstandorte äussert es sich wie folgt:
„Die Gemeinde Glarus Süd unterhält Schulen an verschiedenen Standorten und trägt damit den ländlichen Besonderheiten Rechnung."
In die Planungsarbeiten miteinzubeziehen, sind auch die vom Kanton neu erlassenen Richtwerte für die Schulplanung auf der Primar- und Oberstufe. Diese Richtwerte basieren auf dem Bildungsgesetz sowie auf den subsidiären Verordnungen, die von Landrat und Regierungsrat erlassen worden sind. Diese Richtwerte sind für die Schulkommission verbindlich.

Bei einer nochmaligen Analyse der Schulplanung im Frühjahr 2013 bestätigte sich rasch, dass die kantonalen Vorgaben auch mit einer optimalen Schulplanung nicht eingehalten

werden können. Insgesamt müssten schon heute bei einer korrekten Schulplanung über alle Stufen hinweg rund 700 Stellenprozente abgebaut werden. Bereits eine Reduktion um 350 Stellenprozente führt zu empfindlichen Einbussen und trifft insbesondere die kleinen Schulen auf allen Stufen. Hätzingen, Haslen, Schwändi werden in Zukunft mit einem Mehrklassen-system geführt. Im Vergleich zu heute stehen aber in Zukunft deutlich weniger Lektionen zur Verfügung. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für die Gesamtschule in Braunwald. An der Oberstufe Matt würde weiterhin in Jahrgangsklassen mit 8-12 Lernenden unterrichtet. Wegen der kleinen Klassen mit notwendiger Pensenreduktion wird eine differenzierte Behandlung der einzelnen Stufen zunehmend schwieriger bis gar unmöglich. Wegen des schlechten Zustandes des alten Schulhauses in Matt, ist längerfristig eine Totalsanierung dieses Gebäudes unumgänglich. Will die Bevölkerung am Schulstandortmodell 9+3 festhalten, stellt dies an die Lehrpersonen sehr hohe Anforderungen punkto fachlicher Qualifikation und Berufserfahrung. Was passiert, wenn eine Lehrperson es nicht schafft und Klassen verlegt, im schlimmsten Fall eine Schule trotzdem geschlossen werden muss? Wie steht es hier mit der Fürsorgepflicht als Arbeitgeber und dem Persönlichkeitsschutz für Arbeitnehmer oder werden in Zukunft die Interessen der Dörfer höher gewichtet? Für Junglehrpersonen jedenfalls ist diese Schulform absolut nicht geeignet und diese werden an diesen Schulen nicht zum Einsatz kommen.

Die Gemeinde ist aber auch gefordert als attraktiver Arbeitgeber. Unsichere und instabile Schulstandorte erschweren die Suche nach neuen Lehrpersonen bei Kündigungen. Die seit 2008 unbefriedigende Lohnentwicklung für Lehrpersonen stärkt das Vertrauen in die Gemeinde als Arbeitgeber sicher nicht.

Kleine Schulen bieten den Kindern aber auch eingeschränkte Möglichkeiten mit gleichaltrigen Kindern ihre schulischen Fähigkeiten in einem gesunden Konkurrenzkampf zu entwickeln und ihre sozialen Kompetenzen zu erweitern. Kommt dazu, dass die Kinder in den Dörfern wegen der dünnen Besiedlungsdichte weit auseinander wohnen und die Schule häufig die einzige Möglichkeit ist, andere Kinder zu treffen. Gefordert sind in der heutigen Gesellschaft Team- und Konfliktfähigkeit und Kompetenzen im Umgang mit den verschiedensten Bevölkerungsgruppen. Damit diese Kompetenzen erlernt werden können, braucht es entsprechendes Umfeld mit vielfältigen Kontaktmöglichkeiten.

Es ist aber auch eine Frage der Chancengleichheit innerhalb der Gemeinde und zwischen den Gemeinden. Wir können einiges nicht anbieten, was in den beiden anderen Gemeinden selbstverständlich ist.

Auch in kleinen Schulen stimmt die Chemie zwischen Lehrpersonen und Lernenden nicht immer und es ist in diesem Fall für ein betroffenes Kind und seine Eltern eine schwere Hypothek, wenn es über Jahre hinweg zur gleichen Lehrperson gehen muss.

Nicht zuletzt hebelt das Verharren in den bisherigen Strukturen einen der Grundgedanken der Gemeindestrukturreform aus und verunmöglichen es dem Gemeinderat, im Bereiche der gesamtem Verwaltung und Administration weitere Einsparungen zu generieren. Wie der zuständige Regierungsrat Rolf Widmer im Juni 2013 anlässlich der Debatte zur Motion der Landräte von GLS zu einem besseren Lastenausgleich anmerkte, ist der Kanton auch nicht bereit *„Strukturerhaltungsmassnahmen in Glarus Süd, insbesondere im Bereich der Schulen"* zu unterstützen. Diese zusätzlichen Kosten hat die Gemeinde somit selbst zu tragen.

Aus Sicht der Behörde wäre es deshalb unverantwortlich, wenn wir Ihnen das Schulstandortmodell 9+3 empfehlen würden.

Auf Grund all dieser Überlegungen beantragt der Gemeinderat das Schulstandortmodell 6+2. Dieses umfasst in Zukunft für die Kindergärten und Primarstufe die folgenden Standorte: Braunwald, Linthal, Hätzingen mit dem Kindergarten in Luchsingen, Schwanden, Mitlödi und Engi. Für die Oberstufe beantragt der Gemeinderat die Schulstandorte Linthal und Schwanden.

Alle der beantragten Schulstandorte lassen für die weitere Entwicklung auf Grund der Klassengrösse und/oder auf Grund der Grösse der Schulhäuser auch bei einem allfälligen Wachstum einen gewissen Spielraum offen. Ebenfalls sind die Klassengrössen im Durchschnitt mit 18-19 Lernenden in einem normalen Rahmen und bieten Platz für weitere Kinder. Bauliche Massnahmen sind nicht nötig. Alle Kindergarten- und Primarschulkinder können das Mittagessen zu Hause einnehmen. Bei den Schülertransporten auf der Kindergarten- und Primarstufe kommt es zu Verschiebungen. Im Wesentlichen sind diese Änderungen aber in Anbetracht der Einsparungen durch die verbesserte Schulplanung unbedeutend. Für die Schultransporte und die entsprechenden Haltestellen hat die Gemeinde beim Kanton eine entsprechende Konzession zu beantragen, sodass die Sicherheit der Kinder auch in Zukunft gewährleistet ist. Die Schulwege bleiben insgesamt an allen Orten in einem zumutbaren Rahmen.
Für die Primarschulstandorte Braunwald, Linthal und Hätzingen ergeben sich mit Ausnahme der erwähnten Anpassungen in der Schulplanung im Vergleich zu heute keine Änderungen. Braunwald und Hätzingen werden als Gesamt- resp. Mehrklassenschule geführt. Somit wird der Wunsch aus breiten Kreisen der Bevölkerung aufgenommen, die ein vielfältiges Schulangebot in Glarus Süd wünschen. Diese Schulform birgt gewisse Risiken in sich, falls sie sich nicht bewähren sollte und die Schulqualität nicht mehr stimmt, müsse auf diesen Entscheid nochmals zurückgekommen werden, um andere Lösungsansätze zu diskutieren. Wesentliche Änderungen ergeben sich für den heutigen Schulkreis Haslen–Nidfurn-Leuggelbach, der mit Schwanden zusammengeschlossen wird. Die Kinder aus Schwändi besuchen in Zukunft ihre ganze Primarschulzeit und nicht nur den Kindergarten in Mitlödi. Kindergarten und Primarschule im Sernftal werden auf den Schulstandort Engi konzentriert.
Die Oberstufe wird in Linthal und Schwanden geführt. Für Linthal sind keine Änderungen vorgesehen. In Schwanden werden neu auch die Lernenden aus dem Sernftal beschult. Diese profitieren von einem breiteren Bildungsangebot, müssen aber dafür einen zum Teil deutlich längeren Schulweg in Kauf nehmen. Über den Mittag können die meisten Lernenden nach Hause. Müsste wegen des zusätzlichen Andrangs von Schülern die AS einen Doppelkurs führen, geht dieser zu Lasten des Kantons. Für alle Schüler, die über Mittag nicht nach Hause gehen können, besteht ihm Altersheim Schwanden die Möglichkeit, das Mittagessen einzunehmen. Für Hausaufgaben stellt ihnen die Schule einen Raum zur Verfügung, ebenfalls können sie für Spiel und Sport die Aussenanlagen benutzen. Verantwortlich für die Aufsicht über Mittag wird eine Lehrperson sein. Dem Gemeinderat ist durchaus bewusst, dass die Schüler aus dem Sernftal an einer grösseren Oberstufe auch Erfahrungen machen können, die problematisch sind. Diese Themen werden aber in der Schule mit den Lernende besprochen, es wird nicht einfach weggeschaut und neu ist jetzt ja auch in Schwanden die Schulsozialarbeit direkt im Schulhaus stationiert und wir hoffen, dass damit weitere Verbesserungen möglich sind.
Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit dem Schulstandortmodell 6+2 ein Modell vorgeschlagen wird, das für einige Zeit Bestand haben kann und für die Qualität des Unterrichtes besser ist als ein Verharren in den bisherigen Strukturen. Grössere Einheiten erlauben es besser, die Schwankungen der Schülerzahlen aufzufangen. Tagesstrukturen

können besser ausgelastet werden und sind somit von der Gemeinde finanziell besser zu verkraften. Die Gemeinde ist ein attraktiverer Arbeitgeber, wenn den Lehrkräften ein längerfristig stabiles Umfeld angeboten werden kann, das auch Raum für Schulentwicklungsprozesse bietet. Erziehungsberechtigte können sich auch in den neuen Strukturen mit dem Instrument der „Elternmitwirkung" einbringen und sich für den Erhalt von lokalen Traditionen einsetzen. Nicht zuletzt profitieren aber auch die Kinder: eine grössere Gruppe erlaubt es eher gleichgesinnte Freunde und Freundinnen zu finden, Kinder sind neugierig und kontaktfreudig, sie sind unbelastet und tun sich mit Änderungen erfahrungsgemäss leichter als Erwachsene. Wichtig ist, dass sie gerne zur Schule gehen und Sass am Lernen haben. Das alles kann ihnen mit dem Schulstandortmodell 6+2 geboten werden.

Zum Antrag der IG Zukunft Schulen Glarus Süd auf Belassen der Schulstandorte für die nächsten 8 Jahre, wie sie aktuell bestehen:

Der Antrag auf ein Moratorium zum Belassen der Schulstandorte für die nächsten acht Jahre lehnt der Gemeinderat ab. Es schränkt die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu stark ein. Mit dem folgenden Traktandum 6 beantragt ihnen der Gemeinderat, dass in Zukunft die Gemeindeversammlung über den Bestand der Schulstandorte entscheidet. Aus Sicht des Gemeinderates erübrigt sich deshalb der Moratoriumsantrag. In diesem Sinne wird die Ablehnung beantragt, auch wenn der Entscheid auf das Schulstandortmodell 9+3 fällt. Falls das Schulstandortmodell 6+2 beschlossen wird, soll dieser Antrag als erledigt abgeschrieben werden.

Zum Traktandum 6, Gemeindeversammlungsantrag von Stimmbürgern auf Änderung der GO Art.66 Abs.2:

Verschiedene Stimmbürger haben Antrag gestellt, dass die Kompetenz, über den Bestand der Schulstandorte zu entscheiden, der Gemeindeversammlung zugewiesen werden soll. Der Gemeinderat beantragt, dieser Änderung zuzustimmen. Die Diskussionen in den letzten Monaten haben gezeigt, dass weite Teile der Bevölkerung über die Frage der Schulstandorte mitentscheiden möchten.
Hierbei ist ein Faktor nicht zu vergessen: Gelingt es der Gemeinde nicht, längerfristig Lehrpersonen an die Gemeinde Glarus Süd zu binden, ihnen Arbeitsbedingungen zu bieten, die attraktiv sind und sie nicht überfordern, entscheidet gerade über die Zukunft von kleinen Dörfern weder der Gemeinderat noch die Gemeindeversammlung, sondern ganz einfach und pragmatisch der Arbeitsmarkt der Lehrpersonen.

Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti stellt fest, dass weder ein Nichteintretensantrag, noch ein Rückweisungsantrag noch ein Verschiebungsantrag gestellt wird und sodann auf dieses Traktandum eingetreten wird.

Wortmeldung von Jacques Marti, Wartstrasse 12, 8762 Sool
Jacques Marti unterbreitet im Namen der SP Sektion Glarus Süd folgenden Abänderungsantrag: Genehmigung Schulstandortmodell 9+3 für die nächste Legislaturperiode (vier Jahre). Mit der Begründung der Weitsicht trägt das vorgeschlagene Schulstandortmodell 6+2 den positiven Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde Glarus Süd zu wenig Rechnung. Es basiert unter anderem auf den möglichen Geburtenraten und vernachlässigt die möglichen Zuzüger, auch wenn klar ist, dass sich diese nicht einfach so

in einer Statistik erfassen lassen. Es ist zu erwarten und zu hoffen, dass der Siedlungsdruck, wie ihn Glarus Nord oder auch Glarus erlebt, auch den Weg an die Schwelle von Glarus Süd findet. Für diesen Fall muss man vorbereitet sein, es braucht eine vernünftige Zonenplanung und eine gute Infrastruktur für junge Familien mit Kindern, wobei die Schulen das wichtigste Element darstellen. Darum ist es heute im 2013 falsch die Schulstandorte zu reduzieren, dies wäre ein schlechtes Zeichen für Glarus Süd.
Nach dem Ende dieser Legislatur muss die Phase der Konsolidierung der Gemeinde Glarus Süd abgeschlossen werden und die Gemeinde muss eine vorwärts gerichtete Strategie und einen neuen Weg in die Zukunft einschlagen und eine solche darf nicht mit Schulschliessungen beginnen. Mit der Begründung Sparen ist denjenigen, welche das beantragte Schulstandortmodell 6+2 mit der schlechten finanziellen Situation der Gemeinde Glarus Süd begründen, entgegen zu halten, dass Effizienz und Effektivität nicht nur bedeutet zu sparen, sondern auch andere Modelle zu prüfen oder Abläufe zu optimieren. Bei einem Entscheid für das Schulstandortmodell 9+3 steht das verantwortliche Departement auch in der Pflicht diese Möglichkeiten auszuloten. Sparen darf nicht nur Leistungsabbau bedeutet, vor allem nicht in der Bildung, wo in die Zukunft investiert wird, in die Zukunft unserer Kinder aber auch in die Zukunft der Gemeinde Glarus Süd.
Mit diesen Begründungen steht die SP Glarus Süd für das Modell 9+3 für die nächste Legislatur ein, so wie das der Gemeinderat für das Modell 6+2 beantragt hat. Das beantragte Moratorium der IG Zukunft Glarus Süd wird auf vier Jahre reduziert.

Wortmeldung von Dr. Markus Hösli, Au 3, 8775 Luchsingen
Dr. Markus Hösli stellt folgenden Abänderungsantrag zum Schulstandortmodell 6+2:
Modell 6+2 mit optimiertem Einzugsgebiet zum Schulstandort Hätzingen, d.h. das Einzugsgebiet des Schulstandorts Hätzingen-Luchsingen soll zusätzlich zu den geplanten Ortschaften Diesbach, Hätzingen und Luchsingen mindestens auch Leuggelbach und Haslen umfassen. Die Schulkommission erhält ausdrücklich die Kompetenz, weitere Ortschaften ebenfalls dem Standort Luchsingen-Hätzingen zuzuteilen. Die übrigen Punkte des gemeinderätlichen Schulstandortmodells 6+2 bleiben unverändert.
Mit dem erweiterten Einzugsgebiet ist die Existenz des Schulstandort Hätzingen-Luchsingen langfristig gesichert. Die Variante 6+2 mit Hätzingen klein ist eine versteckte Variante 5+2, ein Schliessungsantrag für Hätzingen würde mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren kommen. Aktuell müssen die zwei Primarlehrer in Hätzingen je drei Klassen unterrichten. Mit dem erweiterten Einzugsgebiet wären es künftig wieder zwei Klassen pro Lehrperson.
Geographisch und funktionell macht diese optimierte Variante mehr Sinn, sowohl für die Schulen Hätzingen und Schwanden, als auch für die Schüler von Haslen und Leuggelbach. Zudem verfügt Hätzingen über die beste Schulbibliothek von Glarus Süd. Gegenüber der gemeinderätlichen Variante 6+2 wird so ohne Mehrkosten eine bevölkerungsnahe, dezentrale Schulstruktur mit hoher Schulqualität erreicht.
Dr. Markus Hösli votiert für die Variante 6+2 mit optimiertem Einzugsgebiet Haslen und Leuggelbach für den Schulstandorts Hätzingen.

Wortmeldung von Maya Luchsinger, Oberhaslen 19, 8773 Haslen
Die IG Zukunft Schulen unterstützt den Antrag der SP Glarus Süd zum Traktandum 5a, beziehungsweise das Modell 9+3 für viel Jahre.
Dieser Antrag erfüllt Hauptziele der IG. Die IG will lebendige Dörfer und deshalb die Kinder im Dorf behalten. Wenn die Kinder in der Dorfgemeinschaft verankert sind, wird

gleichzeitig auch einer späteren Abwanderung vorgebeugt. Die Dorfschulen gehören zur wichtigsten Infrastruktur was die Attraktivität einer Wohngemeinde angeht. Wenn diese wertvolle Infrastruktur nun kaputtgespart wird, können in Zukunft auch keine neuen Steuer-zahler, bzw. Zuzüger gefunden werden. Das Gegenteil wird eintreten, eine höhere Abwanderung wird eintreten, weil das, was ein wertvolles Dorfleben ausmacht, verloren gegangen ist. Dieser Negativspirale kann die Gemeindeversammlung heute Abend entgegenwirken.
Es stellt sich die Frage, weshalb die Gemeindeversammlung auch dem Moratorium zustimmen soll? Mit einem ja zum Moratorium unterstreicht die Gemeindeversammlung die Forderung nach einem partizipativen Prozess. Die Bevölkerung muss in den Entwick-
Mit den Worten „wir sind Glarus Süd – packen wir es gemeinsam an" plädiert Maya Luchsinger dem Modell 9+3 und dem Moratorium von vier Jahren zuzustimmen.

Wortmeldung von Andrea Bernhard, Jennihoschet 8, 8773 Haslen
Andrea Bernhard beantragt im Namen der Grünliberalen Glarus Süd (GLP) den Antrag der SP zu unterstützen. Sie wollen mit folgenden Begründungen kein Schulstandortmodell 6+2:
Das vorgeschlagene Modell 6+2 ist nicht weitsichtig. Der Gemeinderat will einen Beschluss zu den Schulen erhalten, ohne selbst über eine klare Strategie zu verfügen, wo hin es mit der Gemeinde und den Dörfern in Zukunft gehen soll. Was haben dann die Schulen in Zukunft für einen Stellenwert? Aus Sicht der GLP ist es falsch jetzt Schulen schliessen zu wollen, ohne diese Fragen beantwortet zu haben, basierend auf Statistiken, worin die Zuzüger nicht berücksichtigt sind und die Zukunft somit auch nur ungenügend abgebildet ist. Bevor man bei wenigen Kindern gleich Schulen schliesst, müssten zuerst alternative Schulsysteme geprüft werden. Kleine Klassen bilden für die Bildungsqualität keine Nachteile, dies gemäss Aussagen eines Kollegen von Andrea Bernhard der Lehrer ist.
Ebenfalls fraglich ist das Thema Solidarität. Mehr oder weniger freiwillig haben die Gemeinden vor ein paar Jahren fusioniert. Es hiess damals, man wolle lebendige Dörfer beibehalten. Doch jetzt will der Gemeinderat genau das Gegenteil machen und wie das Beispiel im Srnftal zeigt, nur eine Schule lassen. Aus Sicht der GLP ist es nicht solidarisch jetzt vieles auf Schwanden zu zentralisieren und damit u.a. die Schulplanung zu vereinfachen. In den alten Gemeinden ist das auch gegangen und mit dem Spareffekt von Fr. 125'000.- pro Jahr ist das zu verkraften. Aus Sicht der GLP Glarus Süd sollte in der Bildung zuletzt gespart werden. Andrea Bernhard ersucht im Namen der GLP Glarus Süd den Abänderungsantrag der SP zuzustimmen.

Wortmeldung von Barbara Dürst-Zehnder, Klausenstrasse 12, 8783 Linthal
Frau Dürst ist aufgefallen, dass man die Schüler von Haslen nach Schwanden bringen möchte, damit man dort mehr Schüler hat. Wenn sie das machen, hat man hinten gar nichts. Das hilft weder Hätzingen noch Linthal. Was danach kommt weiss man nicht, in vier bis fünf Jahren stimmen wir wieder ab und dann wird vielleicht die nächste Schule geschlossen. Deshalb ist es wichtig, wenn schon Haslen geschlossen wird, dass diese Schulkinder nach Hätzingen in die Schule gehen und dann nach Linthal in die Oberstufe, damit man dort noch eine Oberstufe behalten kann. Frau Dürst befürchtet, dass es Linthal gleich ergeht wie dem Sernftal und daraus das Modell 4+1 resultiert, das nicht gewünscht wird. Deshalb ist es wichtig, dass die Schulkinder von Halsen nach hinten nimmt und nicht nach vorne. Hat sich schon jemand überlegt, ob man die Schwandner nach hinten nehmen kann, ev. nach Haslen? Irgendwo hat Frau Dürst gehört, dass von grösseren

Ortschaften Schulkinder in kleinere Ortschaften in die Schule müssen und nicht umgekehrt, dass alle an einen zentralen Standort müssen.
Der Vorsitzende fragt Frau Dürst ob sie mit Ihrem Votum den Antrag von Dr. Markus Hösli unterstütze. Frau Dürst bejaht dies grundsätzlich und ergänzt ihr Votum mit der Überlegung, vielleicht könnte man auch die Diesbacher Schüler nach hinten nehmen, falls es in Hätzingen wieder einmal genug Schüler hat oder dass die Klassengrössen besser ausgeglichen sind oder wenn es einfach mehr Schüler hat.

Wortmeldung von Ruth Hefti-Schärer, Schwändibergstr. 3, 8784 Braunwald
Ruth Hefti beantragt im Namen der FDP Glarus Süd dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und für das Schulmodell 6+2 unverändert anzunehmen. Fakt ist, dass in den letzten 14 Jahren die Schülerzahlen in Glarus Süd fast halbiert wurden. Da muss man reagieren und es muss nach neuen Lösungen gesucht werden, dies liegt auf der Hand. Die Finanzlage der Gemeinde Glarus Süd wurde kurz vorher im Detail erläutert und sie lässt es nicht zu, dass man dieses Thema länger aufschiebt und verschiebt. Aber die künftigen Strukturen müssen so angepasst sein, dass die Mittel bei den Kindern ankommen und nicht irgendwo in teuren Strukturen versanden. Wir können auch keine Strukturen erhalten, in der Hoffnung wir hätten wieder mehr Einwohner. Diese Hoffnung besteht schon seit einigen Jahren und hat sich leider noch nicht erfüllt. Sollte dann doch die Trennwende aufgrund eines Siedlungsdruckes kommen, müsste die Situation dann neu beurteilt und Massnahmen ergriffen werden. In dieser Schuldebatte muss das oberste Ziel doch sein, für die Zukunft unserer Schüler, eine zeitgemässe und zukunftsorientierte Schulbildung zu bieten, welche den wachsenden Anforderungen unserer schnelllebenden Zeit auch gerecht wird. Kleine Schulen sind super, aber irgendwann sind sie einfach zu klein, um ein optimales Umfeld und Angebot zu bieten. Auch mit Schulfusionen sind wir noch meilenweit entfernt von grossen Schulagglomerationsgemeinden oder städtischen Gebieten, wo man 26 und mehr Kinder in einer Klasse unterrichtet. Ruth Hefti tun die Kinder Leid, welche alleine oder nur noch zu zweit in einem Jahrgang in einer Schule sind und kaum noch ‚Gspändli' haben, mit denen sie noch spielen können. Kinder brauchen ein Umfeld, wo sie sich messen und sich mit gleichaltrigen austauschen und sich mit gleichaltrigen Kinder vergleichen können. Sie müssen lernen sich zu behaupten und durchzusetzen. Dies sind ganz wichtige Sozialkompetenzen, welche neben einem guten Schulangebot genauso wichtig für die Entwicklung der Kinder sind. Man tut so, als ob es das grauenhafteste der Welt wäre, wenn man mit dem Bus zwei bis drei Dörfer in eine andere Schule fahren muss. Die Kinder haben damit überhaupt kein Problem, die finden das nämlich total lässig. Wer damit ein Problem hat, sind die Eltern. Die Kinder gewöhnen sich dran. Da geht man ein bis zwei Mal mit und dann ist das kein Problem mehr. Im Tessin gibt es das sogenannte Vorschulmodell schon seit Jahrzenten, wo die Kinder bereits mit 3 Jahren hingehen. Die Kinder werden aus den kleinsten Tälern und den kleinsten Dörfern mit Bussen abgeholt und das ist absolut kein Problem, im Gegenteil. Das Tessin ist stolz auf dieses Modell, man sagt den Kindern ‚super, jetzt seid ihr schon so gross und könnt mit dem Bus in den Kindergarten oder in die Schule'. Das macht sie stolz und stärkt ihr Selbstwertgefühl. Bei uns sagt man ‚Jesses Gott ihr seid so arm, jetzt müsst ihr ins Tal oder in das nächste Dorf in die Schule'. So gehen die Kinder schon mit ganz negativen Gefühlen in diese Schule, was nicht gerade aufbauend ist. Nicht zuletzt ist die Schulzusammenlegung auch förderlich für den Zusammenhalt in unserer Grossgemeinde. Wenn die Kinder schon viel früher dorfübergreifend miteinander in Kontakt kommen, kann das nur förderlich sein für ein Miteinander in unserer neuen Grossgemeinde. Zum Argument „ohne Schulen

haben wir keine Neuzuzüger": Wir haben diese Schule in den letzten Jahren gehabt, und sind neue Leute gekommen? Per Saldo hat die Gemeinde Glarus Süd immer weniger Kinder und immer weniger Leute. Offenbar liegt das nicht an den Schulen, die Probleme liegen irgendwo anders und man kann nicht einfach nur immer hoffen, dass es irgendwann doch besser wird.
Es ist sicher klar, dass bei Eltern, die einen anderen Wohnort wählen, die Schule ein riesiges Thema ist. Aber in diesem Thema stellt sich auch die Frage, was bietet eigentlich diese Schule? Nur die Schule im Dorf zu haben nützt nichts, wenn sie den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Das muss man sich auch einmal gut überlegen. Wir können das Rad nicht zurückdrehen. Wir benötigen für unsere Kinder zeitgerechte Schulen mit den entsprechend Angeboten. Wenn das schulische Angebot stimmt, kommt es nicht auf den Standort drauf an. Ruth Hefti appelliert, dem Antrag des Gemeinderates mit dem Modell 6+2 mit einer zeitgemässen Schulbildung unverändert zuzustimmen.

Wortmeldung von Josef Fischli, Dorfstrasse 109, 8773 Haslen
Josef Fischli bezieht sich zuerst auf die Ausführungen zur finanziellen Lage der Gemeinde, damit hätte die Gemeinde eigentlich gar kein Anrecht um Investitionen zu tätigen, es müsste darauf verzichtet werden, hierbei vertraut er aber auf die Sachverständigen, und wünscht bei dieser Gelegenheit dem Vorsitzenden ein Landammenmehr bei der Wahl zum Ständerat. In der Schulmodellfrage unterstützt er die IG für das Modell 9+3 mit einem vierjährigen Moratorium. Er bezeichnet die Ausführungen im Memorial als mangelhaft, es fehlen ihm die Kosten, die ein Schulstandort ausgeben darf. Die Lehrer würden sich an die Leitplanken halten und etwas daraus machen. Es freut ihn, dass junge Leute das aktive Dorfleben am Leben erhalten wollen. Die Fehler im Unterland werden behoben, indem Quartierschulen angestrebt werden und in Glarus Süd wollen diese geschlossen werden. Er blickt als ehemaliger Vizepräsident der Kreisschule Oberstufen und Schulrat von Haslen zurück. Vor 20 Jahren wurde der Schulhausneubau beschlossen, Haslen hat eine intakte Schule mit Turnhalle, einen intakten Kindergarten und eine intakte Gesellschaft. Als Ladenbetreiber sieht er sich als seelenverwandt mit den Schulen, ebenfalls vom Aussterben bedroht. Er glaubt nicht ganz an die Zahlen im Memorial, weil die Zuzüger nicht berücksichtigt sind. Zudem sollte in der Raumplanung attraktives Wohnen (Bauland) aufgenommen werden. Dass die Hasler Kinder sich nach Hätzingen orientieren sollen ist völlig falsch, die Hasler orientieren sich nach Schwanden, das war schon immer so. Die Oberstufe wird in Schwanden besucht und die Schulkinder meistern ihren Weg selber ohne Schulbus und sind im Nebeneffekt kerngesund. Er befürchtet, dass Kosten entstehen, die noch nicht eingerechnet sind. Er sieht nicht ein, dass eine Schule mit 60 Primarschülern und einem gut funktionierenden Kindergarten und einer einwandfreien Infrastruktur geschlossen werden soll, was soll mit den Gebäuden passieren? Ev. müsste den Patenschaften für Berggemeinden Beiträge zurückbezahlt werden. Der Rektor der ETH hat via Radio verkündet, dass nicht das Schulsystem, nicht die Schulgrösse und nicht das Schulbuch wichtig für eine gute Schulqualität sei, sondern motivierte Lehrer, dies ist mit dem Antrag 9+3 für vier Jahre am besten möglich. Josef Fischli hat bereits zwei Fusionen miterlebt und in diesem Zusammenhang verschiedene Versprechungen gehört, die nicht eingehalten werden konnten. Josef Fischli appelliert auf klein aber fein mit dem Modell 9+3 mit einem Moratorium auf vier Jahre.

Wortmeldung von Gemeinderätin Irena Zweifel Schiesser
Irena Zweifel Schiesser nimmt Bezug auf zwei Punkte: Alle Schulstandorte möchten beibehalten werden, egal zu welchen Kosten. Bei den Kosten ist nicht nur Geld sondern auch Qualität gemeint. Bleibt man beim Schulmodell 9+3 muss dennoch gespart werden. Dieser Spardruck wird sich auf die Lehrpersonen auswirken. Es gilt die Folgen zu bedenken, wenn immer grössere Klassen mit tieferen Pensen der Lehrpersonen geführt werden müssen, wirkt sich das auf die Qualität aus und gleichzeitig wird der Druck auf den Lehrpersonen höher, da es keine Mehrklassenentlassungen mehr geben wird. Es ist zu befürchten, dass sich der immer höher werdenden Druck auf die Lehrpersonen über kurz oder lang auf die Schulqualität auswirken kann. Diese Bedenken sollten in die Entscheidung zur Schulmodellwahl mit einfliessen. Die IG betont immer wieder den Wunsch der Mitwirkung in der Schulplanung, dieser Wunsch wird verstanden. Hierbei gilt es zu bedenken, dass der Gesetzesrahmen sehr eng und sehr komplex ist und es deshalb schwierig ist zu versuchen, die Schulen mit vielen kreativen Ideen günstiger zu machen. Möchte man Spezialschulen mit musischen oder sportlichen Schwerpunkten, macht dies Sinn, wenn genügend Kinder da sind, auf welche dieses Angebot zugeschnitten ist. Glarus Süd braucht eine qualitativ gute Volksschule für alle, damit eine breite Entwicklung möglich ist. Es nützt einem angehenden Mechaniker oder kaufmännischen Angestellten nichts, wenn er in einer Spezialschule im musischen Bereich speziell gefördert wurde. Schlussendlich möchte man eine vielfältige Schule, welche die Bedürfnisse der Schüler abdeckt. Die Schule bietet aus dem Sparwillen heraus wenig Raum für kreative Ideen, auch wenn die kreativen Ideen gefallen würden.

Wortmeldung von Gabriel Schiltknecht, mittlerer Höhenweg 5, 8784 Braunwald
Gabriel Schiltknecht geht auf die pädagogischen Aspekte ein. Der Lernerfolg von Schülern im Mehrklassenunterricht sei gemäss wissenschaftlichen Studien, sowohl im fachlichen, wie auch im sozialen Bereich um einiges besser als bei reinen Jahrgangsklassen. Diese Erkenntnis wurde anlässlich einer Weiterbildung, woran über 400 Lehrpersonen teilgenommen haben, von einem anerkannten Didaktikprofessor bestätigt worden. In der Stadt Zürich und einigen Orten im Kanton Zürich wurden bewusst Mehrklassenschulen mit drei Jahrgängen eingerichtet, die nicht knapp an Schülern sind. In England, Schweden und Deutschland werden solche Schulen mit Erfolg geführt. Es schadet nicht, manchmal über den Zaun zu schauen und Erkenntnisse von anderen zu nutzen oder aus Fehlern zu lernen. Es mag sein, dass es in anderen Kantonen noch lange dauert, bis dieses System flächendeckend wieder eingeführt wird, dies mag mit der Reformmüdigkeit der Stimmbürger zusammenhängen und es bringt Mehrarbeit für die Lehrer. Untersuchungen haben gezeigt, dass ein gutes Lehrerteam mit erfahrenen Lehrpersonen und nicht nur mit jungen und verhältnismässig günstigen und häufig wechselnde Lehrpersonen, Schulen ergeben, die erfolgreich arbeiten. Selbstverständlich ist es wichtig, dass die Schulleitungen die Initiativen und die Kreativität von Lehrern unterstützt. Glarus Süd hat die idealen Voraussetzungen dazu und deshalb appelliert Gabriel Schildknecht, das Modell 9+3 und dem Moratorium, dies ist gemessen an der langen Geschichte der Glarner Schulen eine äusserst kurze Zeit, um profilierte gute Schulen auch wieder wachsen zu sehen.

Wortmeldung von Alexander Stuber, Hotel Tödiblick, 8784 Braunwald
Alexander Stuber ist parteilos und spricht im Namen vom Dorf Braunwald, das mit dem Modell 6+2 ihre Schule vorläufig behalten darf. Er unterstützt das Modell 9+3 mit Moratorium. Er führt in seinem Hotel den Mittagstisch und erhält so Einblick in das

soziale Verhalten der Schüler. Er beobachtet wie Schüler der sechsten Klasse ohne Aufforderung Kindergartenkinder beim Essen oder zur Schule gehen unterstützen. In Braunwald gehen Kinder vom Tal zur Schule, die pädagogische Unterstützung benötigt hätten und in Braunwald nun die Schule besuchen und so zu sagen „genesen" sind und wertvolle Mitglieder der Gesellschaft werden. In Braunwald gehen auch hochbegabte Schüler zur Schule die entsprechend gefördert werden. Auch diese Kinder haben in einer kleinen Schule mehr Chancen. Mit diesen Argumenten entgegnet er den Argumenten von Brigitte Weibel insofern, dass kleine Schulen durchaus Vorteile haben. Dass eine Mehrklassenschule hohe Anforderungen an die Lehrer stellt ist richtig, dass hierfür Junglehrer nicht geeignet sind erachtet er als eine nicht kompetente Aussage. Seine drei Töchter gehen ins Gymnasium, zwei möchten den Lehrerberuf erlernen. Beide haben schon in Mehrklassenschulen geschnuppert und möchten in einer solchen Schule unterrichten. Er hört immer wieder die Erziehungsdirektion oder der Bund erlässt Vorgaben, er ist der Meinung, die Legislative bestimmt was das Volk will. Er hört, wenn man die Schulen so behalten will, müssen wir das auch bezahlen – das ist bereits heute so. Egal welches Schulsystem gefahren wird, die Bezahlung erfolgt durch Steuergelder aus dem Volk. Derselbe Gemeinderat prognostiziert, dass Lehrerstellen gestrichen werden und derselbe Gemeinderat stellt Schulleiter ein. Für ihn geht das nicht auf. Alexander Stuber appelliert für das Schulmodell 9+3 und das Moratorium.

Wortmeldung von Martin Günsche, Dorfstrasse 14, 8784 Braunwald
Martin Günsche beantragt in seinem und im Namen seiner beiden Töchter den Antrag der SP und Grünen zu unterstützen. Er wäre nicht in Glarus Süd wohnhaft, wenn es in Braunwald keine Schule gäbe. Studien belegen, je länger der Schulweg, je schlechter der Schulerfolg.

Wortmeldung von Departementsvorsteherin Brigitte Weibel
Brigitte Weibel tritt auf offene Fragen ein. Die Hoffnung, dass die Gemeinde Glarus Süd weiter wächst hegt auch der Gemeinderat und setzt sich dafür ein. Wichtig ist ebenso, dass die Steuern tief bleiben und Arbeitsplätze vorhanden sind. Besucht man die Gebäulichkeiten der Elektrolux, tut es einem Leid, wenn man die leeren Büroräume sieht. Wer der Meinung ist, Glarus Süd wachse schnell wieder, wird enttäuscht, im Richtplankonzept, abgestützt auf die Prognosen vom Bund bis 2035, wird gerechnet, dass ca. 1400 Einwohner mehr in Glarus Süd wohnhaft sein werden. D.h. 10 Kinder pro Jahr mehr, d.h. anstelle der bisher 65 Geburten pro Jahr ca. 75 Geburten pro Jahr. Beim Start der Gemeinde Glarus Süd gab es ca. 100 Oberstufenschüler pro Jahrgang. So schnell kann dieser Wert nicht aufgeholt werden. Wenn im nächsten Jahr drei Einwanderungsinitiativen zur Abstimmung stehen und diese angenommen werden, gehen die Zahlen sogar noch zurück. Zum Votum von Herr Schiltknecht zeigt sie sich erleichtert, wenn es ihn nicht belastet, wenn Stellen und Pensen abgebaut werden, hierbei macht sich die Schulkommission anscheinend zu viele Gedanken und Sorgen. Zum Antrag von Herr Dr. Hösli und Barbara Dürst wird erklärt, dass die Schulkommission ein Modell geprüft hat, bei dem die Nidfurner-, Hasler- und Leuggelbacher Kinder nach Hätzingen gegangen wären. Die Diesbacher Kinder wären bei diesem Modell vermutlich nach Linthal gegangen. Die Schulkommission hat sich schlussendlich für das heute vorgeschlagene Modell entschieden. Dafür waren folgende Gründe ausschlaggebend: Das Freizeitverhalten der Hasler Kinder, die Aufteilung der Oberstufe ½ Klasse nach Schwanden, ½ Klasse nach Linthal und die grosse Distanz des Kindergartens zur Primarschule für den Turnunterricht. Die Schulkommission ist der Ansicht, ihr Modell

trage den verschiedenen Umständen besser Rechnung. Nach einer langen Debatte liegt der Entscheid nun bei der Gemeindeversammlung. Der Gemeinderat hat vor einem Jahr entschieden, dass die Gemeindeversammlung bei diesem Entscheid das letzte Wort haben soll, der Gemeinderat vertraut darauf, dass die Gemeindeversammlung verantwortungsvoll und im Sinne einer guten Bildung für die Kinder und ebenfalls im Sinne einer fortschrittlichen und modernen Gemeinde, eine gute und weise Entscheidung treffen wird.

Wortmeldung von Gabriel Weber, Dorfstrasse 134, 8773 Haslen
Gabriel Weber bezieht sich auf den Antrag des Moratoriums der IG Zukunft Glarus Süd, das in der Dauer von acht auf vier Jahre verkürzt wird. Zudem nimmt er Bezug auf den dritten Teil des Antrages der IG Zukunft Glarus Süd, welcher den aktiven Einbezug der Bevölkerung im Thema Schulentwicklung fordert. Dabei bezieht er sich auf die finanzielle Situation der Gemeinde - zuviel Infrastruktur und zuwenig Steuersubstrat. Will dieser Missstand behoben werden, bleiben zwei Möglichkeiten: 1. Das Steuersubstrat wird der Infrastruktur angepasst, d.h. ein Wachstum auf ca. 12'000.- Einwohner. Mit dem Siedlungsdruck könnte dies in den nächsten 10 Jahren möglich sein und die Infrastruktur muss dafür bereit sein. 2. Die Infrastruktur wird dem Steuersubstrat angepasst – sogenannte Schrumpfungsstrategie. In der Umsetzung würde man sich auf die Zentren konzentrieren, reduzierte Infrastrukturen und wahrscheinlich reduzierte Einwohnerzahl. Diese unterschiedlichen Möglichkeiten müssen in der Richt- und Zonenplanung aufgenommen, bzw. berücksichtigt werden. Egal wie die Entscheidung ausfällt, sie wird viel kosten, Anstrengungen fordern und muss vom Steuerzahler getragen werden. Ohne aktive Einbindung der Bevölkerung in diese Strategie, wird an der Zukunft gebastelt und nicht gestaltet. Die Finanzplanung der Gemeinde zeigt, dass etwas geändert werden muss und er fordert auf, sich aktiv zu beteiligen. Die Forderung der IG ist nichts Aussergewöhnliches, Gabriel Weber verweist auf die Partizipation gemäss Art. 8 der GO und appelliert um Unterstützung seiner beiden Anliegen.

Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti
Verweist in Bezug auf das Moratorium auf den Antrag des Gemeinderates gemäss Traktandum 6, worin die Kompetenz über den Bestand für Schulstandorte der Gemeindeversammlung übertragen wird. Mit dieser Lösung wird zeitlich keine Einschränkung vorgegeben, jedoch ist die Handlungsfähigkeit beim Moratorium eingeschränkt.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Memorial Seite 20
Das vorgeschlagene Modell 6+2 beinhaltet die Vorgaben des Eingangs erwähnten Massnahmenplans. Zudem ist damit eine verbesserte Planungssicherheit nicht nur für die Schulbehörde, sondern auch für Eltern, Kinder und Lehrpersonen gegeben. Die GPK unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung 6+2 / 6+2 optimiert
Das Schulmodell 6+2 wie vom Gemeinderat beantragt, wird dem Schulmodell 6+2 optimiert, beantragt von Dr. Markus Hösli unterstützt von Barbara Dürst. gegenübergestellt.
Das Abstimmungsergebnis wird ausgezählt:
314 Stimmen entfallen auf 6+2 und 231 Stimmen entfallen auf 6+2 optimiert.
Somit obsiegt 6+2 unverändert.

Abstimmung 6+2 / 9+3
Das Schulmodelle 6+2 (unverändert) wird dem Schulmodell 9+3 gegenübergestellt.
In der Abstimmung unterliegt das Schulmodell 6+2 dem Schulmodell 9+3. Das Abstimmungsergebnis kann deutlich abgeschätzt werden.
Somit ist das Schulmodell 9+3 beschlossen.

Abstimmung 3 Moratorium
Der Antrag des Gemeinderates auf Ablehnung des Moratoriums wird dem Antrag der IG Zukunft Schulen Glarus Süd mit der verkürzten Dauer auf 4 Jahre gegenübergestellt.
In der Abstimmung obsiegt der Antrag der IG Zukunft Glarus Süd mit dem Moratorium, die Schulstandorte während der nächsten 4 Jahre zu belassen, wie sie aktuell bestehen. Das Abstimmungsergebnis kann deutlich abgeschätzt werden.
Somit ist das Moratorium für die nächsten 4 Jahre beschlossen.

6. Gemeindeversammlungsantrag von Stimmbürgern Änderung der Gemeindeordnung Art. 66 Abs. 2 - Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
16.04.02

6.1 Sachverhalt

In mehreren Schreiben haben im Herbst 2012 Stimmbürger zuhanden der Gemeindeversammlung den Antrag gestellt, Art. 66 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GO) wie folgt anzupassen:

'Über Änderungen im Bestand der Schulstandorte entscheidet die Gemeindeversammlung.'

Heute liegt die Kompetenz über Änderungen im Bestand der Schulstandorte beim Gemeinderat.
Gemäss Art. 35 Gemeindegesetz (GG) hat jede stimmberechtigte Person das Recht, der Vorsteherschaft Anträge über Gegenstände einzureichen, die in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung oder an der Urne fallen. Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 14. Februar 2013 die genannten Anträge in diesem Punkt als rechtlich zulässig eingestuft. Gemäss Art. 17 Abs. 3 hat der Gemeinderat Anträge von Seiten der Stimmberechtigten innert zwei Jahren der Gemeindeversammlung vorzulegen. Mit Behandlung dieses Antrages an der Gemeindeversammlung vom 22. November 2013 ist diese Frist gewahrt.

6.2 Erwägungen

Der Entscheid über die Führung von Schulstandorten sowie die Anzahl der Klassen weist das Bildungsgesetz der Gemeinde zu.

Auszug aus dem Bildungsgesetz (BiG):
BiG Art. 4 Öffentliches Schulangebot
[3] Die Gemeinde legt die Standorte ihrer Schulen fest und bestimmt die Anzahl der dort geführten Klassen.
Die aktuell gültige Gemeindeordnung (GO) äussert sich zur Frage der Schulstandorte wie folgt:
GO Art. 66 Schulstandorte
[1] Soweit pädagogisch zweckmässig, wirtschaftlich tragbar und gesetzlich zulässig, werden über das ganze Siedlungsgebiet der Gemeinde Kindergärten und Volksschulklassen geführt.
[2] Über Änderungen im Bestand der Schulstandorte entscheidet der Gemeinderat.
Bereits anlässlich der Genehmigung der Gemeindeordnung (GO) durch die Gemeindeversammlung vom 23. April 2009 gab Art. 66 Abs. 2 GO zu Diskussionen Anlass. Mit 299 gegen 230 Stimmen entschied sich die Gemeindeversammlung, die Kompetenz zum Entscheid über Änderungen im Bestand der Schulstandorte beim Gemeinderat zu belassen.

Für den Gemeinderat ist mit dem beantragten Schulstandortmodell 6+2 eine Lösung gefunden, die für längere Zeit Bestand haben sollte. Er kann deshalb das Anliegen der

Stimmbürger, die Kompetenz über Änderungen im Bestand der Schulstandorte der Gemeindeversammlung zu übertragen, unterstützen.

6.3 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

6.3.1 Änderung der Gemeindeordnung Art. 66 Abs. 2 wie folgt:
„Über Änderungen im Bestand der Schulstandorte entscheidet die Gemeindeversammlung"
Der Antrag ist entsprechend abzuschreiben

6.3.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 22.11.2013

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

6. Gemeindeversammlungsantrag von Stimmbürgern Änderung der Gemeindeordnung Art. 66 Abs. 2 - Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
16.04.02

Diskussion

Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti
Dr. Thomas Hefti erklärt, dass der Gemeinderat diesen Antrag unterstützt.

Abstimmung
Dem Antrag auf Änderungen der Gemeindeordnung Art. 66 Abs. 2 wird stillschweigend und ohne Wortmeldung zugestimmt.

7. Erweiterungsbau Forst- und Feuerwehrgebäude mit Abfallsammellstelle Elm - Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 2'406'000.-

Archiv-Nummer 28.03

7.1 Einleitung

Das bestehende Feuerwehr- und Forstgebäude in Elm genügt den Anforderungen von Forst und Feuerwehr nicht. Im Zuge der Gemeindefusion wurden die Forstbetriebe des Sernftales in Elm zentralisiert. Das bedeutet, dass mehr Material, Maschinen und Fahrzeuge im bestehenden Gebäude untergebracht werden mussten. Um alles zu beherbergen ist das Gebäude jedoch zu klein, deshalb werden Fahrzeuge des Forstbetriebes dezentral in bestehenden Unterständen abgestellt. Diese Gebäude entsprechen nicht den gültigen Brandschutzvorschriften und es besteht Handlungsbedarf. Jetzt sind im vorhandenen Gebäude die Gerätschaften beider Gruppierungen untergebracht und es bleibt kaum noch Platz für das Arbeiten in der Werkstatt.
Die engen Platzverhältnisse behindern die Feuerwehr bei der Einsatzvorbereitung, beim Reinigen von Atemschutzmaterial und beim Retablieren. Das heutige Feuerwehrdepot entspricht bei Weitem nicht mehr den geltenden Richtlinien.

Mit einer Erweiterung des Platzangebotes können die Arbeitsabläufe optimiert und eine Steigerung der Arbeitsleistung erzielt werden.

Weitere Schwachstellen/Engpässe:

- Garderoben / Nasszellen erfüllen heutige Standards nicht mehr
- Hoher Energieverbrauch aufgrund schlechter Gebäudehülle
- Kleiner Treibstoffraum
- Parkplatzproblem
- Fehlende Abtrennung zwischen Magazin und Werkstatt
- Fehlender Trocknungsraum
- Fehlender Aufenthaltsraum
- Abfallsammelstelle

Diese Schwachstellen bzw. Engpässe wollte bereits die ehemalige Gemeinde Elm beheben und hat im Jahr 2008 eine Projektstudie für einen Erweiterungsbau ausarbeiten lassen. Wegen des Investitionsstopps im Zuge der Gemeindefusion hat die Gemeinde Glarus Süd diese Pendenz übernommen und das vorhandene Projekt überarbeiten lassen.

Chronologischer Verlauf

1978	Neubau Forst- und Feuerwehrgebäude
1987	Vorprojekt Aufstockung
1989	Erstellen von Mauern zur Raumunterteilung
ab 2005	Planung Erweiterungsbau des Forst- und Feuerwehrgebäudes, Aufnahme in die Investitionsplanung der Gemeinde Elm
2008	Projektstudie / Investitionsstopp aufgrund der Gemeindefusion

7.2 Projekt

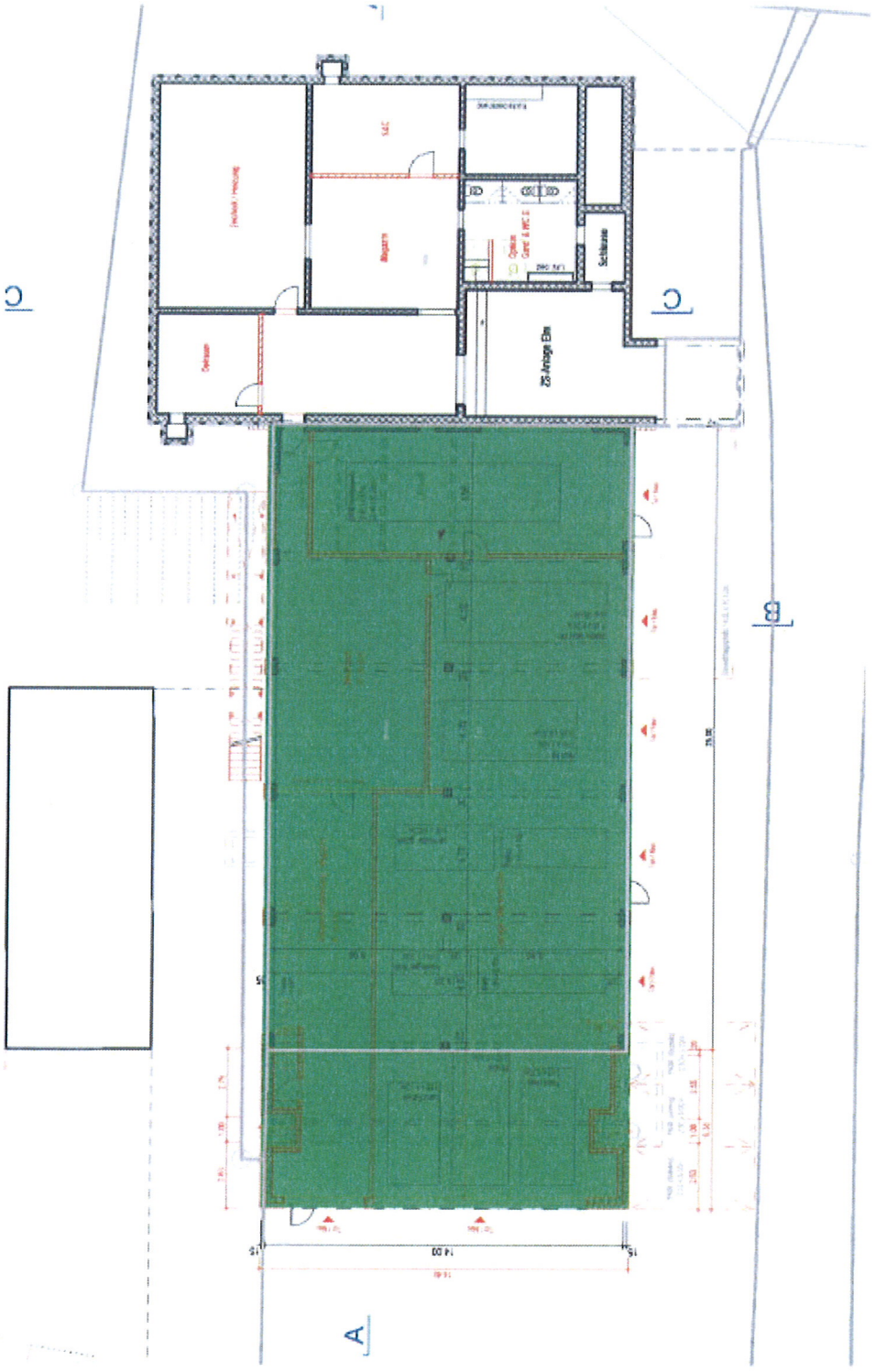
Das vorhandene Vorprojekt aus dem Jahr 2008 wurde überarbeitet. In der Projekterarbeitung waren das Ingenieurbüro des Vorprojektes und Verantwortliche von Feuerwehr und Forst involviert.

Erdgeschoss: Forstbetrieb Sernftal, SAC-Materialdepot
Obergeschoss: Feuerwehr mit direkter Ausfahrt auf die Umfahrungsstrasse, Garderobe und Büros für Forst und Feuerwehr, gemeinsamer Aufenthalts- und Schulungsraum, Mitbenützung Einsatzzentrale durch SAC
Unterstand: Abfallsammelstelle

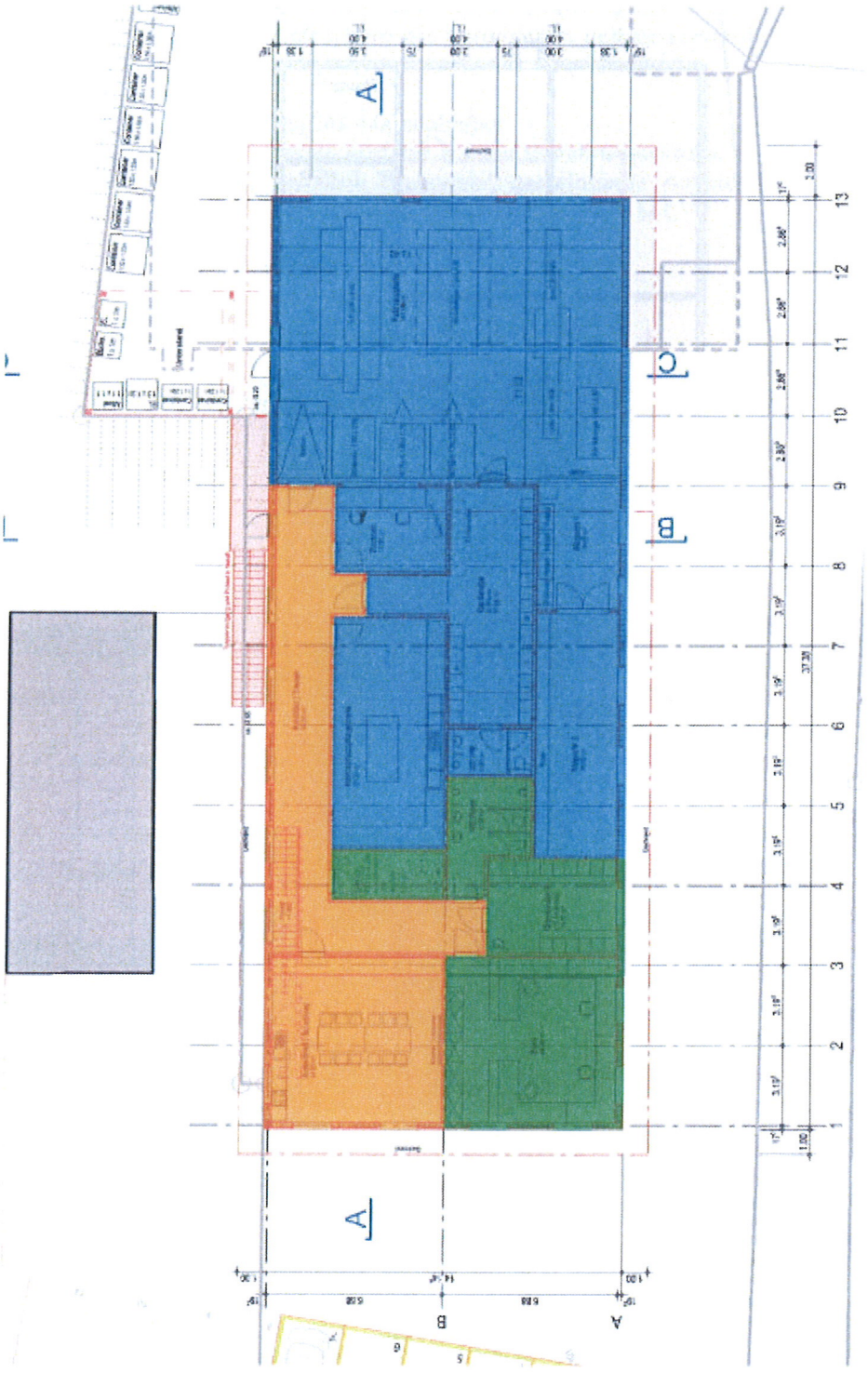
Flächen	*NGF**	*KF**	*GF****
Erdgeschoss Total	**400.0 m2**		**450.0 m2**
Forst (Plan Geschossfläche grün eingefärbt)	**400.0 m2**		**450.0 m2**
Arbeitsvorbereitung / Magazin	*60.0*		*73.0*
Werkstatt	*60.0*		*70.0*
Garage / Werkhof Elm	*280.0*		*307.0*
	400.0	*50.0*	*450.0*
Obergeschoss Total	**473.5 m2**		**530.0 m2**
Feuerwehr *(Plan Geschossfläche blau eingefärbt)*	**292.0 m2**		**322.0 m2**
Fahrzeughalle	*151.0*		*164.5*
Zentrale	*13.0*		*16.0*
Atemschutzpflegestelle	*38.5*		*41.5*
Garderobe FW	*37.0*		*39.0*
WC FW	*6.0*		*7.0*
Magazin 1	*16.0*		*18.0*
Magazin 2 (SAC-Materialdepot)	*30.5*		*36.0*
	292.0	*30.0*	*322.0*
Forst (Plan Geschossfläche grün eingefärbt)	**82.5 m2**		**94.0 m2**
Büro	*44.0*		*49.0*
Garderobe	*18.5*		*22.0*
WC Forst	*12.0*		*14.0*
Archiv (Option WC D)	*8.0*		*9.0*
	82.5	*11.5*	*94.0*
Gemeinsam genutzte Räume / Erschliessung (Plan Geschossfläche gelb eingefärbt)	**99.0 m2**		**114.0 m2**
Aufenthalt / Schulung	*44.0*		*49.0*
Korridor	*55.0*		*65.0*
	99.0	*16.0*	*114.0*

**NGF = Nettogeschossfläche, **KF= Konstruktionsfläche, ***GF = Geschossfläche*

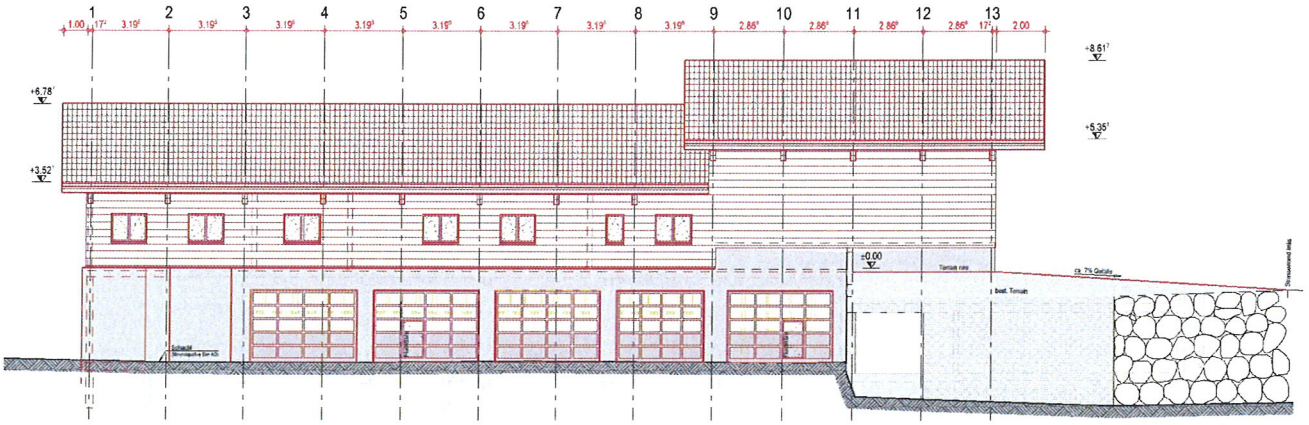
Geschossfläche Erdgeschoss (Vorprojektplan)



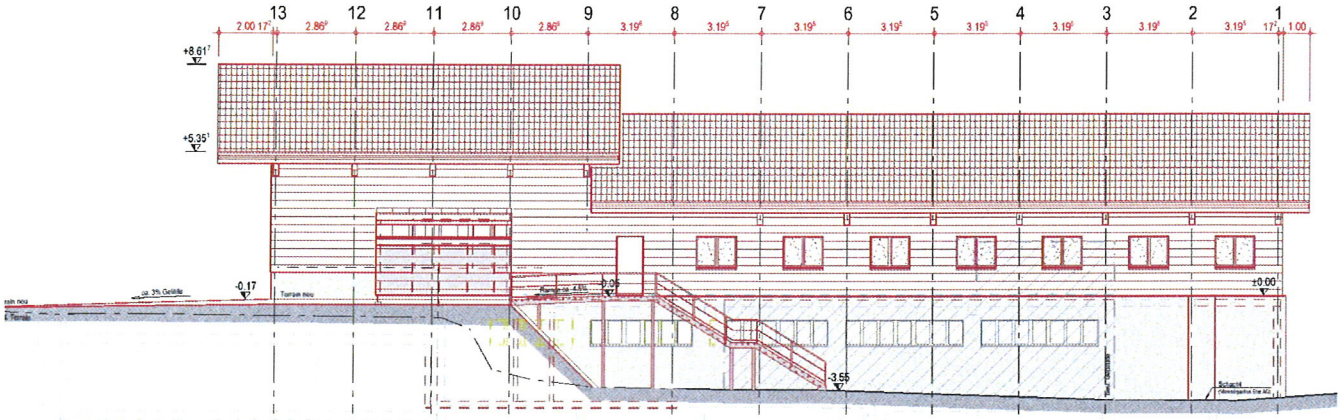
Geschossfläche Obergeschoss (Vorprojektplan)



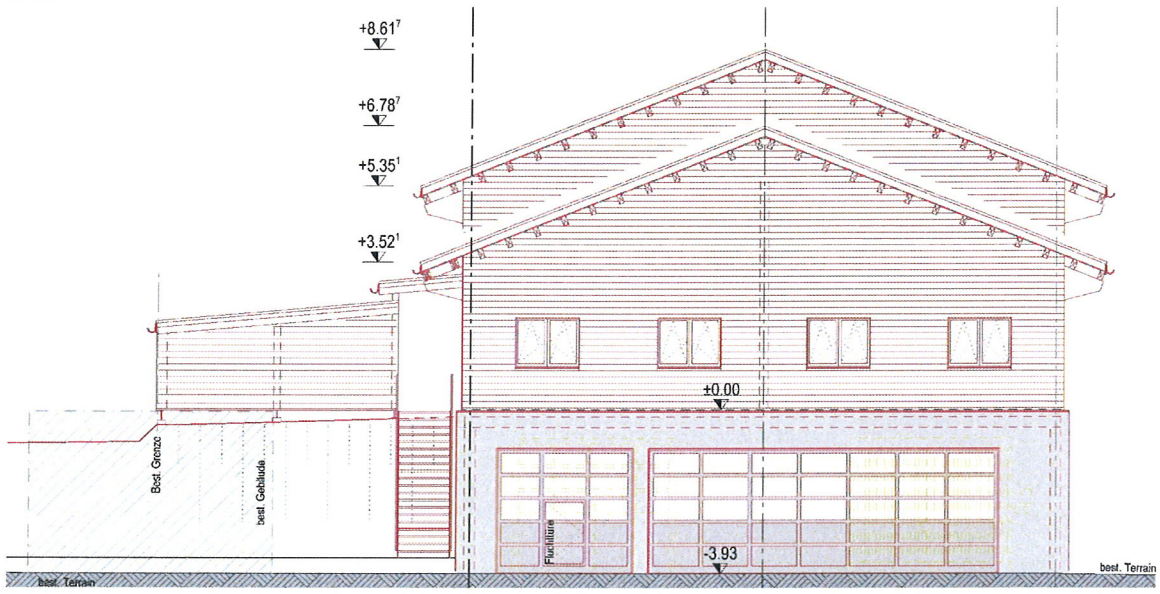
Ansicht Nordfassade



Ansicht Südfassade



Ansicht Ostfassade



7.3 Kosten

	Kosten gesamt	Feuerwehr	Forst	Sammelst.
GESAMTSUMME (exkl. MWST)	**2'223'251**	**1'051'797**	**1'126'579**	**44'875**
BAUSTELLENEINRICHTUNG	**109'275**	**54'092**	**55'183**	
Einrichten der Baustelle	82'875	41'024	41'851	
Gerüstungen und Sicherheitsnetze	26'400	13'068	13'332	
UMGEBUNG	**116'750**	**61'088**	**32'037**	**23'625**
Zufahrt EG	18'000	-	18'000	
Zufahrt OG	57'750	37'538	2'888	17'325
Aufschütten best. Terrain bis Terrain neu	21'000	13'650	1'050	6'300
Entwässerung / Kanalisation / Werkleitungen	20'000	9'900	10'100	
AUSHUB, FUNDATION, BODENPLATTE, VERSTÄRKUNGEN	**89'220**	**41'460**	**47'760**	
Arbeiten auf Terrain	54'435	26'946	27'489	
Neue Bodenplatten	34'785	14'514	20'271	
ROHBAU EG	**149'125**	**60'377**	**88'748**	
Rückbau des best. Gebäudes zum Rohbau	106'050	52'496	53'554	
Erstellen neue Wände EG	43'075	7'882	35'193	
ROHBAU OG	**333'950**	**168'028**	**165'922**	
Böden OG	12'500	3'125	9'375	
Betonbrüstungen OG	11'450	11'450	-	
Wände Holzbau OG komplett	310'000	153'453	156'547	
ROHBAU 2	**816'450**	**361'758**	**449'442**	**5'250**
Dachkonstruktion	333'250	162'363	165'637	5'250
Spenglerarbeiten	21'500	10'643	10'857	
Fenster und Türen	213'000	75'950	137'050	
Dämmungen & Äussere Oberflächenbehandlungen	43'200	7'200	36'000	
Elektroarbeiten	70'000	34'651	35'349	
Heizung, Lüftung, Kälte und Klimaanlagen	80'000	39'601	40'399	
Sanitäranlagen	55'500	31'350	24'150	
AUSBAU 1	**43'000**	**11'900**	**15'100**	**16'000**
Metallbauarbeiten	33'000	6'950	10'050	16'000
Schliessanlagen	10'000	4'950	5'050	
AUSBAU 2	**82'600**	**54'063**	**28'537**	
Bodenbeläge	20'750	16'095	4'655	
Wandverkleidungen	51'850	33'018	18'832	
Baureinigung	10'000	4'950	5'050	
BETRIEBSEINRICHTUNG	**100'000**	**49'501**	**50'499**	
gem. Annahme	100'000	49'501	50'499	
UNVORHERGESEHENES	**87'018**	**43'075**	**43'943**	
Reserve	87'018	43'075	43'943	
HONORARE UND BAUNEBENKOSTEN	**295'863**	**146'455**	**149'408**	
Übrige Baunebenkosten	87'018	43'075	43'943	
Honorare	208'844	103'380	105'464	
Zwischentotal	**2'223'251**	**1'051'797**	**1'126'579**	**44'875**
MWST	177'860	84'144	90'126	3'590
Gesamttotal	**2'401'111**	**1'135'941**	**1'216'705**	**48'465**

Die Kostenaufteilung (aufgerundet) auf Feuerwehr, Forst und Abfallsammelstelle wird wie folgt im vorliegenden Kreditantrag aufgenommen:

Feuerwehr	Fr. 1'136'000.-	hiervon 50% Subventionen (Fr. 568'000.-) durch glanerSach
Forst	Fr. 1'220'000.-	
Abfallsammelstelle	Fr. 50'000.-	
Zwischentotal	*Fr. 2'406'000.-*	
Subventionen	Fr. -568'000.-	
Total	**Fr. 1'838'000.- (inkl. MWST)**	**Verbleibende Kosten für die Gemeinde**

7.4 Erwägungen

Der Bedarf für mehr Raum ist für den Forstbetrieb und die Feuerwehr sehr hoch. Im Forstbetrieb wird mit der Zentralisierung der Geräte, Maschinen, Fahrzeuge und Mitarbeiter eine Effizienzsteigerung in der Arbeitsleistung erreicht und die Feuerwehr erhält durch die Aufstockung des Gebäudes separate Räume und eine direkte Ausfahrt zur Umfahrungsstrasse. Sowohl die Mitarbeiter des Forstbetriebes wie auch die Angehörigen der Feuerwehr erhalten den heutigen Standards entsprechende Garderoben und Nasszellen und einen Aufenthalts- bzw. Schulungsraum. Die Leitzentrale der Feuerwehr wird künftig ebenfalls von der SAC Rettungsstation Elm mitbenutzt.
Auf der Zeitachse wird diesem Projekt hohe Priorität beigemessen, deshalb sollte im Winter 2013 / 2014 mit der Detailplanung begonnen werden, damit die Ausschreibungen vorgenommen und mit dem Bau im Frühjahr / Sommer 2014 gestartet werden kann.

7.5 Kosten / Finanzierung

Der Bruttokredit von Fr. 2'406'000.- (inkl. MWST) wird über die Investitionsrechnung abgerechnet.
Forst: Die Gesamtkosten für den Forstbereich betragen Fr. 1'220'000.-. Die Abschreibungen der Kosten im Forst werden dem Forstreservefonds entnommen. Der planmässig jährliche Abschreibungsbetrag von 15% wird der Erfolgsrechnung belastet. Durch eine Entnahme aus dem Forstreservefonds in der Höhe der Abschreibung wird die Erfolgsrechnung wieder entlastet.
Feuerwehr: Die Gesamtkosten für den Feuerwehrbereich betragen Fr. 1'136'000.-, davon werden 50% durch die glarnerSach subventioniert. Die Restkosten werden über die Erfolgsrechnung planmässig abgeschrieben.
Sammelstelle: Die Gesamtkosten für die Sammelstelle betragen Fr. 50'000.-. Die Abrechnung erfolgt über die Spezialfinanzierung der Abfallentsorgung und wird durch die vereinnahmten Kehrichtgebühren finanziert.

Die Etappierung von Bauausführung und Kosten sieht folgendermassen aus:

- 2014 Fr. 1'710'000.-
- 2015 Fr. 696'000.-

7.6 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

7.6.1 Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 2'406'000.- (inkl. MWST) für den Erweiterungsbau Forst- und Feuerwehrgebäude mit Sammelstelle in Elm

7.6.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 22.11.2013

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

7. Erweiterungsbau Forst- und Feuerwehrgebäude mit Abfallsammellstelle Elm - Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 2'406'000.-

Archiv-Nummer 28.03

Diskussion

Ausführungen von Departementsvorsteher Fridolin Luchsinger
Das auf der Leinwand abgebildete Gebäude dient der Gemeinde Elm seit 1978 als Werkhof und darin waren von Anfang an, mehrere Nutzer untergebracht. Bereit 1987 dachte Elm über eine Aufstockung nach, hat aber bis 2008 gedauert, bis konkrete Planungen gemacht wurden. Darauf folgte der Investitionsstopp des Kantons, der im Zuge der Gemeindefusion über alle Gemeinden verhängt wurde. Der Gemeinderat Glarus Süd anerkennt den Bedarf der Erweiterung des Werkhofes in Elm. Insbesondere auch darum, weil neu alle Mitarbeitende und Fahrzeuge des Forstes vom Revier Sernftal in Elm stationiert sind. Die Aufteilung Forst / Feuerwehr kann der Geschossfläche im Memorial und auf der Leinwand entnommen werden. Ein Vergleich von 1978 mit heute ist nicht möglich, es sind deutlich mehr Fahrzeuge vorhanden und der Winterdienst hat ganz andere Dimensionen angenommen. Zudem ist es für den Winterdienst unumgänglich, geheizte Räume zur Verfügung zu haben. Das Untergeschoss dient neben der bereits bestehenden Zivilschutzanlage allein dem Forst- und Werkdienst. Dem Plan der Geschossfläche des Obergeschosses ist in grün ersichtlich, welche Räume für den Forst vorgesehen sind. Die orange eingefärbten Räume dienen einer gemeinsamen Nutzung von Forst- und Feuerwehr und die Einsatzzentrale würde zusätzlich von der SAC Rettungsstation Elm benützt. Heute ist die SAC Rettungsstation in den Räumen der Sportbahnen untergebracht. Der Bau ist mit einer Aufstockung mit einer gefälligen Holzkonstruktion geplant. Das abgestufte Gebäude würde optisch gut ins Dorfbild passen.
Gemäss Vorprojekt wird mit Kosten von ca. 1.22 Mio. gerechnet. Bei der Planung im 2008 hatte die ehemalige Gemeinde Elm vorgesehen, einen grossen Beitrag aus der Forstreservekasse zu entnehmen, dies ist gemäss HRM 2 nicht mehr möglich. Möglich ist jedoch, den jährlichen Abschreibungsbedarf der Forstreservekasse zu belasten, was um diesen Betrag die jährliche Erfolgsrechnung entlastet. Das Bauwerk wird etappiert in den Jahren 2014 und 2015 ausgeführt.

Ausführungen von Departementsvorsteherin Simone Eisenbart
Mittels Bilder auf der Leinwand kann ein Eindruck über die heutige Situation in den Räumlichkeiten des bestehenden Gebäudes vermittelt werden. Die Bilder zeigen den Ist-Zustand. Es ist gut zu erkennen, dass wenn das Feuerwehrauto ordentlich parkiert ist, der Bereitschaftsraum der Feuerwehr praktisch komplett ausgefüllt ist. Damit sich die Angehörigen der Feuerwehr für einen Einsatz umzuziehen können, muss zuerst das Feuerwehrauto hinausgefahren werden, damit sie zur Bekleidung gelangen. Ebenso muss vorgegangen werden, wenn das Atemschutzmaterial gereinigt werden muss. Diese Prozesse sind mühsam und umständlich.

Damit die Angehörigen der Feuerwehr zur Toilette gelangen, welche sich im Forstteil befindet, müssen sie aussen um das Gebäude herum, damit sie ins Forstgebäude gelangen.
Der Aufbau eines zweiten Geschosses, ermöglicht nicht nur eine Optimierung der Abläufe sondern ermöglicht Synergien und beherbergt alle Blaulichtorganisationen unter einem Dach. Die Feuerwehr muss schnell einsatzbereit sein, wenn es brennt zählt jede Sekunde. Der Obergeschossplan zeigt im blau eingefärbten Teil, dass genügend Abstellmöglichkeiten für die FW-Fahrzeuge und eine direkte Ausfahrt auf die Umfahrungsstrasse vorgesehen ist, zudem ein Büro für die Zentrale, die gleichzeitig auch der Alpinen Rettung Schweiz dient, Garderoben, Atemschutzpflegestelle, Magazin 1 und 2 sowie ein WC-Bereich. Der orange eingefärbte Teil zeigt Synergiennutzung zwischen Forst und Feuerwehr beim Aufenthalts- und Schulungsraum, was durchaus Sinn macht. Der grün eingefärbte Teil zeigt die Arbeitsplätze, Garderobe und Toilette. Der neue Feuerwehrbereich wurde von der glarnerSach beurteilt und als zweckmässiges Feuerwehrgebäude für rund 50 Angehörige der Feuerwehr bezeichnet. Die Bilder der Nordfassade auf der Leinwand zeigen die Ist und die Soll Ansicht. Bei der Planung hat man sich bewusst für ein Giebeldach entschieden, damit sich das Erscheinungsbild gut ins Ortsbild von Elm einfügt. Das Vorprojekt der ehem. Gemeinde wurde als Vorlage übernommen. Die Sitzungen fanden immer koordiniert mit Vertretern aus dem Dep. Werke und Umwelt sowie dem Departement Sicherheit und Freizeit, und Feuerwehr-vertretern statt. Zudem hat die glarnerSach hat das Projekt durch den Feuerwehr-inspektor Sepp Gisler von Anfang an begleitet. Die Kosten für den Feuerwehrteil belaufen sich auf Fr. 1'136'000.- (inkl. MWST), diese werden zu 50% von der glarnerSach subventioniert. Somit verbleibt für die Gemeinde ein Restbetrag von Fr. 568'000.-. Zusätzlich trägt die glarnerSach 80% von den Zins- und Abschreibungskosten.
Fazit:

- Synergien zwischen Forst, Feuerwehr und der Alpinen Rettung Schweiz können mit der Erweiterung optimal genutzt werden können.
- Der Raumbedarf entspricht nach den heutig geltenden Richtlinien
- Die Arbeitseinsätze und -Abläufe können optimiert werden (Ernstfall/ Einsatzvorbereitung/Retablierung und Schulungen)
- Regelkonforme Lagerbedingungen für Kleider, Geräte und Fahrzeug etc. (Geräte reagieren immer sensibler auf raumklimatische Veränderungen)
- Steigerung der Arbeitsleistung (nicht alles zweimal in die Hand nehmen)

Die Situation des Forst- und FW-Gebäude hat sich mit der Zusammenlegung des Forstbetriebes des Sernftales in Elm, verschlechtert. Die Feuerwehr verliert mit der heutigen Infrastruktur kostbare Zeit, für die Rettung unserer Güter. Das Reformprojekt Feuerwehr Futura und auch die Arbeitsgruppe Feuerwehren D7, welche sich im Hinblick auf die Gemeindefusionen mit den Feuerwehren auseinandergesetzt haben, empfehlen dringend den Ausbau des Forst- und Feuerwehrgebäudes Elm zu tätigen.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Memorial Seite 30
Die GPK unterstützt den Antrag des Gemeinderates, den Bruttokredit von 2'406'000.00 Franken zur Erweiterung des Forst- und Feuerwehrgebäudes in Elm zu genehmigen. Zur Notwendigkeit stützt sich die GPK auf die Ausführungen des Gemeinderates. Die Planung wurde bereits von der ehemaligen Gemeinde Elm in Angriff genommen, weil insbesondere die Feuerwehr mehr Platz benötigt. Beim Forstbetrieb soll das Gebäude neu den Stützpunkt für das gesamte Sernftal beinhalten.

Abstimmung
Dem Bruttokredit von Fr. 2'406'000.- (inkl. MWST) für den Erweiterungsbau Forst- und Feuerwehrgebäude mit Abfallsammelstelle in Elm wird stillschweigend und ohne Wortmeldung zugestimmt.

8. Sanierung Schiessanlage Matt, Schwanden - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 600'000.-

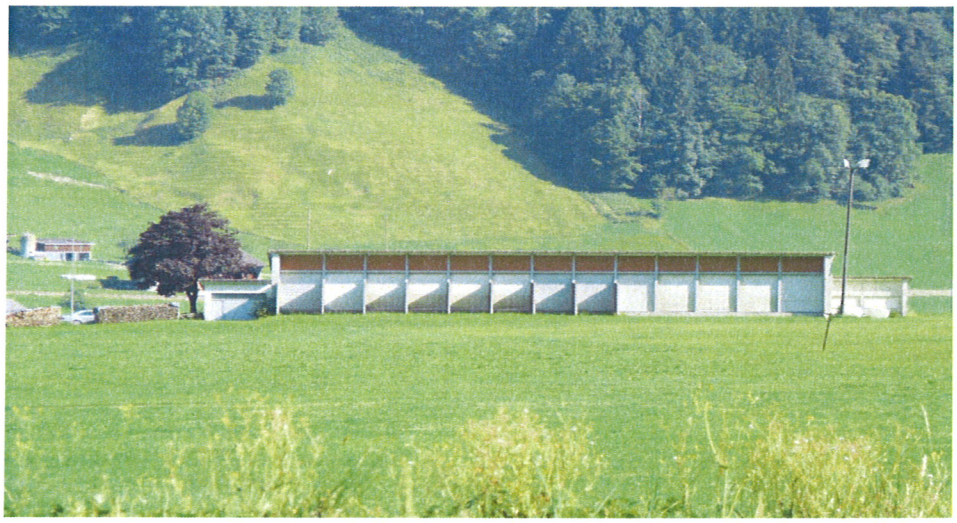
Archiv-Nummer
28.03

8.1 Sachverhalt

Der Gemeinderat hat im August 2012 beschlossen, die 300m Schiessstandorte Braunwald und Luchsingen bis spätestens 2020 zu schliessen und die Standorte Elm, Linthal und Schwanden weiter zu betreiben. Gleichzeitig erteilte der Gemeinderat den Auftrag, für die Schiessanlage Schwanden ein Sanierungsprojekt auszuarbeiten.

Der Schiessstand Matt in Schwanden ist der zweitgrösste 300m Schiessstand im Kanton Glarus. Er wurde im Jahre 1962 für die drei Schwandner Schützenvereine mit 24 handgezeigten Scheiben erstellt. 1986 wurden 16 Scheiben mit elektronischer Trefferanzeige installiert. Gemäss gültigem kantonalem Konzept für 300m Schiessanlagen, wird der Schiessstand als Regionalschiessanlage geführt und aktiv von den Schützenvereinen aus Nidfurn, Leuggelbach sowie Mitlödi/Sool genutzt. Mittlerweile ist neben der Schiessanlage, auf der seither über 1.5 Mio. Schuss geschossen wurden, auch der Schiessstand nicht mehr auf dem aktuellen Stand der Technik. Insbesondere die sanitären Einrichtungen und die Schützenstube befinden sich in einem renovationsbedürftigen Zustand.

Die ehemalige Gemeinde Schwanden hat sich bereits im Jahre 2000 mit einer Sanierung befasst und obwohl der damalige Gemeinderat sich zur Regionalschiessanlage bekannt hatte, wurde diese Sanierung nie umgesetzt.



Konzept Schiessanlagen Glarus Süd
Der Gemeinderat hat sich für den Erhalt und das Weiterbetreiben der Schiessstände Elm, Linthal und Schwanden ausgesprochen und bringt mit dem vorliegenden Antrag seinen Willen zum Ausdruck, das Schiesswesen in der Gemeinde Glarus Süd zu unterstützen. Mitgetragen wird das Vorhaben auch von der Betriebskommission der Regionalschiessanlage Matt Schwanden und den betroffenen Vereinen. Die Betriebskom-

mission war auch bei der Ausarbeitung des vorliegenden Projektes massgebend beteiligt. Die Schützenvereine von Glarus Süd und der Vorstand des Kantonalschützenvereins befürworten und unterstützten diese Sanierung.

Verpflichtung wegen ausserdienstlicher Schiesspflicht
Die Gemeinde Glarus Süd ist, wie jede andere Gemeinde, verpflichtet für die Angehörigen der Armee einen Schiessstand zur Erfüllung der ausserdienstlichen Schiesspflicht zur Verfügung zu stellen. In Anbetracht der Gemeindegrösse und Anzahl der Schützen, kann sich diese Verpflichtung nicht nur auf einen Schiessstand beziehen, weshalb die Schiessanlage in Schwanden mit den Schiessanlagen in Linthal und Elm einen wichtigen Pfleiler zur Erfüllung dieser Verpflichtung bildet.

8.2 Umfang der Sanierung

Künstlicher Kugelfang
Um die 2008 in Kraft gesetzten Umweltschutzverordnungen zu erfüllen, ist eine Sanierung des Kugelfanges notwendig. Der aktuelle Kugelfang besteht aus Rundhölzern und einem Wall, der sich ca. drei Meter hinter den Scheiben befindet. Dieser Kugelfangaufbau ist unterhaltsintensiv und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Deshalb ist vorgesehen, hinter der Scheibenanlage vom Bund zugelassene Kugelfangkästen zu montieren, worin die Geschosse gestoppt werden und in eine Schublade fallen. Die Kugelfangsanierung ist Sache der Gemeinden.

Trefferanzeige
Die Trefferanzeige ist das Herz jeder Schiessanlage, sie wurde, wie bereits erwähnt, vor 27 Jahren eingebaut und erfüllt die heutigen Anforderungen an eine Trefferanzeige nicht mehr. So kann bspw. dass Schussbild nicht genau angezeigt werden und es fehlt eine Schnittstelle, um Daten direkt zu verarbeiten. Für die 27jährige Anlage werden keine Ersatzteile mehr produziert und demzufolge ist der Unterhalt nicht oder nur noch kurzzeitig gewährleistet.

Anschluss an die Kanalisation
Mit der Erarbeitung des Sanierungsprojektes wurde festgestellt, dass die Regional-schiessanlage nicht an die Kanalisation angeschlossen ist. Diese Arbeiten sind unumgänglich und im Projekt aufgenommen.

Weitere Sanierungen

Toilettenanlage: Die heutige Toilettenanlage dient zugleich als Damen- und Herrentoilette. Es ist vorgesehen, diese Toilettenanlage zu sanieren und eine weitere neu zu erstellen. Damit werden die Vorschriften der räumlichen Trennung von Damen- und Herrentoiletten eingehalten.

Büros: Die Büros sind nicht mehr auf dem aktuellsten Stand der Technik, so ist es heute im Schiesswesen üblich, dass die Trefferanzeigen mit den Büros verbunden sind. Ein gut funktionierendes Netzwerk ist für grössere Schiessanlässe unerlässlich. Daten müssen online bezogen und Resultate direkt einem Rechenzentrum gesandt werden können.

Storen: Im Gebäude integriert sind immer noch die Originalstoren aus dem Jahr 1962. Sie lassen sich teilweise nur noch mit Mühe öffnen und schliessen und lösen hohe Unterhaltskosten aus. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Einbruchsicherheit. Schon mehrfach musste festgestellt werden, dass in den Schiessstand eingestiegen wurde.

Schützenstube: Die Kücheneinrichtung in der Schützenstube ist veraltet und erfüllt die gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr. Die Fenster werden ersetzt und die Schützenstube wird so umgebaut und saniert, dass sie und die Toilettenlagen unabhängig, d.h. getrennt vom Schiessstand benutzt werden können.

8.3 Kosten

Sanierungsarbeiten allgemein	
Baustelleneinrichtung, Vorbereitungen, Demontagen	Fr. 11'971.80
Elektroinstallationen / Sanitärinstallationen	Fr. 23'929.24
Aluminium Rollladen Elektrisch	Fr. 23'486.21
Kanalisationsanschluss inkl. Gebühren	Fr. 25'785.00
Weitere Sanierungen	
Büroräume	Fr. 19'650.25
WC-Anlagen Damen und Herren	Fr. 40'040.72
Vorraum, Lagerraum, Gewehr- und Reinigungsraum	Fr. 18'070.35
Schiessstand, Fassade, Fenster, Gewehrrechen	Fr. 23'641.95
Schiessanlage	
16 Scheiben mit elektronischer Trefferanzeige	Fr. 205'457.60
Einbau von 16 Kugelfangkasten	Fr. 81'120.00
Schützenstube	
Baustelleneinrichtung, Vorbereitungen, Demontagen	Fr. 1'660.00
Gaststube, Elektro- und Sanitärinstallationen	Fr. 23'146.65
Küchenrückwände, Einbauküche	Fr. 28'412.18
Fenster, Türen, Aluminium-Rollladen	Fr. 23'210.35
Regionalschiessanlage + Schützenstube	**Fr. 549'582.30**
Bauleitung durch die Betriebskommission	Fr. 12'000.00
Zwischentotal	**Fr. 561'582.30**
MWST. 8%	*Fr. 44'926.70*
Totalbetrag inkl. MWST Netto	**Fr. 606'509.00**
Beiträge und Eigenleistungen	
Rückstellungen in der Betriebsrechnung	Fr. 100'000.00
Kantonsbeitrag	Fr. 50'000.00
Beitrag des Glarner Kantonalschützenvereins	Fr. 5'000.00
Beiträge der Schützenvereine Nidfurn, Leuggelbach und BG47	Fr. 12'000.00
Solidaritätsbeiträge von Glarner Schützenvereinen ca.	Fr. 3'000.00
Eigenleistungen durch die Schützenvereine Nidfurn, Leuggelbach und BG47	Fr. 30'000.00
Beiträge und Eigenleistungen total	**Fr. 200'000.00**
Nettokosten z.L. der Gemeinde total inkl. MWST	**Fr. 406'509.00**

8.4 Finanzierung

Die Kosten für die Sanierung betragen Fr. 600'000.-. Die Betriebskommission Regional-schiessanlage Matt, Schwanden, wird aus Rückstellungen der Betriebsrechnung Fr. 100'000.- zur Sanierung beisteuern. Hinzu kommen Fr. 12'000.- der direkt betroffenen Schützenvereine, was etwa einem Drittel des Vereinsvermögens der betroffenen Vereine entspricht. Auch der Kantonalschützenverband hat einen Beitrag von Fr. 5'000.- gesprochen. Der Kanton beteiligt sich mit einem Beitrag von Fr. 50'000.- aus dem Militärunterstützungsfonds. Weiter ist davon auszugehen, dass noch Fr. 3'000.- als Solidaritätsbeiträge durch andere Schützenvereine an die Sanierung beigesteuert werden könnten.

Durch die Schützenvereine werden beträchtliche Eigenleistungen erbracht. Darunter fallen die ca. Fr. 30'000.- der Schützenvereine aus Nidfurn, Leuggelbach und Mitlödi-Sool, welche in der Kostenauflistung bereits berücksichtigt sind, sowie Eigenleistungen während der Projektphase von ca. Fr. 16'000.-. Das Total der Eigenleistungen von ca. Fr. 46'000.- zuzüglich der finanziellen Beiträge von Fr. 12'000.- entspricht einem Gesamtbeitrag von Fr. 58'000.-.

8.5 Ausführungstermin

Es ist vorgesehen, im März 2014 mit den Sanierungsarbeiten zu beginnen.

8.6 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

8.6.1 Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 600'000- für die Sanierung der Schiessanlage Matt in Schwanden.

8.6.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 22.11.2013

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

8. Sanierung Schiessanlage Matt, Schwanden - Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 600'000.-

Archiv-Nummer
28.03

Diskussion

Ausführungen von Gemeinderat Peter Zweifel

Der Schiessstand Matt in Schwanden ist der zweitgrösste 300m Schiessstand im Kanton Glarus, er wurde 1962 erstellt. Gemäss gültigem kantonalem Konzept der 300m Schiessanlagen, wird der Schiessstand als Regionalschiessanlage geführt und aktiv von den Schützenvereinen aus Nidfurn, Leuggelbach und Mitlödi-Sool genutzt. Mittlerweile ist neben der Schiessanlage, auf der seither über 1.5 Mio. Schuss, geschossen wurden, auch der Schiessstand nicht mehr auf dem aktuellen Stand der Technik auch die sanitären Einrichtungen und die Schützenstube befinden sich in einem renovationsbedürftigen Zustand. Gemäss Art. 133 des Militärgesetzes bzw. der entsprechenden Verordnungen, sind die Gemeinden verpflichtet, den Pflichtschützen eine 300m Schiessanlage zur Verfügung zu stellen. In Betracht der Gemeindegrösse und der Anzahl der Schützen, kann sich diese Verpflichtung nicht nur auf einen Schiessstand beziehen, deshalb bildet die Schiessanlage in Schwanden mit den Schiessanlagen in Linthal und Elm einen wichtigen Pfeiler zur Erfüllung dieser Verpflichtung. Die Gemeindeversammlung von Schwanden hat sich im Jahr 2000 für die Regionalschiessanlage bekannt und auch die im Fusionsprozess eingesetzte Arbeitsgruppe hat ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass die Regionalschiessanlage weiterhin zu betreiben sei und dringend zu sanieren ist.

Seit der Gemeindefusion ist die Ausgangslage anders. Das Schiesswesen wurde regional wie kantonal auf die Kapazitäten der betriebstüchtigen Schützenstände geprüft. Aufgrund dessen hat der Gemeinderat im August 2012 beschlossen, die 300m Schiessstandorte Braunwald und Luchsingen bis spätestens 2020 zu schliessen und die Standorte Elm, Linthal und Schwanden weiter zu betreiben. Dies bedeutet, dass in Glarus Süd zwei von fünf Standorte geschlossen werden. Gleichzeitig erteilte der Gemeinderat dem Departement Sicherheit und Freizeit den Auftrag, für die Schiessanlage Schwanden ein Sanierungsprojekt auszuarbeiten. Der Gemeinderat hat sich für den Erhalt und das Weiterbetreiben der Schiessstände Elm, Linthal und Schwanden ausgesprochen und bringt mit dem vorliegenden Antrag seinen Willen zum Ausdruck, das Schiesswesen in der Gemeinde Glarus Süd zu unterstützen. Mit den drei Standorten ist nicht nur eine optimale geografische Verteilung gegeben, sondern auch die Verteilung der Schützen sowie des Lärmpegels. Mitgetragen wird das Vorhaben auch von der Betriebskommission der Regionalschiessanlage Matt Schwanden und den betroffenen Vereinen. Die Betriebskommission war auch bei der Ausarbeitung des vorliegenden Projektes massgebend beteiligt. Die Schützenvereine von Glarus Süd und der Vorstand des Kantonalschützenvereins befürworten und unterstützten diese dringende Sanierung.

Um die 2008 in Kraft gesetzten Umweltschutzverordnungen zu erfüllen, ist eine Sanierung des Kugelfanges notwendig. Der aktuelle Kugelfang besteht aus Rundhölzern und einem Wall, der sich ca. drei Meter hinter den Scheiben befindet. Dieser Kugelfangaufbau ist unterhaltsintensiv und entspricht nicht mehr den heutigen gesetzlichen Anforderungen. Deshalb ist vorgesehen, hinter der Scheibenanlage vom

Bund zugelassene Kugelfangkästen zu montieren, worin die Geschosse gestoppt werden und in eine Schublade fallen. Diese Kugelfangsanierung ist Sache der Gemeinden.
Die Trefferanzeige ist das Herz jeder Schiessanlage, sie wurde, wie bereits erwähnt, vor 27 Jahren einbaut und deckt die heutigen Bedürfnisse an eine Trefferanzeige nicht mehr. So kann bspw. dass Schussbild nicht genau angezeigt werden und es fehlt eine Schnittstelle, um die Daten direkt zu verarbeiten. Für die 27jährige Anlage werden keine Ersatzteile mehr produziert und demzufolge ist der Unterhalt nicht oder nur noch kurzzeitig gewährleistet.
Zudem übernimmt die Herstellerfirma keine Garantie mehr auf eine zuverlässige Auswertung des Schusses. Somit ist die Anlage schlicht unbrauchbar.
Eingeschlossen in die Sanierungsarbeiten sind die Toilettenanlage mit Anschluss an die Kanalisation, Büros, Storen und Schützenstube. Hier sind nur die allernötigsten Arbeiten auszuführen. Die auf der Leinwand gezeigten Bilder sprechen für sich und benötigen keine weiteren Erklärungen
Die Ausführungen von Peter Zweifel in Bezug auf die Kosten / Finanzierung entsprechen jenen der Seite 33 im Memorial.
Es ist vorgesehen, im März 2014 mit den Sanierungsarbeiten zu beginnen.
Die meisten Anwesenden im Saal sind in einem oder mehreren Vereinen Aktiv-Mitglied.
Peter Zweifel gibt zu bedenken Sie, dass die Gemeinde Glarus Süd alle Vereine im möglichen Ausmass unterstütz, dazu gehören auch die Schützen inklusive Jungschützen.
Die drei Vereine um Schwanden warten schon lange auf diese Sanierung damit sie weiterhin ihren Sport ausüben können. Eine allfällige Rückweisung könnte eine baldige Stilllegung und somit den Rückbau, welcher ebenfalls durch die Gemeinde getätigt werden müsste, bedeuten.
Das Naherholungsgebiet in Form von Fruchtfolgefläche würde weiterhin in allen Farben blühen. Gemäss Kantonalem Richtplan könnte niemand sein Haus dort oben ins Grüne pflanzen und auch wenn die Sanierung gemacht wird, bleibt es Naherholungs-gebiet.

Wortmeldung von Peter Stengele, Alprufi 10, 8772 Nidfurn
Peter Stengele unterstützt den Antrag zur Sanierung, er ist parteilos aber nicht meinungslos und Mitglied im Schützenverein Nidfurn. Er gibt ein paar Gedanken wieder, die er sich aufgrund der Sanierung der Schiessanlage Matt gemacht hat. Im Sommer geht er jeweils auf die Matt zum Schiessen und kann mit dem Velo hinfahren und mit dabei ist sein Gewehr, das er im Anschluss an seine Dienstzeit behalten durfte. Das erfüllt ihn mit einem gewissen Stolz, denn wo auf der Welt kann man im Friedenszeiten mit einer Kriegswaffe auf dem Rücken zu einem Schiessstand fahren, mit bundessubventionierter Munition schiessen und mit den Schützenkollegen ein Bier trinken. Ihm ist kein anderes Land in den Sinn gekommen, ausser vielleicht das eine oder andere Land, welches Krieg führt. Aber an diese Länder soll heute nicht gedacht werden. Wir wohnen in der Schweiz, führen keinen Krieg und schiessen im Frieden. Er orientiert, dass in der Schweiz, gesamthaft auf allen Ständen ca. 40 Mio. Patronen verschossen werden, das ist schweizweit eine stattliche Menge und jeder Schuss ist, wie bereits erwähnt, ein Schuss im Frieden. Betrachtet man das letzte Eidgenössische Schützenfest mit ca. 40'000 Besucher, mit täglich mehreren Tausend vollbewaffneten Schützen, waren nur eine Hand voll Polizisten anwesend - diese haben den Verkehr geregelt. Die Polizisten mussten in keinem Fall den einen vom anderen Verein trennen. Jeder Schütze ist diszipliniert seinem Wettbewerb nachgegangen und das in einer Atmosphäre des Friedens. Bei einem Fussballmatch z.B. Zürich gegen Basel, wären womöglich auch ca. 40'000 Besucher, aber zudem wäre eine Brigade von Polizisten ebenfalls dort. Ganz abgesehen davon, dass

dann im Anschluss an das Spiel von den Fans die ganze Stadt kurz und klein geschlagen wird. Vor 15 Jahren bereiste Peter Stengele die USA. Dort las er in einer Zeitung, die über ein Schweizer Schützenfest berichtete: «It looks like a revolution» (Es sieht aus, wie an einer Revolution). Ja, Mittel für eine Revolution wären da gewesen, aber es wurde auf Zielscheiben geschossen. Es lässt sich auch hier wieder sagen: Jeder Schuss, ein Schuss im Frieden. Fast nicht zu vergleichen, wäre eine solche Ansammlung im Ausland, dort hätte man berechtigter weise Angst vor einer Revolution. Aber bei uns geht das, auf der Matt brauchen wir keine Angst vor einer Revolution zu haben. Zudem ist der Vereinsaspekt zu beachten, Männer und Frauen, Buben und Mädchen, Jung und Alt treffen sich im Schiessstand. Man treibt zusammen Sport - einen sehr anspruchsvollen Sport - und sitzt im Anschluss im Frieden zusammen bei einem Bier oder Most. Schon manches Paar hat sich auf dem Schiessstand gefunden, auch bei uns auf der Matt. Mit diesen Begründungen macht Peter Stengele beliebt, die Sanierung auf der Matt mit einem Ja anzunehmen.

Wortmeldung von Richard Grand, Thon 11, 8762 Schwanden
Richard Grand blickt auf das Gehörte zurück und weist auf die schlechte finanzielle Situation der Gemeinde hin. Der Steuerfuss wird erhöht und es wird gespart, gespart und gespart. Ausser an einem Ort, da scheint es eine Ausnahme zu geben und zwar bei der Schiessanlage auf der Matt in Schwanden. Hier scheinen die Kosten keine Rolle zu spielen. Der Gemeinderat beantragt für die Sanierung der Schiessanlage einen Bruttokredit von Fr. 600'000.-. Ist das eine sinnvolle, zukunftsweisende Investition für die Gemeinde Glarus Süd? Die Schiessanlage Matt liegt mitten im Wohngebiet und in einer äusserst beliebten Erholungszone und dazu gibt es in der Gemeinde Glarus Süd zwei weitere Schiessanlagen. Beide lärmschutzkonform, die eine in Elm, die andere in Linthal. Und wenn diese nicht ausreichen sollten, gibt es in Glarus noch eine Anlage, die, wie Herr Grand hat gehört hat, nicht ausgelastet ist. Der Gemeinde Glarus Süd soll mehr Sorge getragen werden, wenn man möchte, dass sie lebendig bleibt, wenn man wieder einen Aufschwung erleben möchte, dann müssten dafür gesorgt werden, dass die die Leute, die hier leben hier bleiben, dass Bedingungen geschaffen werden, womit die Abwanderung gestoppt wird und Leute zuziehen. Wenn Leute zuziehen, wollen sie Arbeitsplätze, zahlbare Wohnungen, Anbindung an den öffentlichen Verkehr, Schulen in Ihren Dörfern und Einkaufsmöglichkeiten in Ihren Dörfern. Vor diesem Hintergrund fragt sich Herr Grand, ob diese aufwendige Sanierung einer Schiessanlage ein wichtiger Standortfaktor darstellt. Sind diese Fr. 600'000.- für diese Sanierung vertretbar? Herr Grand beantwortet beide Fragen mit nein und stellt den Antrag auf Rückweisung dieses Geschäftes.

Wortmeldung von Thomas Vögeli, Huob 16, 8783 Rüti
Thomas Vögeli beantragt im Namen der FDP Glarus Süd den Antrag des Gemeinderates zu folgen, dies mit der Begründung, weil der Schiessstand keine hohen Folgekosten generiert. Die Investitionsausgaben von Fr. 600'000.- tönen nur im ersten Moment nach viel, sieht man genauer hin, sind dies einmalige Ausgaben und daran beteiligen sich zu 1/3 die schiessenden Vereine. Die Folgekosten dieser Investition sind sehr gering, weil die Schützen den Betrieb zu einem grossen Teil selber tragen, was das grosse Engagement dieser Vereine aufzeigt. Der Schiessstand Schwanden wird von den Soldaten, welche die obligatorische Schiesspflicht absolvieren müssen, benötigt. Glarus Süd hat über 300 lizenzierte Schützen und weitere zahlreiche nicht lizenzierte Schützen. In Wichlen und in Linthal sind die Schiesshalbtage begrenzt und die Kapazitäten knapp, es würde schwierig,

zusätzliche Vereine einzuquartieren. Nicht nur der tägliche Schiessbetrieb würde darunter leiden, sondern auch die Gruppenmeisterschaften, die alljährlich vom Kantonalschützenverband mit ca. 300 Schützen durchgeführt wird. Als zweitgrösster Schiesstand ist Schwanden fester Bestandteil dieses Wettkampfes und ohne diesen Schiesstand wäre die Durchführung erschwert. Im 2017 findet voraussichtlich das nächste Kantonalschützenfest statt, daran nehmen Schützen aus der ganzen Schweiz teil. Diese Durchführung würde schwierig, wenn diese 16 Scheiben nicht benützt werden könnten. Es sind noch zahlreiche weitere Anlässe wie Feldschiessen etc. die von der Schliessung betroffen wären. Es ist sicher nicht im Sinne der Gemeinde Glarus Süd, dass all diese Anlässe nicht mehr oder nur noch im Glarner Hinterland durchgeführt werden können. Bestehende Infrastrukturen sollten erhalten bleiben, gerade dann, wenn das Kosten – Nutzen Verhältnis so gut ist wie im vorliegenden Fall. Man muss sich im Klaren sein, wenn der Schiessstand weg ist, ist es weg. In Luchsingen und Braunwald waren wenig Überlebenschancen vorhanden. Das Schiesswesen im Kanton Glarus hat eine lange Tradition und durfte viele Erfolge feiern und hat jungen Menschen den sportlichen und verantwortungsbewussten Umgang mit der Waffe beigebracht. Thomas Vögeli appelliert diese Tradition beizubehalten und dieser Vorlage unverändert zuzustimmen.

Wortmeldung von Toni Gisler, Sändlistrasse 4, 8783 Linthal

Toni Gisler beantragt im Namen der SVP Glarus Süd am Antrag auf Gewährung von einem Bruttokredit von Fr. 600'000.- für die Sanierung der Schiessanlage Matt in Schwanden zuzustimmen. Vom gestellten Ablehnungsantrag hat er erschrocken und gleichzeitig enttäuscht Kenntnis genommen. Er ist sich bewusst, dass Fr. 600'000.- nicht Nichts ist, aber gleichzeitig muss man wissen, dass dieser Betrag für eine Sanierung in dieser Grössenordnung nicht überaus hoch ist. Vorbildlich ist in diesem Projekt Wünschbares von Machbaren getrennt worden und das Projekt weist für die Nutzungsdauer von dieser Länge bescheidene Nettokosten auf. Ebenfalls werden Eigenleistungen und Solidaritätsbeträge von verschiedensten Vereinen in grossem Masse erarbeitet. In der heutigen Zeit ist ein solcher Einsatz, sei es durch Arbeitseinsätze in der Freizeit oder durch finanzielle Zuwendungen von Vereinen oder Dritten, überhaupt nicht mehr selbstverständlich. Für einen Zusammenhalt über unsere Dörfer hinaus gibt es nichts Besseres. Man kann nicht während dem ganzen Jahr von Integration reden und plädieren, dass man jetzt in der ganzen Gemeinde am gleichen Strick ziehen muss und danach solche Projekte wegwerfen wollen. Das Schiesswesen ist bei uns seit Generationen verankert. Es bildet für unzählige Vereine wichtige soziale Pfeiler in unseren Dörfern. Von allen Seiten wird immer wieder gebetsmühleartig wiederholt, dass der Weiterbestand und die Pflege der zahlreichen Vereine in Glarus Süd von grosser Bedeutung ist! Ja, dem ist so, alle Vereine haben eine enorme Bedeutung für das Leben in den verschiedenen Dörfern. Wichtig ist aber auch, und da ist hauptsächlich auch die Gemeinde aufgefordert, dass man den Vereinen auch eine ebenso wichtige Infrastruktur geben kann. Die Jungschützen, die vielen Aktivmitglieder in den Vereinen, die einzelnen Dörfer und der Kanton wir dafür dankbar sein. Nur mit drei Schiessanlagen ist der Weiterbestand von den zahlreichen Vereinen in Glarus Süd weiterhin gewährleistet.
Unsere Jugend wird mit speziellen Jugendarbeitsanlässen und mit kulturellen Anlässen unterhalten an das Leben heran geführt, gegen das spricht nichts. Trotzdem kann man sich fragen, ob man nicht mit bestehenden Strukturen gerade so gute Ergebnisse erreichen kann. Seit jungen Jahren übt Toni Gisler bei einem aktiven Verein das Schiessen aus, er bekennt, dass die Jungschützenjahre unvergessen sind, Der Umgang mit der Waffe, bzw. der Respekt gegenüber der Waffe wurde gelernt, ebenso wie der Umgang

mit Sieg und Niederlage und der Respekt gegenüber dem Gegner. Jedermann weiss, wie wichtig dies für das spätere Leben ist. Es gäbe noch unzählige Argumente, die für die Sanierung des Schiessstandes Schwanden sprechen, aber für Toni Gisler überwiegt das Gesellschaftliche eindeutig. In den Jahren nach der Gemeindefusion ist ihm bewusst geworden, wie wichtig die Funktion der Vereine in den einzelnen Dörfern ist. Das Vereinsleben, die Gesellschaft, das sollte jedem am Herzen liegen. Mit diesen Argumenten appelliert Toni Gisler für ein ja zu diesem Kreditbegehren und damit für ein ja zu den Vereinen, der Jugend und vor allem zu einem ja für ein aktives Glarus Süd.

Wortmeldung von Rudolf Becker, Mattstrasse 6, 8762 Schwanden
Rudolf Becker teilt die Begeisterung von Peter Stengele nicht, versteht aber seine Argumente. Er glaubt, dass heute Abend nicht darüber abgestimmt wird, ob das Schiessen in Glarus Süd verboten wird, sondern es geht darum, wie viele Schiessstände Glarus Süd braucht. Rudolf Becker unterstützt deshalb den Rückweisungsantrag von Richard Grand und präzisiert ihn wie folgt: Der Gemeinderat wird beauftragt, zu Handen der nächsten oder übernächsten Gemeindeversammlung dieses Geschäft mit einer Bedarfsanalyse und einem Nutzungskonzept nochmals vorzulegen. Heute weiss man, wie viele Personen pro Jahrgang mit in den einzelnen Dörfern wohnen, was auch Grundlage für die Schulmodellfrage darstellte. Heute Abend weiss man nicht einmal wie viele Schützen es gibt. Die Stimmbürger sollten wissen, wie viele Schützen (freiwillige und unfreiwillige) in Glarus Süd sind und auf dieser Grundlage der Gemeinderat vorschlagen würde, wie viele Schiessstände benötigt werden. Die Schützen sind mobil und er ist der Ansicht, dass zwei Schiessstände durchaus ausreichen. Aber um sicher zu sein bedarf es einer Bedarfsanalyse und ein Nutzungskonzept. Rudolf Becker unterstützt mit dieser Begründung den Rückweisungsantrag von Richard Grand.

Wortmeldung von Jacques Marti, Mattstrasse 12, 8762 Sool
Jacques Marti spricht sich als Mitglied der Betriebskommission des Schiessstandes Matt, Schwanden, und als Mitverantwortlicher dieses Projektes. Er möchte keine langen Ausführungen vornehmen, sondern Herr Becker die Antworten geben, die er im Zusammenhang mit dem Rückweisungsantrag gestellt hat. Glarus Süd hat 300 lizenzierte Schützen und 770 Mitglieder in Schützenvereinen, Pflichtmitglieder gibt es keine mehr, das ist schon lange aufgehoben. Jeder Mann, der das Obligatorische schiessen muss, kann das in dem Schiessstand vornehmen, wo er möchte. Diese Zahlen sind vorhanden, ebenso ist eine Bedarfsanalyse von der Gemeinde erstellt worden. Der Gemeinderat hat dieses Projekt nicht einfach so aus dem Hut gezaubert, damit wurde schon vor zwei Jahren angefangen. Es wurde überlegt, welche Schiessstände noch benötigt werden. Betrachtet man die Gemeinde Glarus Süd geografisch, dann ist klar, dass drei Schiessstände benötigt werden: Elm und Linthal und derjenige in Schwanden, der saniert werden muss, welcher das grösste Einzugsgebiet der Gemeinde abdeckt. Diese Idee ist nicht aus dem Hut gezaubert, sie ist über längere Zeit gewachsen, und seiner Ansicht nach, liegen für einen Entscheid genügend Informationen vor. Jacques Marti ersucht um Zustimmung für den Antrag des Gemeinderates.

Wortmeldung von Werner Zopfi, Thon 45, 8762 Schwanden
Werner Zopfi beantragt die Rückweisung der Sanierung Schiessanlage Matt in Schwanden. Die Begründungen liegen in der prekären Finanzlage, die im Memorial wie folgt beschrieben sind:

„Die GPK ist über die finanzielle Entwicklung der Gemeinde besorgt. Sie stellt fest, dass gemäss Antrag der GPK zuhanden der Gemeindeversammlung vom 23. November 2012 die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Gemeinderat zur Ausarbeitung von Massnahmen zur Entlastung der Jahresrechnung beauftragt haben. Die GPK hat diesen Prozess während des Jahres überwacht und nimmt vom vorgeregelten Massnahmenplan Kenntnis, welcher leider nicht den Erwartungen entspricht".
Seite 7 im Memorial:
„Im Jahr 2015 lässt sich zudem auch besser beurteilen, was die Auswirkungen der von der Landsgemeinde 2013 beschlossenen Gesetzesänderungen bezüglich Unternehmensbesteuerung und der Besteuerung von Dividenden sind".
Seite 48 im Memorial:
„Für 2014 erachtet es der Gemeinderat als unmöglich unter 8.88 Millionen Nettoinvestition zu gehen".

Die Jahresabschlüsse und Budget zeigen folgendes düsteres Bild:

Verlust 2012	CHF	1.65 Mio.
Verlust 2013	CHF	6.00 Mio. (Budget)
Verlust 2014	CHF	2.32 Mio. (Budget)
Kumuliert auf 3 Jahre	CHF	10.00 Mio.
Nettoinvestition 2014	CHF	8.90 Mio.

Aussichten:

2015	CHF	3.0 Mio.	10.5 Mio.
2016	CHF	2.1 Mio.	
2017	CHF	2.6 Mio.	
2018	CHF	2.2 Mio.	

Allen Anwesenden – also auch die Befürworter der Sanierung – müssen sich im Klaren sein: Für eine nachhaltige Standortqualität sind gesunde Finanzen das A und O und bei diesen Zahlen bleibt schlicht kein Geld für solche Wunschprojekte.
Ein weiterer Aspekt der gegen die Sanierung spricht, ist die fehlende Nachhaltigkeit dieser Sanierung:
Glarus Süd hat in Linthal und Elm schon heute zwei sanierte und vor allem auch lärmschutzkonforme Schiessanlagen. Im Traktandum Schulentwicklung wird auf zwei Seiten im Memorial anschaulich die demographische Schülerentwicklung dargestellt. Warum aber wird die demographische Entwicklung von den Sportschützen nicht gleich dargestellt?
Die Anzahl der aktiven Sportschützen ist ebenfalls rückläufig. Im Jahresbericht vom Kantonalschützenverband 2012 hat sich die Anzahl lizenzierter Mitglieder im ganzen Kanton innerhalb einem Jahr um 87 von 1'506 auf 1'419 Mitglieder reduziert, d.h. ca. 6%. Eine Trennwende ist da nicht erkennbar und auch eine Investition von Fr. 600'000.- wird daran nichts ändern.
Pflichtschützen gibt es immer weniger und die könnten schon heute problemlos in Linthal, Elm, Glarus oder anderen beliebigen Orten das „Obli" schiessen. Ergo kein Handlungsbedarf.
Die Zumutbarkeit von längeren Anfahrtswegen kann kein Argument sein. Von den Kindern, Eltern und Pädagogen wird Mobilität verlangt, damit gespart werden kann. Für die Ausübung von anderen Sportarten wie Schlittschuhlaufen, Curling, Schwimmen, Sportklettern oder Tennis müssen die Bewohner von Glarus Süd schliesslich auch nach

Glarus, Näfels oder Niederurnen fahren. Diese Mobilität kann man auch von den Schützen erwarten.
Die Gemeinde Glarus Süd schreibt schon länger dunkelrote Zahlen. In absehbare Zeit wird sich das kaum ändern. Es ist zu befürchten, dass Glarus Süd in eine Abwärtsspirale mit Schuldenwirtschaft und Steuererhöhungen kommt, was die Standort-Attraktivität nachhaltig schwächen wird.
Aufgrund dieser Fakten muss dieses Geschäft zurückgewiesen werden. Traktandum 8 und 9 sind miteinander verknüpft. Wenn der Antrag auf Zurückweisung angenommen wird, kann die Kugelfangsanierung von der Schiessanlage Matt im Sanierungsterminplan nach hinten verschoben werden. Sinnvollerweise würde dann die Sanierung von bereits stillgelegten Anlagen vorgezogen. Bundesbeiträge für Kugelfangsanierungen sind noch bis im Jahr 2020 gesichert, vielleicht auch darüber hinaus. Also auch in dieser Hinsicht hat dieser Rückweisungsantrag nur positive Auswirkung auf die Gemeinderechnung.
Werner Zopfi appelliert, dem Rückweisungsantrag mit dem Ziel, eines nachhaltigen Umganges bei der Verwendung von Steuergelder, zuzustimmen.

Wortmeldung von Gemeinderat Kaspar Luchsinger
Wer dort wohnt, wo man die Schüsse hört, der hat ein Privileg, der wohnt an einem der schönsten Orte in Glarus Süd und das sagt einer, der schon seit einer Weile dort oben wohnt. Höchstens ca. 150 Stunden, bei einem Schützenfest vielleicht auch ca. 200 Stunden im Jahr wird geschossen. An der Hauptstrasse fahren 365 Tage Autos vorbei. Auf den Geleisen fahren 365 Tage Eisenbahn, wer in der Nähe davon wohn, wohnt an einer viel schlechtere Wohnlagen. Auch wenn ein paar Mal geschossen wird, ist es dennoch ein schöner Ort. An vielen Tagen ist das Wetter schlecht, dann ist man nicht draussen. Und in während der Hälfte dieser Hälfte ist man nicht zuhause, dann hört man nichts. Wir haben Turnvereine, die benötigen Turnhallen, diese stellt man Ihnen zur Verfügung. Daraus resultiert Unterhalt und man muss putzen, man muss sanieren und das ist kein Problem. Ein Schütze, der nicht turnen geht, hat kein Problem damit und trägt dies mit. Fussballclubs benötigen Fussballplätze und im Winter die Turnhalle zum Trainieren. Auch das trägt der der Schütze mit, auch wenn er kein Fussballer ist. Viele spielen heute Unihockey, auch hierfür wird das Benötigte zur Verfügung gestellt. Der Schütze kann nicht in die Turnhalle zum Schiessen gehen, dieses Hobby übt er besser im Schiessstand aus. Tun wir nun auch etwas für die Schützen, damit sie ihr Hobby ausüben können. Wenn einer in Glarus Süd ein Hobby pflegen kann, das ihm gefällt, dann ist im wohl und das ist bei allen ebenso, die in einem Verein sind. Jeder hilft dem andern, es gibt Schützen, die wandern nicht gerne und dennoch werden für Wanderwege und Bikestrecken mehrere zehntausend Franken ausgegeben – so hilft jeder jedem. Zu den Kosten ist noch zu sagen, die Fr. 600'000.- sind Bruttokosten, Fr. 200'000.- werden übernommen, somit verbleiben noch Fr. 400'000.-. Gemäss Kaspar Luchsinger rechnet sich diese Investition für die nächsten 20-30 Jahre zum Wohle der Schützen.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Memorial Seite 34
Die GPK unterstützt den Antrag des Gemeinderates, den Bruttokredit von 600'000.00 Franken zur Sanierung der Schiessanlage Matt, Schwanden, zu genehmigen. Die ausgearbeiteten Konzepte belegen, dass innerhalb unserer Gemeinde drei Schiessanlagen benötigt werden. Der Sanierungsbedarf der Schiessanlage Matt war der ehemaligen Gemeinde Schwanden schon seit längerer Zeit bekannt, wurde aber nicht mehr ausgeführt. Die Kostenberechnung zeigt, dass der Bruttokredit durch Beiträge und Eigenleistungen der Schützenvereine um 200'000.00 Franken reduziert werden kann.

Abstimmung
Der Antrag des Gemeinderates wird dem Rückweisungsantrag von Richard Grand, unterstützt von Werner Zopfi und Rudolf Becker gegenübergestellt.
In der Abstimmung unterliegt der Rückweisungsantrag dem Antrag des Gemeinderates. Das Abstimmungsergebnis kann deutlich abgeschätzt werden.
Der Präsident stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wurde und somit ist der Bruttokredit von Fr. 600'000.- genehmigt.

9. Altlastensanierung Kugelfänge in Glarus Süd
- Genehmigung Konzept Altlastensanierung
- Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 4.4 Mio.

Archiv-Nummer
29.05.01

9.1 Sachverhalt

Altlastensanierungen bei Schiessanlagen gehören zu den Prioritäten des Umweltschutzes, die entsprechend ihrer Bedeutung bundesrechtlich und kantonal geregelt sind. Die Kantonale Abteilung Umweltschutz und Energie hat die Gemeinden beauftragt, die noch nicht durchgeführten Untersuchungen der Altlasten bei den Kugelfängen unverzüglich vorzunehmen und Sanierungskonzepte auszuarbeiten.
Diesen Auftrag hat der Gemeinderat an die Hand genommen und die Firma Magma AG beauftragt, Sanierungskonzepte für die Schiessanlagen in Glarus Süd mit folgenden Zielsetzungen zu erstellen:

- Erhebung der Standortgeschichte (Schusszahlen, Munition, Nutzer)
- Beurteilung der Schutzgutsituation inkl. Gefährdungsabschätzung
- Beurteilung der Belastungssituation
- Vorschlag des Sanierungszieles
- Planung der Entsorgungswege
- Schätzung der Sanierungskosten inkl. Angaben zur Kostenverteilung
- Aufzeigen von Einschränkungen für die zukünftige Nutzung

9.2 Erwägungen

Bundesrechtlich sind die Sanierungsziele bei Kugelfängen auf 1'000mg Blei (Pb)/kg festgelegt. Die Firma Magma AG hat die Sanierungskonzepte unter fachlichen und terminlichen Vorgaben in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Amt für Umweltschutz (AfU) und dem Departement Sicherheit und Freizeit erstellt. Das Departement Sicherheit und Freizeit fertigte aus den eingereichten Unterlagen eine Gesamtübersicht an, welche nun zur Genehmigung unterbreitet wird. Das Bundesamt für Umwelt hat den Kantonen eine Sanierungsfrist 2012 bis 2018 je nach Priorität empfohlen. Die meisten Kantone haben diese Vorgaben übernommen. Deshalb müssen die Sanierungen dringend vorangetrieben werden, dies auch deswegen, weil nicht auszuschliessen ist, dass die Bundesbeiträge in den nächsten Jahren wegen fehlenden Mitteln gekürzt werden könnten.
Insgesamt mussten **20 Standorte** untersucht werden. Aufgrund der Sanierungskonzepte und Abklärungen wurde in Zusammenarbeit mit dem AfU entschieden, welche Standorte saniert, teilsaniert oder wo auf eine Sanierung verzichtet werden kann. Bei 10 Standorten ist eine Sanierung und bei zwei Standorten eine Teilsanierung durchzuführen. Bei 6 Standorten kann mit Zustimmung des AfU auf eine Sanierung verzichtet werden, dies weil ein wesentlicher Teil des Kugelfanges im Wald liegt. Zwei Standorte, Linthal Tierfehd 300 Meter und Haslen Grund 50 Meter, sind bereits saniert. Die detaillierten Angaben zu allen Standorten sind in der **Gesamtübersicht** ersichtlich. Ebenfalls liegen „Sanierungskonzepte" aller Standorte vor.

Sanierungskonzept "Altlasten" Schiessanlagen Glarus Süd - Gesamtübersicht

Ortschaft	Standort Anlage	Anlage	Betriebsstatus der Anlagen	Sanierungskosten Gesamtkosten-Schätzung	Kostenverteilung VASA-Beiträge (Bund 45%)	Kostenverteilung (Kanton 36%) 1/2 der Restkosten	Kostenverteilung (Gemeinde 38%) 1/2 der Restkosten	Sanierungsvorgaben gem. AfU des Kantons Glarus	Durchführung der Sanierung (prov. Planung) Nettokosten für die Gemeinde Glarus Süd 2013	2014	2015	2016	2017	2018
Schwanden	Matt	300M	Anlage in Betrieb	545'760.00	192'000.00	176'880.00	176'880.00	Die Anlage ist zu sanieren		176'880.00				
Luchsingen	Schwändi	300M	Anlage befristet in Betrieb Stilllegung bei Sanierung	311'220.00	68'000.00	131'610.00	131'610.00	Die Anlage ist zu sanieren						131'610.00
Braunwald	Grotzenbühl	300M	Anlage befristet in Betrieb Stilllegung bei Sanierung	250'512.80	64'000.00	93'306.40	93'306.40	Die Anlage ist zu sanieren						93'306.40
Mitlödi	Schönau	300M	stillgelegt	306'820.00	144'000.00	81'210.00	81'210.00	Die Anlage ist zu sanieren					81'210.00	
Engi	Erlen	300M	stillgelegt	277'120.00	48'000.00	114'560.00	114'560.00	Die Anlage ist zu sanieren					114'560.00	
Engi	Laueli	300M	stillgelegt	322'292.00	96'000.00	113'146.00	113'146.00	Die Anlage ist zu sanieren	113'146.00					
Hätzingen	Oberzaunen	300M	stillgelegt	364'480.00	64'000.00	150'240.00	150'240.00	Die Anlage ist zu sanieren				150'240.00		
Diesbach	Stäuben	300M	stillgelegt	858'548.00	160'000.00	369'274.00	369'274.00	Die Anlage ist zu sanieren			276'955.50			
Linthal	Matt	300M	stillgelegt	488'084.00	80'000.00	204'042.00	204'042.00	Die Anlage ist zu sanieren				163'233.60		
Schwanden	alte Anlage Matt	300M	stillgelegt	265'400.00	160'000.00	52'700.00	52'700.00	Die Anlage ist zu sanieren		52'700.00				
Schwanden	Matt	50M	Anlage befristet in Betrieb Stilllegung bei Sanierung	232'240.00	92'500.00	69'670.00	69'670.00	Die Anlage ist zu sanieren						69'670.00
Engi	Engizinken	50M 25M	Anlage in Betrieb	83'876.00	33'550.60	25'162.80	25'162.80	Die Anlage ist zu sanieren	25'162.80					
Glarus Süd	Diverse Standorte							Rückbaukosten			40'000.00			
				4'146'052.80	1'182'450.40	1'581'801.20	1'581'801.20		138'308.80	229'580.00	316'955.50	313'473.60	195'770.00	294'586.40
Linthal	Rubschen	300M	Anlage in Betrieb	0.00	0.00	0.00	0.00	Keine Sanierung, Inhalt ist künstlicher Kugelfang vorgeschrieben!						
Schwändi	Trogen	300M	stillgelegt	220'492.00	88'196.80	66'147.60	66'147.60	Anteile der Sanierung "Waldbewuchs aufkommen lassen"						
Sool	Burg Sola	300M	stillgelegt	252'060.00	80'000.00	86'030.00	86'030.00	Anteile der Sanierung "Waldbewuchs aufkommen lassen"						
Matt	Trämligen	300M	stillgelegt	210'500.00	48'000.00	81'250.00	81'250.00	Anteile der Sanierung "Waldbewuchs aufkommen lassen"						
Nidfurn	Feld	300M	stillgelegt	155'000.00	80'000.00	37'500.00	37'500.00	Anteile der Sanierung "Waldbewuchs aufkommen lassen"						
Braunwald	alte Anlage Leglerberg	300M	stillgelegt	369'295.20	64'000.00	152'647.60	152'647.60	Keine Sanierungsmassnahmen durchführen						
				1'287'347.20	360'196.80	423'575.20	423'575.20							
Linthal	Tierfeld	300M	stillgelegt Sanierung 2012	138'511.40	56'000.00	*24'158.00 5'175.70	5'175.70	*durch Auge bezahlt						
Haslen	Grund	50M	in Betrieb Sanierung 2015	35'862.80	14'387.30	10'737.50	10'737.50	Künstlicher Kugelfang vorgeschr.						
Mitlödi	Fischligen (Linnenda)	50M 25M	Anlage in Betrieb					ist im Eigentum der Gemeinde Glarus						

9.3 Kosten / Finanzierung

Obwohl die Schadstoffmessungen recht zuverlässig gemacht worden sind, ist in der Kostenberechnung bei allen Standorten vorsichtshalber eine Reserve von 20% eingerechnet.

Gesamtsanierungskonzept		
Sanierungskosten Brutto für 12 Standorte	Fr.	4'346'052.80
Bundesbeiträge aus dem VASA-Altlastenfond	Fr.	1'182'450.40
Kostenanteil zu Lasten des Kantons	Fr.	1'581'801.30
Kostenanteil zu Lasten (z.L.) der Gemeinde	**Fr.**	**1'581'801.30**
Rückbaukosten z.L. Gemeinde bei 4 Standorten	**Fr.**	**40'000.00**

Das gesamte Sanierungskonzept mit Bruttokosten von Fr. 4.4 Mio., wovon der Gemeinde Glarus Süd Nettokosten von Fr. 1.6 Mio. verbleiben, ist von der Gemeindeversammlung genehmigen zu lassen.

Die Altlastensanierungen und Kosten verteilen sich auf folgende Etappen:

▪ 2013	Fr.	410'000.-
▪ 2014	Fr.	815'000.-
▪ 2015	Fr.	940'000.-
▪ 2016	Fr.	855'000.-
▪ 2017	Fr.	585'000.-
▪ 2018	Fr.	795'000.-
Total	**Fr. 4'400'000.- (inkl. MWST)**	

Das BAFU unterstützt Sanierungen von Schiessanlagen aus dem sogenannten VASA-Fonds (Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten). Der Beitrag aus diesem Fonds beträgt bei einer 300m Schiessanlage nach USG Art. 32e Abs. 4c seit dem 1. Oktober 2009 Fr. 8'000.- pro zu sanierende Scheibe und pauschal 40% der Gesamtkosten bei den 50 Meter Anlagen.

Nach Abzug der Bundesbeiträge übernimmt der Kanton 50% der Sanierungskosten und die Gemeinde trägt die restlichen 50%.

9.4 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

9.4.1 Genehmigung des Sanierungskonzeptes mit einem Bruttokredit von Fr. 4.4 Mio. (Nettokosten Fr. 1.6 Mio.) für die Altlastensanierung der Kugelfänge in Glarus Süd bis 2018

9.4.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 22.11.2013

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

9. Altlastensanierung Kugelfänge in Glarus Süd
- Genehmigung Konzept Altlastensanierung
- Antrag auf Gewährung eines Bruttokredites von Fr. 4.4 Mio.

Archiv-Nummer
29.05.01

Diskussion

Ausführungen von Gemeinderat Hans-Wolfgang Rhyner
Hans-Wolfgang Rhyner hebt hervor, dass in Bezug auf die Sanierung der Kugelfänge nur ausgeführt wird, was gemäss Umeltschutzverordnungen und Gesetzen schon seit 1998 vorgeschrieben ist und von den Gemeinden verlangt wird.
Was ist unter Altlasten zu verstehen und was ist zu machen: In den Kugelfängen hinter den Scheiben liegt eine Belastung der Böden in Form von giftigem Blei und vor allem ANTIMON das ins Grundwasser gelangen kann. Dies kann mit Messungen an verschiedenen Punkten nachgewiesen werden und muss bei der Sanierung ausgebaggert und je nach Verseuchungsgrad unterschiedlich entsorgt werden (Reaktordeponie oder Bodenwäsche). Dank der Treffsicherheit der Schützen konzentriert sich die Kontaminierung auf die Kugelfanglöcher, da es aber nicht nur treffsichere Schützen gibt, muss auch der näheren und weiteren Umgebung der Scheiben die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Sanierung wird, wie von den Gesetzen verlangt bis 1000 Milligramm pro Kilogramm verseuchter Erde vorgenommen, das bedeutet eine Beweidung mit Rindvieh (nicht mit Schafen), Heuen oder Mähen von Gras und Silage ist wieder möglich. Über diese Untersuchungen hat die vom Bund anerkannte und kompetente Firma Magma aus Schwändi, von jeder Anlage einen aufwändigen Bericht mit allen Details und Kosten erstellt.
Eine erste gesetzte Frist für Bundes- und Kantonssubventionen bis 2009, wurde von den alten Gemeinden nur von Elm, Haslen, Leuggelbach, Rüti und Mitlödi genutzt. Somit verbleiben der Gemeinde Glarus Süd, die auf der Gesamtzusammenstellung (Memorial S. 36) zu sanierenden Anlagen. Davon sind 3 x 50m Stände, der Rest sind 300m Stände. Es ist auch zu ersehen, dass einige Kugelfänge nicht saniert werden müssen, dies aufgrund von örtlichen Beurteilungen der entsprechenden Fachstelle, dort besteht die Möglichkeit Wald aufkommen zu lassen.
Das Departement Sicherheit und Freizeit hat dieses Geschäft 2011 an die Hand genommen und erste Mittel im Budget eingestellt. Das Amt für Umweltschutz und der Bund haben dann aber für die Beitragszusicherung ein Konzept verlangt, weil nur der WASA Fond (ein Pot mit bestimmter Summe) mit Sanierungsgeldern zur Verfügung steht, und kein Betragszusicherung auf Zeit. Man rechnet, dass das Geld etwa bis 2017/18 reicht.
Die Kostenbeteiligung präsentiert sich wie folgt: (S 37 Memorial)
-300Meter: je Scheibe Fr. 8000.- vom Bund, die Restkosten tragen Kanton und Gemeinde zu je 50%.
-50-Meter: 40% der Kosten trägt der Bund, die Restkosten Kanton und Gemeinde je zu 50%.
Das vorliegende Konzept sieht Ausführungen in Etappen bis 2018 vor. Die Mittel für die Jahre 2013 und 2014 sind vom Amt für Umweltschutz bereits zugesichert. Es sind dabei Reserven von 20% eingerechnet. Die im 2012 bereits erfolgten Abrechnungen der Sanierungen Thierfehd (Mastbau der KLL/AXPO) und Pistolenstand Haslen (Sanierung

Scheibenanlage) konnten deutlich unter dem Kostenvoranschlag abgerechnet werden. Die jährliche finanzielle Belastung für die Gemeinde ist aus der Zusammenstellung auf Seite 36 im Memorial oben rechts blau eingefärbt ersichtlich. Darin sind auch die Rückbaukosten der alten Scheibenstände von Fr. 40'000.- enthalten, welche leider nicht subventioniert werden. Die Kosten sind in den bereits genehmigten Budgets 2013 und 2014 enthalten und mittels Finanzplan zur Kenntnis genommenen.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Memorial Seite 38
Die Altlastensanierung der Kugelfänge ist eine Bundesvorgabe und muss bis ins Jahr 2018 abgeschlossen sein, damit noch Bundesbeiträge abgeholt werden können. Die GPK unterstützt daher den Bruttokredit von CHF 4'400'000.00.

Abstimmung
Der Altlastensanierung Kugelfänge mit einem Bruttokredit von Fr. 4.4 Mio. wird stillschweigend ohne Wortmeldung zugestimmt.

10. Teilrevision Ortsplanung Schwanden (Niederental)
- Parzelle Nr. 281
- Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
04.05.00

10.1 Ausgangslage

Anpassungen von Nutzungsplänen sind unter Berücksichtigung der Planbeständigkeit gemäss Art. 15 des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG) möglich, wenn sich die Verhältnisse erheblich geändert haben oder sonst im Rahmen von Gesamtüberprüfungen nach jeweils rund 10 Jahren. Im Nachgang der Gemeindefusion hat die Gemeinde Glarus Süd mit der Überarbeitung ihrer Planungsmittel begonnen. Derzeit befindet sich der Entwurf des kommunalen Richtplans in der öffentlichen Mitwirkung. Bis zur Genehmigung des kommunalen Richtplans werden einzelne Anpassungen der Planungsmittel dann soweit behandelt, wenn sie ihren Auslöser noch während der Zuständigkeit der alten Gemeinden haben und / oder inhaltlich kein Präjudiz hinsichtlich der künftigen Totalrevision der Nutzungsplanung darstellen.

Anlass und Gegenstand der Teilrevisionen

Im künstlich angelegten Alpstegweiher im Niederental (Schwanden) lagert sich Geschiebe ab, das etwa alle zehn Jahre entfernt werden muss, um einer Verlandung des Weihers entgegenzuwirken. Bisher wurde das Weihersediment im angrenzenden Zwischenlager „Alpsteg" nass abgelagert und soweit entwässert, bis es abtransportiert werden konnte. Die letzte Entleerung des Alpstegweihers erfolgte im Winter 2011/2012. Es wurde einerseits festgestellt, dass das Material nach einem Jahr zum Teil nicht genügend entwässert ist und der Standort noch nicht wieder beweidet werden kann und andererseits, dass das vorhandene Sedimentmaterial die Kapazität des Zwischenlagers Alpsteg weit übersteigt, weshalb nur ein Teil des Materials aus dem Weiher entfernt werden konnte.
Um die Situation zu entschärfen soll nun etwa 1 km südlich vom Alpstegweiher im Gebiet „Chis" eine Deponie für das Weihermaterial geschaffen werden (Deponie „Chis", siehe Abb. 1). In der Deponie Chis wird das getrocknete Material aus dem Zwischenlager Alpsteg definitiv abgelagert.
Der Standort Chis befindet sich in der Landwirtschaftszone, und da es sich bei der Deponie Chis um eine nicht standortgebundene Anlage handelt, ist eine Änderung der Nutzungsplanung erforderlich.

Vorgezogene Teilrevision

Gemäss rechtskräftigem Zonenplan liegt die Parzelle Nr. 281 (Grundbuch Schwanden) in der Landwirtschaftszone. Die Technischen Betriebe Glarus Süd beantragen die Umzonung eines Teils dieser Parzelle von der Landwirtschaftszone in die Deponiezone (natürliche Senke beim Standort Chis). Die Deponie dient der Ablagerung von inerten und unverschmutzten Weihersedimenten aus dem Alpsteg- und dem Bergstegweiher.
Die Teilrevision kann aus Sicht der Gemeinde ohne Vorliegen des kommunalen Richtplans vorgezogen behandelt werden. Zum einen handelt es sich bei der Deponie „Chis" um eine anlagebezogene Klein-Deponie mit einem maximalen Schüttvolumen von 1500 m^3, welche aufgrund ihrer Grösse zudem sehr befristet zur Verfügung steht. Zum

anderen hat die Deponie „Chis“ keine Relevanz hinsichtlich des derzeit erarbeiteten Deponiekonzepts der Gemeinde Glarus Süd, welches die Schaffung von 2 – 3 grösseren Deponiestandorten vorsieht.

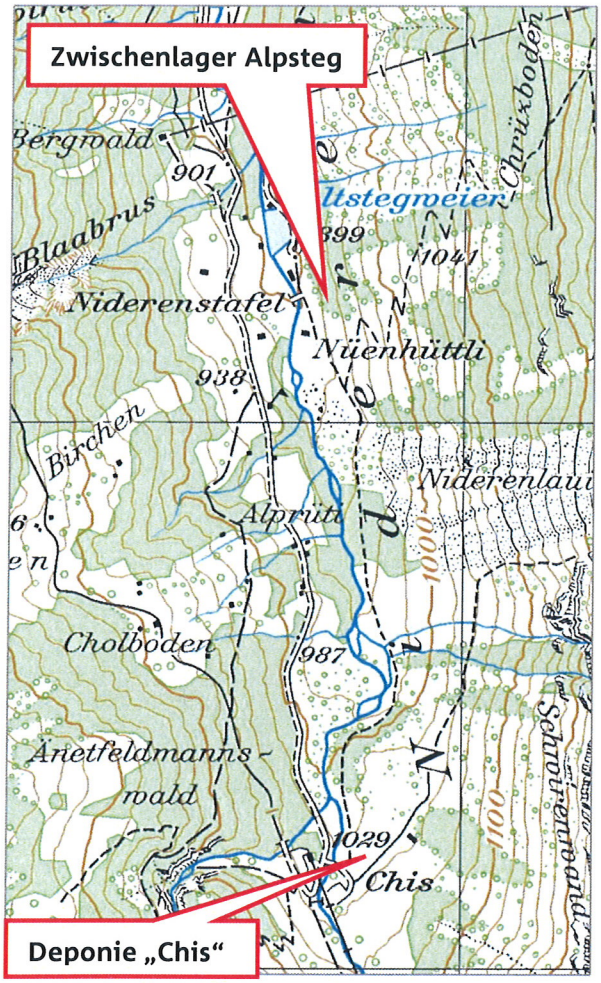


Abb. 1: Ausschnitt Übersichtskarte Niederental mit der Zwischendeponie Alpsteg und der Deponie Chis.

Abfallrechtliche Bewilligung für die Standort Alpsteg und Chis

Die beiden Vorhaben „Zwischenlager Alpsteg“ und „Deponie Chis“ wurden von der für die abfallrechtliche Bewilligung zuständigen Fachstelle Umweltschutz und Energie beurteilt und mit Bewilligungen vom 15. Januar 2013 abfallrechtlich bewilligt. In den Bewilligungen ausdrücklich festgehalten ist, dass nur Material aus dem Alpsteg- und dem Bergstegweiher zwischen- bzw. endgelagert werden darf.

Ausnahmebewilligung für den Standort Alpsteg als standortgebundene Anlage

Das Departement Bau und Umwelt hat, gestützt auf Art. 67 Abs. 2 Raumentwicklungs- und Baugesetzes (RBG) sowie Art. 24 und Art. 25 Abs. 2 Raumplanungsgesetz (RPG) mit Teilverfügung vom 5. Februar 2013 das geplante Zwischenlager Alpsteg als Zwischendeponie „Alpstegweiher“ im Sinne einer standortgebundenen Anlage bewilligt. Das Zwischenlager Alpsteg ist somit nicht mehr Gegenstand der vorliegenden Teilrevision. Die Teilrevision umfasst infolge nur noch die Deponiezone Chis.

10.2 Vorprüfung nach Art. 24 RBG

Die formelle Vorprüfung erfolgte zeitgleich mit der Mitwirkungsauflage nach Art. 7 RPG. Die Teilrevision wurde der kantonalen Fachstelle Raumentwicklung und Geoinformation

am 3. April 2013 zur Vorprüfung durch die kantonalen Dienststellen eingereicht. In den einzelnen Vorprüfungen wurde auf verschiedene Inhalte sinngemäss wie folgt verwiesen:

Dep. Bau und Umwelt, Wald und Naturgefahren / Stellungnahme 17.04.2013

Die Fachstelle Wald und Naturgefahren weist darauf hin, dass der gesetzlich vorgeschriebene Waldabstand von 15 m unterschritten wird. Aufgrund der Möglichkeiten zum Näherbau kann der Waldabstand im vorliegenden Fall auf minimal 5 m reduziert werden, dies mit Einverständnis des angrenzenden Waldbesitzers. Das Vorhaben ist bewilligungsfähig. Die Sicherstellung eines allfällig erforderlichen Näherbaurechtes wird im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens eingefordert werden.

Dep. Volkswirtschaft und Inneres, Landwirtschaft / Stellungnahme 15.04.2013

Die Fachstelle Landwirtschaft macht zur geplanten Umzonung keine übergeordneten Interessen geltend. Nach Abschluss der Deponie muss die betroffene Fläche wieder uneingeschränkt für die alpwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung stehen.

Dep. Bau und Umwelt, Umweltschutz und Energie / Stellungnahme 26.04.2013

Die Fachstelle macht zur geplanten Nutzungsplanänderung keine Einwände geltend. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Baubewilligung die Deponiebewilligung erteilt werden muss. Bei der nächsten Anpassung der Abfallplanung soll dieser Standort aufgenommen werden.

Dep. Bau und Umwelt / Vorprüfungsbericht 02.05.2013

Das Departement stellt nach Konsultation der betroffenen Amtsstellen die Genehmigung der Umzonung in Aussicht, dies mit folgenden Bemerkungen:

Bei Ein-, Aus- und Umzonungen sind wenn immer möglich mit den Grundeigentümern Verträge abzuschliessen, welche den Planungswertausgleich, die fristgerechte Überbauung und Ähnliches regeln. Da es sich vorliegend nicht um eine Einzonung in eine Bauzone handelt und die öffentliche Hand als Bauherrschaft auftritt, kann auf den Abschluss eines Vertrags gemäss Art. 33 RBG jedoch verzichtet werden.

Der Kantonale Richtplan 2004 wurde am 16. April 2013 vom Bundesrat genehmigt, mit der Auflage, dass „Neueinzonungen im Rahmen der Nutzungsplanrevision nur zulässig sind, wenn gleichzeitig auf dem Gebiet des Kantons Glarus nicht RPG-konforme Bauzonen in demselben Flächenumfang dem Nichtbaugebiet zugewiesen werden". Bei der vorliegenden Umzonung handelt es sich nicht um eine Einzonung in eine Bauzone, weshalb die befristetet Einzonung nicht unter die Vorgabe des Bundesrats fällt.

Bezüglich des Gewässerraums kann aufgrund der Stellungnahmen der Fachstellen und aus raumplanerischer Sicht im Rahmen der vorliegenden Nutzungsplanänderung auf die Ausscheidung eines Gewässerraums verzichtet werden, da der Niederenbach im Bereich der geplanten Deponiezone im Sömmerungsgebiet gemäss landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt und keine überwiegenden Interessen entgegenstehen.

Mitwirkungsauflage nach Art. 7 RBG

Die Teilrevision wurde mit Publikation für die Dauer von 14 Tagen vom 11. April 2013 bis 25. April 2013 im Gemeindehaus in Schwanden bei der Abteilung Hoch- und Tiefbau der Gemeinde Glarus Süd zur Mitwirkung aufgelegt. Die Unterlagen waren während der Auflagezeit auf der Homepage (www.glarus-sued.ch) aufgeschaltet. Im Rahmen der Mitwirkungsauflage sind bei der Gemeinde Glarus Süd keine Wünsche und Anträge eingegangen.

Öffentliche Auflage nach Art. 25 RBG

Die öffentliche Auflage erfolgte für die Dauer von 30 Tagen ab Amtsblattpublikation vom 24. Mai 2013 im Gemeindehaus in Schwanden bei der Abteilung Hoch- und Tiefbau der

Gemeinde Glarus Süd. Die Unterlagen waren während der Auflagezeit zudem auf der Homepage (www-glarus-sued.ch) aufgeschaltet.

Einsprachen nach Art. 26 RBG

Während der ordentlichen Frist gingen keine Einsprachen ein. Die aufgelegte Teilrevision wird der Gemeindeversammlung vom 22. November 2013 unverändert vorgelegt.

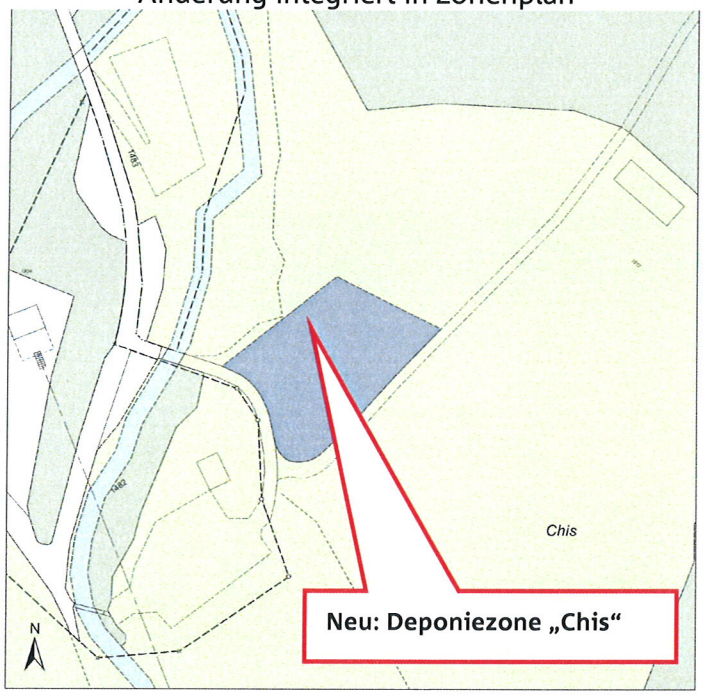
10.3 Planungsmittel

Änderung Zonenplan Schwanden 1:1000 – Parzelle Nr. 281

Der Zonenplan regelt die zulässige Nutzung des Bodens im Planungsgebiet. Abgestützt auf das projektspezifische Vorhaben wird eine natürliche Senke im Bereich der Talstation Luftseilbahn Mettmen einer Deponiezone zugewiesen (Grundbuch Parzelle Nr. 281).

Die Deponiezone umfasst 1747m2. Damit ist die Zonenausscheidung um 1017m2 grösser als der in der Projektstudie ausgewiesene Mindestbedarf von ca. 730m2. Damit wird ein grösserer Spielraum für die Schüttungen geschaffen.

Änderung integriert in Zonenplan



Ergänzung Bauordnung

Deponiezonen sind in Art. 22 der kantonalen Bauverordnung (BauV) umschrieben. Gemäss BauV besteht in Deponiezonen eine Überbauungsplanpflicht. Da es sich bei der Deponiezone Chis um eine Kleinst-Deponie handelt, die zudem zeitlich befristet ist, wird die Bauordnung Schwanden mit einer spezifischen Deponiezone „Chis“ ergänzt. Die Deponiezone Chis wird dabei so ausformuliert, dass die Überbauungsplanpflicht nach Art. 22 Abs. 2 BauV entfällt. Angepasst wird Art. 9 Bauordnung Schwanden.

In Art. 9 Bauordnung geregelt werden:

- Deponietyp (Inertstoffdeponie) und Herkunftsmaterial (Alpsteg- und Bergstegweiher)
- Zeitliche Befristung der Deponie auf 10 Jahre, danach erfolgt ein automatischer Rückfall in die Landwirtschaftszone.
- Relevante Schüttmengen und Schütthöhen.

Art. 9 Bauordnung wird wie folgt ergänzt:

Zone	Zweck	Vorschriften für die Überbauung und Nutzung	Empfind-lichkeits-stufe gem. LSV	Besondere Bestimmungen
Zone 12 Deponie-zone Chis	Befristete Ablagerung von Weiher-sedimenten aus dem Alpsteg- und Bergweiher	Inertstoffedeponie nach Art. 22 TVA. Max. Schüttvolumen 1500 m3, max. Schütthöhe 2.0 m.	III	Es besteht keine Überbauungs-planpflicht nach Art. 22 Abs. 2 Bauverordnung. Die Deponiezone Chis ist auf 10 Jahre nach Genehmigung befristet. Die Zone fällt danach ohne weiteren Beschluss wieder der Landwirtschafts-zone zu. Die genauen Schüttungen und allfällige Etappierung werden im Rahmen der Bau-bewilligung festgelegt.

10.4 Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es sich bei der Teilrevision um projektbedingte Anpassungen handelt, und dass diesen, wie dargelegt, kein Präjudiz betreffend der anstehenden richtplanerischen Bearbeitung der Deponien darstellt. Die Gemeinde erachtet es daher als vertretbar, diese Anpassungen der Gesamtrevision vorgezogen vorzunehmen.

10.5 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

10.5.1 Genehmigung Teilrevision Ortsplanung Schwanden (Niederental) Parzelle Nr. 281

10.5.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 22.11.2013

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

10. Teilrevision Ortsplanung Schwanden (Niederental)
- Parzelle Nr. 281
- Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
04.05.00

Diskussion

Ausführungen von Gemeinderat Kaspar Luchsinger
Im Niederental befinden sich zwei Weiher bzw. zwei Ausgleichsbecken von den Technischen Betrieben Glarus Süd. Diese werden vom Niederen- und Auenbach gespiesen und mit der Zeit mit Schlamm ausgefüllt. Deshalb müssen sie ca. alle 10 Jahre ausgebaggert werden, damit wieder mehr Wasser darin Platz hat. Ein Teil wurde im Winter 11/12 gemacht und das Material ist jetzt in der Nähe der Weiher zwischengelagert und man musste nach einem Endlager suchen. Fündig wurde man in einem Loch, bzw. in einer natürlichen Talsenke vis-à-vis der Talstation im Kies. Für diese „Inertstoffdeponie" ist eine Zonenplanrevision erforderlich und dieses Verfahren wurde ordentlich mit Mitwirkungsverfahren und Ausschreibung im Amtsblatt durchgeführt. Es sind keine Einwände eingegangen.

Abstimmung
Der Teilrevision Ortsplanung Schwanden (Niederental) Parzelle Nr. 281 wird stillschweigend ohne Wortmeldung zugestimmt.

11. Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden - Antrag auf Aufhebung

Archiv-Nummer
13.00

11.1 Sachverhalt

Die ausserordentliche Versammlung der Ortsgemeinde Schwanden vom 22. Oktober 1930 hat die Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden (Stiftung AH und AS) errichtet und widmete der Stiftung als Vermögen:

- das Altersheim samt Erweiterungsbauten, Hausrat und sonstiges Zubehör
- die im Baurecht erstellte Alterssiedlung, bisher der Ortsgemeinde Schwanden gehörend

Die Einnahmen der Stiftung bestanden aus:

- den Zinsen der Betriebsfonds
- dem Ertrag der Liegenschaften
- Zuwendungen der Körperschaften der Gemeinde
- Allfälligen Vermächtnissen, Beiträgen und Geschenken

Die Stiftungsurkunde erfuhr in den Jahren 1962, 1985, 2000 und 2010 Änderungen. Die letzte Änderung vom 18. Juni 2010 reduzierte in Art. 7 die Anzahl der Mitglieder des Stiftungsrates von 7 auf neu 5-7 Mitglieder. Gleichzeitig wurde die zuvor vom Gemeinderat Glarus Süd gestützt auf Art. 79 der Gemeindeordnung (GO) gewählte und aus 5 Personen bestehende Verwaltungskommission (VK) für die Alters- und Pflegeheime Glarus Süd (APGS) als Stiftungsrat gewählt.

Die Gemeindeversammlung (GV) Glarus Süd hat am 18. November 2011 von der Rechtsform der APGS Kenntnis genommen und das Organisationsreglement genehmigt. Die kantonale Stiftungsaufsichtsbehörde hat mit Verfügung vom 28. Juni 2012 die Vermögensübertragung von der Stiftung AH und AS auf die selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt APGS genehmigt und festgehalten, dass es sich bei der Stiftung um eine seltene öffentlich-rechtliche Stiftung handle.

Im Memorial der GV vom 22. Juni 2012 wurde im Geschäftsbericht der VK bereits darauf hingewiesen, dass die Stiftung AH und AS weiterhin besteht und das weitere Vorgehen in Bearbeitung ist. Im Memorial der GV vom 21. Juni 2013 wurde im Geschäftsbericht der VK mitgeteilt, dass die den neuen Verhältnissen anzupassende Stiftungsurkunde oder die Aufhebung gemäss Art. 9 der Stiftungsurkunde voraussichtlich an der Herbst-gemeindeversammlung 2013 zur Abstimmung vorgelegt wird.

11.2 Erwägungen

Die Stiftung AH und AS ist eine öffentlich-rechtliche Stiftung mit Sitz in Glarus Süd. Aufgrund der Übertragung des grössten Teils des Vermögens und der Betriebstätigkeit, gemäss Vertrag vom 23.06.2012 auf die APGS, kann der Stiftungszweck nicht mehr erfüllt werden. Die nach der Vermögensübertragung in der Stiftung noch verbliebenen finanziellen Mittel von Fr. 15'746.85 per 31.12.2012 stehen den Bewohnern des Altersheims und der Alterssiedlung für Anlässe und Geschenke zur Verfügung.

Art. 9 der Stiftungsurkunde definiert die Aufhebung der Stiftung folgendermassen:

„Kann die Stiftung ihren Zweck nicht mehr oder nur in unbefriedigender Weise erfüllen, so hat die Ortsgemeindeversammlung auf Antrag der Verwaltungskommission über die Fortführung oder Aufhebung der Stiftung zu beschliessen".

Der operative Betrieb der Stiftung wird seit 01.01.2012 in der Organisationsstruktur APGS geführt. Diesen Wechsel haben die Bewohner und die Angestellten in der Praxis kaum gespürt und keine Nachteile erfahren. Es kann davon ausgegangen werden, dass durch die Aufhebung der Zweck der Stiftung AH und AS durch die APGS weiterhin umgesetzt wird. Art. 78 der GO (Zweck und Aufgaben der Alters- und Pflegeheime in Glarus Süd) bleibt vollumfänglich gewährleistet.

In der Phase der Neuorganisation der Heime in Glarus Süd wurde die Zukunft der Stiftung AH und AS von der VK eingehend diskutiert und sie liess sich rechtlich beraten. Das Resultat aus diesen Arbeiten, Verträgen und Verfügungen des Kantons sowie der Berichte der Revisionsstelle zeigt auf, dass der Aufhebung der Stiftung AH und AS nichts entgegenspricht. Die VK hat an ihrer Sitzung vom 09.09.2013 den Antrag zur Aufhebung zu Handen des Gemeinderates und der Gemeindeversammlung einstimmig beschlossen.

11.3 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

11.3.1 Aufhebung der Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden per 31.12.2013

11.3.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD VOM 22.11.2013

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT · GLARUS SÜD ·

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

11. Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden - Antrag auf Aufhebung

Archiv-Nummer
13.00

Diskussion

Ausführungen Dr. Thomas Hefti
Dem Memorial konnte entnommen werden, dass Stiftung nur noch als Konto besteht, weil das Altersheim und die Altersbetreuung in die selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt „Alters- und Pflegeheime Glarus Süd" gemäss den Beschlüssen der Gemeindeversammlung übergegangen ist. Aus diesem Grund wäre die Stiftung nicht mehr in der Lage, ihren Zweck zu erfüllen, weshalb beantragt wird, die Stiftung per 31.12.2013 aufzuheben. Der amtierende Stiftungsrat wird den Vollzug ausführen.

Abstimmung
Der Aufhebung der Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden per 31.12.2013 wird stillschweigend und ohne Wortmeldung zugestimmt.

12. Anträge zu Handen einer nächsten ordentlichen oder ausserordentlichen Gemeindeversammlung und Umfrage

Archiv-Nummer
16.04.00

Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti
Dieses Traktandum bietet den Stimmbürgern die Möglichkeit, Fragen von allgemeinem Interesse zu stellen. Es besteht aber immer die Möglichkeit sich mit Fragen an den Gemeinderat oder die Verwaltung zu wenden oder sich zu einer Sprechstunde beim Gemeindepräsidenten anzumelden. Es besteht zudem die Möglichkeit Anträge zu Handen einer nächsten Gemeindeversammlung zu stellen, dies kann auch jederzeit schriftlich vorgenommen werden.

Das Wort wird nicht verlangt.

Schluss der Gemeindeversammlung
Mit dem Hinweis, dass die Polizeistunde bis um 2.00 Uhr verlängert ist, schliesst der Gemeindepräsident die Gemeindeversammlung.

Schluss der Versammlung 23.25 Uhr

Genehmigt vom Gemeinderat Glarus Süd am 19. Dezember 2013.

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon